

16. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2005

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Die Zukunft des
öffentlichen Sektors

Berichte und
Betrachtungen

Grundeinkommen
in der Debatte

Termine und
Initiativen

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Der neue Umgang mit den Gemeinschaftsgütern - Alternativen zu Bürokratie und Kommerzialisierung
Was heißt heute öffentlich? - Was sind öffentliche Güter? - Wer entscheidet über öffentliche Güter und wie werden sie finanziert? - Was nutzen öffentliche Güter? (Zusammenfassung Christoph Strawe) _____ 5

Berichte und Betrachtungen

WTO-Gipfel _____ 17
Deutschland nach der Wahl _____ 18
Europa von unten (Elke Schenk) _____ 21
Geld und soziales Banking (Sylvain Coiplet, Anton Kimpfler u.a.) _____ 23
Das bedingungslose Grundeinkommen in der Debatte (Ingo Hagel, Norbert Schenkel u.a.) _____ 26
Was ist ein sozialverträglicher Betrieb? (Jens Martignoni, Michael Rist) _____ 31
Chancengleichheit für öffentliche Schulen in freier Trägerschaft _____ 32
Bericht: 100 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls (Wilhelm Neurohr) _____ 34
Gendreck weg _____ 35

Termine und Initiativen

Aufruf zur Willensbekundung _____ 36
Weltsozialforum _____ 37
GLS-Akademie _____ 37
Studienangebot Social Banking _____ 37
Tagung Landwirtschaft _____ 38
Veranstaltungen zum Grundeinkommen _____ 39
Sozialtherapeutische Werkstätten _____ 39
Bildungskongress _____ 40
Mehr Demokratie in BaWü _____ 40
Tagung „gentechfreie Regionen“ _____ 41
Tagung Pflanzenzüchtung und Menschenbild _____ 41
Zwei Tagungen in Achberg _____ 42
Literatur zum Grundeinkommen (Dieter Koschek) _____ 43
Aufruf zum Kostenausgleich (C. Strawe) _____ 45
Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ 2006 _____ 47
Studiengang Sozialentwicklung _____ 48

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Das Heft, das Sie diesmal in Händen halten, kommt neu gewandelt daher. Einen „Relaunch“ nennt man das in der Zeitungsbranche: leicht verändertes Format, verändertes Layout, ein anderes Papier. Und, was Sie noch nicht sehen können: die Druckfarbe wird von Heft zu Heft wechseln, - nicht nur des ästhetischen Reizes der Variation wegen, sondern auch, damit die einzelnen Ausgaben besser unterscheidbar werden. Der neue Titel „Sozialimpulse“ sticht auch optisch hervor. Das kraftvolle Logo von Paul Pollock bleibt - und zwar in der bisherigen Größe - erscheint aber jetzt negativ auf der farbigen Fläche und verschmilzt mit der Schrift zu einem neuen Gesamtbild. Wir haben versucht, das Heft ansprechender zu machen, ohne die sachlich-schlichte Linie aufzugeben. Das Format weicht jetzt leicht vom DIN A4 ab, ist etwas höher und schlanker, auch der Satzspiegel betont bewusst die Vertikale, die auch durch die Bälkchen am Kopf und Fuß der Seite noch unterstrichen wird. Die Zweispaltigkeit wird strenger durchgehalten als bisher, auch in der Gestaltung der Überschriften und „Kästen“. Der Umschlag ist in seiner Funktion durch die Farbigekeit betont und gegenüber dem restlichen Heft abgehoben. Die leichte und schlanke Schrift wurde beibehalten, jedoch wird die Lesbarkeit durch Leerräume zwischen den Absätzen erhöht.

Für diese veränderte Gestaltung ist der Grafikerin Marion Ehrsam sehr herzlich zu danken. Die Zusammenarbeit mit ihr begann bereits bei den Stuttgarter Veranstaltungen zur Globalisierung und hat sich dann fruchtbar fortgesetzt. Besonders wichtig war ihre Bereitschaft zum Gespräch mir als Redakteur bei der grafischen Lösung, wodurch auch die unmittelbare Umsetzbarkeit gewährleistet ist. Das ist wichtig, da die Hefte meist unter erheblichem Termindruck und bei zahlreichen anderen Verpflichtungen des Redakteurs zustande kommen, der zugleich auch Setzer, Hersteller, Korrektor und Lektor ist - letzteres mit der Unterstützung von Prof. Hellmut Fischmeister aus Graz.

Ich hoffe, das Ergebnis dieser Arbeit gefällt Ihnen. Es soll ja auch helfen, neue Leserinnen und Leser anzusprechen. Bei Letzterem können Sie mithelfen, indem Sie Probehefte zum Weitergeben bestellen. Möge die Zeitschrift weiterhin und noch stärker als bisher das Ringen um soziale Erneuerung publizistisch unterstützen und Menschen mit Sozialimpulsen Urteilshilfen für Ihre Arbeit geben!

Der Einsatz für die Dreigliederung des sozialen Organismus ist bekanntlich mit Kosten verbunden. Wie immer zum Jahreswechsel daher auch diesmal wieder der Dank für die vielfältige Unterstützung im zurückliegenden Jahr und die Bitte an alle LeserInnen, sich auch im kommenden Jahr, je nach eigener Möglichkeit, an den Kosten unserer Initiative zu beteiligen. Einen entsprechenden Text mit dem Etat 2006 finden Sie am Ende des Heftes.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich besinnliche Feiertage und für das neue Jahr alles Gute im persönlichen Leben und in Ihrem sozialen Engagement.

Ihr 

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Nach dem Wirbelsturm Katharina lösen weitere Hurrikans an der amerikanischen Südküste Massenfluchten aus. Der Hurrikan Wilma richtet unter anderem in dem mexikanischen Badeort Cancun verheerende Zerstörungen an +++ Patt bei der Bundestagswahl. CDU und CSU liegen zu knapp vorn, um zusammen mit den Liberalen eine Regierung bilden zukönnen. Sowohl Angela Merkel als auch Gerhard Schröder erheben Anspruch auf die Kanzlerschaft, es zeigt sich jedoch bald, dass eine Ampelkoalition an den Liberalen scheitert. Auch eine sogenannte Jamaika-Koalition - ein Bündnis zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP - kommt nicht zustande, so dass schließlich die beiden großen Parteien Verhandlungen über eine Große Koalition aufnehmen, bei der Angela Merkel die Kanzlerin stellen wird, die SPD aber wichtige Ministerien erhalten soll +++ Renate Künast und Fritz Kuhn werden zu Fraktionsvorsitzenden der Grünen gewählt. Der scheidende Außenminister Fischer hatte auf das Amt verzichtet +++ Erstmals seit 36 Jahren finden in Afghanistan Parlamentswahlen statt +++ Weitere Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm. Die Europäer bestehen allerdings nicht auf der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats +++ Simon Wiesenthal, der zahlreiche Nazi-Massenmörder, darunter Adolf Eichmann, aufgespürt hat, stirbt im Alter von 96 Jahren in Wien +++ Bei den Wahlen in Polen gewinnt die rechtskonservative PiS die meisten Stimmen, hinter ihr liegt die liberalkonservative Bürgerplattform +++ Papst Benedikt XVI. empfängt den Kirchenkritiker Hans Küng. Küng setzt sich im Rahmen seines Projekts Weltethos für einen Dialog der Religionen ein. Theologische Fragen, die seiner Zeit zur Maßregelung Küngs durch den Vatikan geführt hatten, wurden ausgeklammert +++ Das Automobilunternehmen Porsche erwirbt 20 Prozent Aktienanteile an der Volkswagen AG +++ Proteste gegen die geplante Schließung des Nürnberger AEG-Werks und die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Polen und Ungarn +++ Friedensnobelpreis für die Internationale Atomenergiebehörde IAEA in Wien vertreten durch ihren Generaldirektor Mohammed el-Baradei +++ Selbstmordanschläge auf der Touristen-Insel Bali fordern zahlreiche Todesopfer +++ Ein EU-Außenminister-Treffen in Luxemburg macht den Weg für Beitrittsgespräche der Türkei frei +++ Massenansturm auf Spaniens afrikanische Enklaven Ceuta und Melilla. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis beginnt Spanien nun, die Einwanderer nach Marokko abzuschieben. Trotzdem versuchen weitere Flüchtlinge, die Sperrzäune zu überwinden, - dabei gibt es Tote +++ Bei einem Brand auf dem Amsterdamer Flughafen sterben elf Abschiebehäftlinge in den Containern, in denen sie untergebracht waren +++ Die Nato will 6.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan schicken +++ Die großen Parteien stellen ihre Personaltableaus für die Koalition vor: SPD-Vorsitzender Müntefering wird Vizekanzler sowie Arbeits- und Sozialminister, Kanzleramts-

chef Steinmeier wird Außenminister, Ex-NRW-Ministerpräsident Steinbrück Finanzminister. Das Wirtschaftsministerium soll CSU-Chef Stoiber erhalten, Agrarminister wird Horst Seehofer, Franz Josef Jung wird Verteidigungsminister, Wolfgang Schäuble Innenminister, Annette Schavan Forschungsministerin. Neuer Chef des Kanzleramts wird Thomas de Maizière +++ Ein schweres Erdbeben in der Kaschmir-Region kostet Hunderttausenden das Leben, bis zu vier Millionen Menschen sind obdachlos +++ Selbstmord des syrischen Innenministers Kanaan, über dessen Verwicklung in den Mord am früheren libanesischen Regierungschef al-Hariri in Kanaans Zeit als Sicherheitschef spekuliert worden war +++ Die Vogelgrippe erreicht Europa. Angst geht um, nachdem der für Menschen gefährliche Erreger H5N1 bei befallenen Tieren nachgewiesen worden ist +++ In Bagdad beginnt der Prozess gegen Ex-Diktator Saddam Hussein +++ Bei einer Volksabstimmung wird die neue irakische Verfassung angenommen +++ Agressive antiisraelische Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadi-Nedschad lösen einen internationalen Eklat aus +++ Machtkampf in der CSU um die Stoiber-Nachfolge zwischen Innenminister Beckstein und Staatskanzleichef Huber +++ Neuer Präsident Polens wird nach einer Stichwahl der Vertreter der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Lech Kaczynski +++ Rücktritt von Franz Müntefering als SPD-Chef, nachdem sein Wunschkandidat für den Posten des SPD-Generalsekretärs Kajo Wasserhövel gegen Andrea Nahles unterliegt. Müntefering bleibt Vizekanzlerkandidat. Durch die Nominierung des brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck als neuer SPD-Vorsitzender wird die schwere Krise überwunden +++ Edmund Stoiber nimmt Münteferings Rücktritt zum Anlass, sich auf sein Amt als bayrischer Ministerpräsident zurückzuziehen. Das führt zu massiver Kritik in der eigenen Partei und sinkenden Umfragewerten für den Politiker +++ Die englisch-amerikanischen Finanzgruppen Mecom und VSS kaufen den Berliner Verlag auf. In ihm erscheint u.a. die „Berliner Zeitung“ +++ Die Telekom kündigt den Abbau von 32.000 Stellen an +++ Im Alter von 92 Jahren stirbt die Bürgerrechtlerin Rosa Louise Parks, Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Schwarzen in den USA. 1955 hatte sie sich geweigert, einem Weißen ihren Platz in einem Bus freizumachen +++ Die Regierung Bush befindet sich in Schwierigkeiten und verliert rapide an Ansehen in den USA selbst. Bei Meinungsumfragen bezeichnen weit über 50 Prozent Bush jetzt als einen Lügner. Nach der Anklage im Skandal um die Enttarnung einer CIA-Agentin tritt der Stabschef von US-Vizepräsident Dick Cheney, Lewis Libby, vom Amt zurück +++ Gerüchte über amerikanische Foltergefängnisse in osteuropäischen EU-Ländern beunruhigen die europäische Öffentlichkeit. Unter anderem fordert die EU-Kommission vollständige Aufklärung +++ In einer neuen Pisa-Bildungsstudie wird nachgewiesen, dass in Deutschland der schulische Erfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt +++ Anhaltende Unruhen zunächst in Pariser Vorstädten, später auch in anderen Städten Frankreichs. Die „Vorstadt-Intifada“ geht vor allem von Jugendlichen aus, die in der französischen Gesellschaft für sich keine Perspektive sehen. Unmittelbare Auslöser der Unruhen ist der Tod zweier Jugendlicher bei der Flucht vor der Polizei. Innenminister Sarkozy versucht

* 17. September bis 10. Dezember 2005

mit populistischen Parolen aus den Protesten für sich selbst politisches Kapital zu schlagen. Die französische Regierung verhängt schließlich das Notstandsrecht

+++ Eine Anschlagsserie in Delhi/Indien fordert 65 Menschenleben. In Amman/Jordanien sterben bei Selbstmordanschlägen auf drei internationale Hotels mindestens 57 Menschen. In Kabul wird bei einem Anschlag ein Bundeswehrsoldat getötet

+++ Beim vierten Amerika-Gipfel im argentinischen Mar del Plata nahmen 34 Länder teil. Es kommt zu Protesten gegen US-Präsident Bush. Bei einer Kundgebung von 40.000 Menschen gegen Bush sprechen der venezuelanische Präsident Chavez und der Fußballstar Diego Maradona. Insgesamt nehmen hunderttausende Argentinier an Protesten teil. Der Gipfel endet ohne Einigung über die Zukunft der gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA. Grund für das Scheitern sind u.a. die US-Einfuhrbeschränkungen im Agrarbereich

+++ In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD über zahlreiche Details geeinigt. Beide Partner sind dabei von entscheidenden Wahlkampfaußagen abgerückt. Um ab 2007 wieder den Stabilitätskriterien der EU gerecht werden zu können, sollen zehn Milliarden Euro eingespart, fünf Milliarden an Steuersubventionen abgebaut und die Mehrwertsteuer ab 2007 auf 19 Prozent erhöht werden. „Reiche“ sollen einen Aufschlag von 3% auf die Einkommensteuer zahlen, der Kündigungsschutz wird durch Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre gelockert, eine Einigung über die Gesundheitsreform wird auf nächstes Jahr vertagt. Das Rentenalter soll schrittweise auf 67 Jahre hochgesetzt, das Erziehungsgeld ab 2008 in ein Elterngeld umgewandelt werden. Die bundeseinheitliche Besoldungsregelung der Beamten entfällt, die Föderalismusreform - Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern - soll zügig umgesetzt, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen erhöht werden. Es bleibt zwar beim bisherigen Atomausstiegs-Zeitplan, jedoch sollen Forschung über Gentechnik und ihre Anwendung in der Landwirtschaft durch eine Gesetzesnovelle forciert werden

+++ Ein UN-Gipfel in Tunis beschließt, die Zuständigkeit für die Regelung der Internet-Domains bei der unter Kontrolle der USA stehenden Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) zu belassen, nachdem die USA der Ergänzung des Gremiums durch ein internationales Forum zugestimmt hatten

+++ Das EU-Parlament verabschiedet in erster Lesung eine Richtlinie über die schärfere Kontrolle gefährlicher Chemikalien

+++ Bei der Bundeskanzlerin-Wahl erhält Angela Merkel 397 Stimmen, gegen sie votieren 202 Abgeordnete

+++ Bei einem Besuch in London erklärt die neue Kanzlerin u.a., dass Deutschland sich weiter für die Ratifizierung der im Moment auf Eis liegenden EU-Verfassung einsetzen werde. Der gegenwärtigen britischen wird nach der österreichischen und finnischen eine deutsche Ratspräsidentschaft in der EU folgen

+++ Verhandlungen über den endgültigen Status der Provinz Kosovo

+++ Umweltkatastrophe in China, nachdem giftiges Benzin in den Fluss Songhua gelangt ist

+++ Zweieinhalb Monate nach Abzug der Israelis aus dem Gaza-Streifen kann nach amerikanischer Vermittlung in Rafach ein Grenzübergang zu Ägypten geöffnet werden

+++ Politisches Erdbeben in Israel. Premier Sharon verlässt seine Partei, den Likud, und gründet eine neue Partei. Der israelische Staatspräsident ebnet den Weg zu Neuwahlen durch Auflösung des Parlaments. Der neuen Partei schließt sich später auch Außenminister Shimon

Perez an, der der Arbeiterpartei angehört hatte

+++ In Deutschland kommt es zu einem sich immer mehr ausweitenden Fleischskandal. Hunderte von Tonnen „Gammelfleisch“ werden sichergestellt. Der neue Verbraucherminister Seehofer kündigt schärfere Gesetze und Kontrollen an, geißelt aber zugleich auch die Haltung „Geiz-ist-geil“ als Ursache für den Skandal

+++ Entführung der deutschen Archäologin Susanne Osthoff im Irak, das deutsche Außenministerium richtet einen Krisenstab ein

+++ In ihrer Regierungserklärung verteidigt Kanzlerin Merkel das von der Großen Koalition beschlossene Maßnahmenpaket

+++ Bei einem Polen-Besuch verspricht Angela Merkel dem Land Anschluss an die geplante deutsch-russische Gaspipeline

+++ Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinsen um ein Viertel Prozent auf 2,25 Prozent

+++ Sieg der prorussischen Kräfte bei den Wahlen in Tschetschenien, Beobachter berichten von Einschüchterung der Wähler

+++ Starker Schneefall legt in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens die Stromversorgung lahm, 250.000 Menschen sind ohne Strom. In diesem Zusammenhang werden Vorwürfe gegen den Energiekonzern RWE laut

+++ Die Deutsche Bahn will ihre Zentrale nach Hamburg verlegen. Das stößt auf den Widerstand des Bundes

+++ In den USA wird die 1000. Hinrichtung seit Wiedereinführung der Todesstrafe im Jahr 1976 vollzogen

+++ Die EU beschließt, dass Telefon- und Internet-Verbindungsdaten künftig länger gespeichert werden sollen

+++ Welt-Aids-Tag: weltweit sind mehr als 40 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus infiziert

+++ Europa-Besuch von US-Außenministerin Rice, die Vorwürfe gegen die Antiterrorpolitik der USA zurückweist. Allerdings kündigt sie auch an, die Amerikaner würden künftig den Begriff der Folter wieder im üblichen Sinne interpretieren. Es seien neue Vorgaben für Verhöre erlassen worden, die weltweit US-Amerikanern das Foltern verbieten. In der BRD ist ein Konflikt-punkt die „versehentliche“ Entführung des deutschen Staatsbürgers el-Masri durch die CIA in ein Geheimgefängnis in Afghanistan. Dabei geht es auch um eine mögliche Verwicklung deutscher Stellen

+++ Erneute antiisraelische Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten lösen weltweite Empörung aus

+++ Vor dem EU-Ratsgipfel isoliert sich Großbritannien mit einem Vorschlag zur Lösung der Haushaltskrise, der statt Streichen des sogenannten Britenrabatts Kürzungen für die neuen Mitgliedsländer vorsieht

+++ Vor der sechsten Ministerkonferenz der WTO versuchen wichtige Akteure ein Scheitern der Verhandlungen, die vom 13. bis 18. Dezember in Hongkong stattfinden sollen, zu verhindern. Zu diesem Zwecke versucht man gleichzeitig, Erwartungen zu dämpfen. Länder des Südens fordern einen rascheren Abbau von Agrarsubventionen durch USA und EU, die ihrerseits auf der Senkung der Industriezölle durch die Entwicklungsländer bestehen. Bei einem „Global day of action“ protestierten weltweit Zehntausende gegen die WTO und für eine gerechte Welthandelsordnung

+++ Bei den internationalen Klima-Verhandlungen in Montreal einigen sich die Umweltminister über das weitere Vorgehen gegen die globale Erwärmung und beschließen, ergebnisoffen über weitere Schritte zum Klimaschutz und zur Verlängerung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus zu verhandeln. Bei weltweiten Demonstrationen parallel zum Gipfel hatten Zehntausende für besseren Klimaschutz demonstriert. Die USA sind weiterhin zu keinerlei konkreten Zusagen im Kyoto-Prozess bereit

+++

Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Der neue Umgang mit den Gemeinschaftsgütern - Alternativen zu Bürokratie und Kommerzialisierung

Christoph Strawe

Vom 18. bis 20. November dieses Jahres fand an der Universität Trier ein Seminar im Rahmen der Fortbildungsseminarreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ statt. Die Referenten waren Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl, Dr. Michael Ross und Christoph Strawe, von dem die folgende Zusammenfassung stammt. Sie versucht wesentliche Gesichtspunkte herauszuarbeiten, ohne dabei dem Gang der Darstellungen und Gespräche immer streng zu folgen.

Was heißt heute öffentlich?

Die Überwindung des Dualismus Staat-privat - Zur historischen Dimension und zur akademischen und zivilgesellschaftlichen Diskussion des Themas¹

Die Fragen nach den Grenzen zwischen staatlichem und privatem Sektor, zwischen Rechtssphäre und ökonomischer Sphäre, ist immer wieder Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen gewesen. So hat z.B. der Zusammenbruch des Staatssozialismus einerseits zur Zurückdrängung totalitärer Vormundschaft des Staates geführt, aber andererseits auch die heutige Ökonomisierung aller Lebensbereiche gefördert. „Viel

zu viel öffentliche Güter“ hätten wir bekommen, hört man seither. Die anderen empfinden diesen Paradigmenwechsel als einen Angriff auf die soziale Qualität des Gemeinwesens. Angriffe haben immer etwas Aufweckendes - und so sind denn viele Menschen wach geworden und engagieren sich in diesen Fragen.

Wie entsteht das, was wir heute den öffentlichen Sektor nennen? Mit der Zersetzung des mittelalterlichen Lehenswesens ergibt sich ein zunehmender Finanzbedarf der fürstlich-königlich-kaiserlichen Obrigkeiten. Es genügt nicht mehr, „den Zehnten“ einzuziehen. Man muss darüber nachdenken, wie man die Kuh, die man melken will, am besten pflegen kann. So entsteht schließlich der „Merkantilismus“ - in Deutschland „Kameralismus“ genannt. Ziel dieser Wirtschaftspolitik der absolutistischen Staaten ist die Füllung der Staatskasse. Man strebt an, Außenhandelsüberschüsse zu erzielen, gründet Manufakturen und erhebt Zölle. Und man treibt Kolonialpolitik, bei der das Entdeckermotiv in den Dienst der Ausbeutung fremder Kontinente gestellt wird. Staatsökonomie und Staatsegoismus dominieren. Leitbild ist die Autarkie: Nicht vom Ausland abhängig sein. Das ist unterschiedlich ausgeprägt in den verschiedenen Ländern, in England etwa spielt ein starkes Unternehmertum früh eine größere und der Staat eine geringere Rolle. Der Liberalismus ist dann die Reaktion auf den Merkantilismus: Der Staat soll möglichst wenig in die Ökonomie eingreifen, die ganz den Kräften des Marktes überlassen werden soll, nach außen ist die Devise Freihandel. In der Folge entstehen immer wieder neue Auseinandersetzungen um das nötige Maß von Protektion und Staatsintervention, wobei sich seit Ende der 80er Jahre das neoklassisch-neoliberale Paradigma immer mehr durchsetzt. Aber die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Staat, Öffentlichkeit und privater Sphäre beschränkt sich nicht auf die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Ökonomie, der Gedanke der Öffentlichkeit weitet sich auf die Kultursphäre aus: Schulen und Universitäten werden als notwendige Bedingungen einer modernen Gesellschaft begriffen. Und nicht zuletzt im Staat selbst erheben die BürgerInnen den Anspruch auf Volkssouveränität. Die Konzentration großer Menschenmassen in den Städten führt zugleich dazu, dass sich Jahrhunderte lang gewachsene Infrastrukturen verlieren.

Wie kommt die Infrastruktur zustande, derer die Menschen jetzt bedürfen? - Der Anspruch auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Infrastruktur ist letztlich begründet im modernen Menschenrechtsimpuls. Insofern ist er ein Anspruch jedes Menschen auf die Bedingungen zum Ausleben seiner Individualität. Beides - allgemeiner Anspruch und Individualisierung - stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis: Es besteht immer die Gefahr der gleichmacherischen Verformung von Jedermannsrechten. Wo die Allgemeinheit die Schule zahlt, kommt es auch leicht dazu, dass sie die Lehrinhalte bestimmt, auch gegen Meinung und Wunsch der individuellen Eltern.

Es sind vor allem Steuermittel, aus denen Straßen und öffentliche Einrichtungen aller Art bezahlt werden. Steuern wirken aber bekanntlich wie eine Schenkung - wenn auch eine erzwungene. Was durch Steuern finanziert ist, muss nicht noch einmal zurückgezahlt und verzinst

werden: Wie ein Geschenk steht es der heutigen Allgemeinheit zur Verfügung. Auf diese Weise ist eine ungeheure Fülle öffentlicher Güter entstanden, die wir alle nutzen können. Mit der wachsenden Komplexität der Gesellschaft erleben wir geradezu eine Explosion der Infrastruktur - es entstehen immer höhere Anforderungen an die Verkehrs- und Kommunikationssysteme, an Bildungs- und Gesundheitswesen. Zugleich werden die BürgerInnen immer unwilliger, die steigenden Lasten zu tragen. Die Vergangenheit benutzen wir, aber für morgen wollen wir nicht vorsorgen. „Wieso soll ich etwas bezahlen, wovon ich gar nichts habe...?“ - Mit dieser Haltung ist nur schwer fertig zu werden.

Wie gesagt: Seitdem der Liberalismus die Zuständigkeit des Staates eingeschränkt wissen wollte, ist die Debatte darüber, was des Staates und was nicht des Staates sei, nicht verstummt. Ernst-Ulrich von Weizsäcker und andere haben in ihrem Bericht an den Club of Rome über die Grenzen der Privatisierung² die These vertreten, dass von Fall zu Fall zu untersuchen sei, ob etwas besser beim Staat oder besser bei der Privatwirtschaft anzusiedeln sei. Mit Recht kritisieren sie dabei den heutigen Privatisierungs- und Marktfundamentalismus. Was allerdings auch bei ihrer Stellungnahme fehlt, ist die Frage, ob alles was nicht bei der Privatwirtschaft zu verorten sei, notwendig eine Veranstaltung des Staates sein müsse und umgekehrt. Was aber, wenn wir es mit Themen zu tun haben, bei denen nachweislich sowohl der Staat als auch der Markt mit ihren bisherigen Instrumenten und Mechanismen bereits wiederholt versagt haben?

Wesentlich dürfte zunächst eine genauere Klärung der Begriffe sein: Was sind überhaupt öffentliche Güter, welche verwandten Begriffe gibt es und wie lassen sie sich untereinander und von einem privaten Gut abgrenzen? Darüber gibt es zunächst in der akademischen Ökonomie eine Debatte, die man in Grundzügen kennen sollte. Unterscheidungskriterien sind die Fragen, ob jemand vom Zugang zu dem Gut ausgeschlossen werden kann (Ausschließbarkeit) und ob Menschen um die Nutzung des Gutes rivalisieren müssen (Rivalität). Man unterscheidet öffentliche Güter im engeren Sinne von Allmende- und Klubgütern, auch der Begriff der Mischgüter bzw. der meritorischen Güter (siehe unten) spielt eine Rolle.

Um den Erwerb privater Güter gibt es Konkurrenz, vom Gebrauch der erworbenen Pizza kann ich andere

ausschließen. - Beim Klubgut, einem Golfplatz z.B., gibt es keine Rivalität, jedoch sind alle Nichtclubmitglieder von seiner Nutzung per se ausgeschlossen. - Die Allmende, z.B. das Gemeindeland, gehört allen, niemand kann von der Nutzung ausgeschlossen werden. Aber um die Frage, wer wann und wie lange sein Vieh dort grasen lassen kann usw., kann Rivalität entstehen. Oder wenn es sich um den Wald handelt, können sich Spaziergänger gegenseitig stören. - Innere und äußere Sicherheit sind öffentliche Güter. Der Schutz durch die Polizei zum Beispiel etwa steht jedem jederzeit zu (vgl. Schema auf S. 7).

Man sieht gleich, dass bei der Subsumierung eines Gutes unter einen bestimmten Begriff auch der gesellschaftliche Umgang mit ihm eine Rolle spielt. Bei 5.000 EUR Studiengebühren wird die Universität zum Klubgut. Auf der anderen Seite bedarf sie als Allmendegut einer entsprechenden finanziellen Ausstattung, um sinkende Qualität und völlige Überfüllung abzuwenden.

Als „meritorische Güter“ bezeichnet man etwa Bildung, gesetzliche Altersvorsorge, Sport, Kultur usw. Sie sind nicht unmittelbar marktfähig, stiften aber großen ökonomischen Nutzen und werden von der Allgemeinheit gefördert, damit sie in hinreichendem Maße zur Verfügung stehen bzw. in Anspruch genommen werden können. Auf der Grundlage solcher begrifflicher Unterscheidungen kann man dann versuchen, den optimalen Staatsanteil zu bestimmen (vgl. Schema S. 10), wobei bisher die Gleichsetzung öffentlich = staatlich kaum hinterfragt wird.

Erstaunlicherweise ist nun aber auch die zivilgesellschaftliche Diskussion des Themas noch weitgehend im Dualismus von „staatlich“ und „privat“ befangen geblieben, obwohl die Gleichsetzung „Öffentlicher Sektor = Staatlicher Sektor“ heute zunehmend obsolet geworden ist und sich bei genauerer Beobachtung viele Probleme als in einem Bereich zwischen den klassischen Sphären des Staates und des Privaten verortet zeigen.

Bevor wir darauf eingehen, ist aber erst einmal zu betonen, dass wir heute einen Ausverkauf öffentlichen Eigentums durch die Politik und seinen Ankauf durch Konzerne im großen Stil erleben. In Deutschland wird z.B. über den Verkauf von Bundesministerien spekuliert (siehe Kasten S. 9). Bei der für den 13.-18. Dezember geplanten sechsten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation wollen maßgebliche Akteure offenbar einen Kurs fortsetzen, der auf der Auffassung beruht, alle demokratischen Regeln seien potentielle Handelshemmnisse. Im Prozess der laufenden Verhandlungen über das umstrittene WTO-Dienstleistungsabkommen GATS will die Europäische Union völlig neue Verhandlungsregeln durchzusetzen, wie einem vor einigen Monaten bekannt geworden sogenannten „Non-Paper“ zu entnehmen ist. Die Basisvereinbarung von 1994, nach der eine noch weitergehende Öffnung für den Dienstleistungs-Kommerz nur aufgrund freiwilliger Verpflichtungen möglich gewesen wäre, soll künftig nicht mehr genügen. Jetzt will man durch ein sogenanntes Benchmarking Druck auf die Verhandlungspartner ausüben, möglichst viele Sektoren völlig zu öffnen. - Einzelheiten hierzu fin-

Wie Commerzbank und Deutsche Bank den öffentlichen Sektor definieren

Gebietskörperschaften, Förderkreditmittel, Infrastruktur Wasser-Abwasser, Energie, Abfallwirtschaft/ Umwelt, Bildungswesen - Gesundheitswesen und Öffentlicher Personennahverkehr (Internet-Seiten der Commerzbank)¹

Bundesländer, Kommunen, kommunale und kommunalnahe Unternehmen, Ver- und Entsorgungsunternehmen, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Krankenhäuser, Kirchen, kirchliche Institutionen und Wohlfahrtsverbände, Versorgungswerke (Seiten der Deutschen Bank)²

1 <https://www.commerzbank.de/firmenkoeffentlich/>

2 http://www.deutsche-bank.de/de/content/products/oeffentlicher_sektor.htm

det man in der Arbeit von David Hachfeld: Neues vom GATS. Die Daumenschrauben werden angezogen ... Eine Analyse der Benchmark-Offensive der EU in den aktuellen GATS-Verhandlungen (www.attac.de/gats/neues-vom-gats.pdf). Im EU-Binnenmarkt wird die Kommerzialisierung des Dienstleistungssektors durch die sogenannte „Bolkestein-Richtlinie“ vorangetrieben, die trotz breiter Kritik der europäischen Öffentlichkeit längst nicht vom Tisch ist. Der vorerst auf Eis liegende, aber keineswegs beerdigte EU-Verfassungsvertrag geht in ähnliche Richtung.

Ohne den Widerstand der globalen Zivilgesellschaft, die entscheidenden Anteil am Scheitern der Ministerkonferenzen der WTO in Seattle 1999 und 2003 in Cancun hatte, wären diese Entwicklungen längst noch viel weiter gediehen. Das wiederum hätte die Spielräume für eine innovative Gestaltung des öffentlichen Sektors entscheidend verringert.

Klar ist auch, dass der zivilgesellschaftliche Widerstand letztlich nur zeitlichen Aufschub erreichen kann, wenn er nicht getragen ist von einer seriösen Alternative, - einer Idee, wie ein moderner öffentlicher Sektor aussehen muss und wie er im ganzen sozialen Gefüge steht. Die Weltsozialforumsbewegung hat offene Räume für eine solche Alternativendiskussion geschaffen, ohne dass diese schon das Niveau erreicht hätte, das sie erreichen muss, um durchzudringen.

Das hängt vielfach mit dem ungeklärten Staatsverständnis zusammen. Man kann das z.B. an einem der profiliertesten Diskussionsbeiträge sehen, - einem Beitrag, den wir in anderen Zusammenhängen immer wieder gewürdigt haben⁵: Ich meine den vom International Forum on Globalization (IFG) veröffentlichten Report „Eine andere Welt ist möglich. Alternativen zur Globalisierung“.⁶

Dort findet sich unter den „Zehn Prinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“ auch das Prinzip des gemeinsamen Erbes, womit Ressourcen gemeint sind, die „ein kollektives Geburtsrecht der gesamten Menschheit darstellen“⁷. Dabei gibt es drei Unterkategorien: 1) Wasser, Boden, Luft, Wälder und Fischvorkommen. 2) Kultur und Wissenschaft, die Schöpfungen der ganzen Spezies sind. 3) Die öffentlichen Dienstleistungen: Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und soziale Sicherheit. Sie sollen nach Ansicht des IFG „von den Regierungen für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden“.⁸ Zur Verfügung stellen ist aber deutlich etwas anderes als die Gewährleistung des Zugangs, um den es eigentlich geht, insofern Regierungen das Menschenrecht auf den Zugang zu Bildungs-, Gesundheitsdienstleistungen usw. umsetzen. „Zur Verfügung“ stellen suggeriert, die Regierung müsse das Gesundheits- und Bildungswesen auch allein organisieren.

Es muss hier an dieser Stelle wiederholt werden, was bereits bei früheren Gelegenheiten herausgearbeitet wurde, zuletzt bei einem Arbeitstreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung im Juni letzten Jahres.⁹ „Die Debatte über den öffentlichen Sektor leidet wie so vie-

Öffentliche und private Güter

		Ausschließbarkeit	
		Ja	Nein
Rivalität	Ja	Privates Gut z.B. Pizza	Allmendgut
	Nein	Klubgut z.B. Golfplatz	Öffentliches Gut z.B. äußere Sicherheit

les, was mit der Erkenntnis und Erneuerung des sozialen Lebens zu tun hat, unter einem Mangel an Differenzierungsvermögen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen der Kultur, des Staates und der Ökonomie.“

Die Differenziertheit des öffentlichen Sektors beachten

„Der moderne demokratische Staat ist der Garant des Rechtes und der Sicherheit. Das schließt hoheitliche Funktionen im Kernbereich ein, die nicht geschwächt werden dürfen. In diesem Kernbereich des Staates sollte es selbstverständlich auch nur staatliche Institutionen geben. Die Auslagerung solcher Funktionen des Kernbereichs an private Sicherheitsdienste, Konzerne, die Gefängnisse betreiben, oder gar an private militärische Kräfte als 'Ergänzung' der regulären muss zur Aushöhlung des Rechtsstaates führen.“

Zugleich sind viele Rechte, die der Staat zu garantieren hat, verwoben mit der Kultursphäre oder der Ökonomie. Bildung und Gesundheit sind letztlich Fragen des geistigen Lebens der Gesellschaft. Der Zugang zu ihnen ist jedoch eine Rechtsfrage: Bildung ist ein Menschenrecht. Und die Garantie dieses Menschenrechtes schließt zugleich die Notwendigkeit einer weitgehend solidarischen Finanzierung des Bildungswesens ein, was wiederum in die Ökonomie mit eingreift. So haben wir also zu unterscheiden: einerseits einen staatlichen Kernbereich, andererseits Teilbereiche von Kultur und Ökonomie, in denen es eine staatliche Gewährleistung der Zugangsrechte geben muss. Allerdings, und das ist der entscheidende Unterschied zum staatsbürokratischen Modell, ohne zerstörerischen Eingriff in die Eigengesetzlichkeit dieser nicht-staatlichen gesellschaftlichen Subsysteme! Die Gewährleistung des Zugangs zur Bildung ist etwas anderes als staatliche Bestimmung der Bildungsinhalte. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist etwas anderes als eine vormundschaftliche Staatsmedizin. In der Kultursphäre gibt es heute bereits viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten - man spricht hier von 'freier Trägerschaft' -, aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Das gilt für Bereiche der Altenbetreuung, der Krankenpflege und Therapie, der Sozialarbeit und Heilpädagogik, der Suchttherapie u.a., teilweise auch für das Schulwesen, in dem nicht-kommerzielle freie Schulen bei der Verwirklichung der öffentlichen Aufgabe, das Men-

schenrecht auf Bildung zu realisieren, eine wichtige Rolle spielen.“

Notwendiger Pluralismus im öffentlichen kulturellen Sektor - Gemeinwirtschaft und neuer Begriff des Öffentlichen

„In Bezug auf das geistig-kulturelle Leben haben wir es heute mit einer doppelten Behinderung zu tun: Einerseits wird der Staat in seiner Gewährleistungsfunktion durch die Tendenzen zur Kommerzialisierung geschwächt, andererseits lässt er aber nicht ab von der inhaltlichen Bevormundung, die dadurch doppelt anachronistisch wird. Ist es nicht eine Perversion des Denkens, wenn im New Public Management Unternehmen im Wirtschaftsleben generell als autonom anerkannt werden, während man kulturelle Einrichtungen generell als bloß teilautonome Institutionen an der wie immer verlängerten Leine hält?

Die Zusammenarbeit von Staat bzw. Land und Kommune einerseits und Einrichtungen in freier Trägerschaft als 'Public Private Partnership' zu bezeichnen, macht im Grunde keinen Sinn, wie schon der Begriff der Privatschule im Grundgesetz den Charakter freier Schulen eigentlich nicht trifft. Denn ‚privare‘ heißt unter anderem ‚rauben‘, hat also etwas mit Gewinnabsichten zu tun. Freie Trägerschaft dagegen bedeutet, eine öffentliche Aufgabe selbstbestimmt und kreativ wahrzunehmen, was etwas ganz anderes ist. Es ist eine Partnerschaft zwischen staatlich-öffentlichen Einrichtungen einerseits und öffentlicher Einrichtung in freier Trägerschaft andererseits.“¹⁰

Was die mehr nach dem Wirtschaftspol des Sozialgefüges hin liegenden öffentlichen Aufgaben angeht, so wird dazu später noch mehr zu sagen sein. Auch hier, soviel sei an dieser Stelle bereits festgestellt, handelt es sich um andere Verhältnisse als die zwischen Regierung und Armee oder Polizei. Allerdings auch nicht um Privatwirtschaft, sondern um eine Art Ge-

meinwirtschaft im Auftrag der staatlich-kommunalen Rechtsgemeinschaft.

Wir brauchen also einen neuen Begriff der Öffentlichkeit, der weiter ist als der der Staatlichkeit, und auf differenzierten Formen der Partnerschaft unterschiedlicher Akteure beruht. Für diese Partnerschaften bietet sich der Begriff der „Public Public Partnership“ an. Maude Barlow und Tony Clarke haben ihn in ihrem Buch „Das blaue Gold“ geprägt, ohne ihn allerdings inhaltlich so weit zu fassen wie wir.¹¹ Der Gesichtspunkt des Gesamtinteresses muss mit dem Freiheitsgesichtspunkt ausbalanciert werden. Heute sehen sich gemeinnützige Träger enormen Einschränkungen ausgesetzt. Finanzierung durch Beteiligungen aus dem Umfeld z.B. gelten als Bankgeschäfte und sind nur noch unter großen Schwierigkeiten überhaupt möglich. Dabei lebt der moderne öffentliche Sektor doch gerade von den Beiträgen der vielen gemeinnützigen Einrichtungen.

Was sind öffentliche Güter?

Zur Neuordnung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe¹²

Das bisher Erarbeitete ermöglicht uns, die Qualität öffentlicher Güter bzw. Gemeinschaftsgüter besser zu verstehen. Während im heutigen Erwerbsleben die Einzelinteressen dominieren, haben wir es beim öffentlichen Sektor mit Anliegen der Gesamtheit zu tun. Das ist die entscheidende Frage, von der man sich nicht durch definitorische Spitzfindigkeiten ablenken lassen darf. Das Wort „Gesamtheit“ hat einen besonderen Ton: Es betont die Ganzheit, aber so, dass sie alle Einzelnen und alles Einzelne einschließt. Der öffentliche Sektor hat es mit gesamtgesellschaftlichen Interessen zu tun. Schon von daher ist die Gleichsetzung „Staat = Gesamtheit“ verkürzt. Gesamtgesellschaft ist mehr als die Ökonomie und mehr als Staat. Wo also haben wir es mit öffentlichen, mit Gemeinschaftsgütern zu tun?

1) Da, wo wir Güter finden, die nicht ökonomisch sind, sondern uns von der Natur geschenkt werden. Die Luft z.B. ist so ein besonderes Gut, auch das Wasser. (Diese Güter bedürfen besonderen Schutzes, auch weil sie durch die ökologische Krisenlage zunehmend mehr gefährdet werden).

2) Da, wo die Ökonomie der Einzelinteressen nicht alles abdeckt und wo folglich die Gewinnwirtschaft durch Gemeinschaft ergänzt werden muss. - Gewinnwirtschaft findet nur statt, „wenn es sich lohnt“. Aber es gibt Aufgaben, bei denen man sagen muss: „Wir müssen dringend etwas tun, auch wenn kein Gewinn dabei zu machen ist.“ Für Schulen z.B. ist der Bildungsgesichtspunkt der entscheidende, ein Erwerbssichtspunkt darf keine Rolle spielen.

3) Da, wo es Gesamtgesichtspunkte gibt, die über den Gesichtspunkten des Einzelnen stehen. Ein solcher Gesamtgesichtspunkt wäre z.B. die äußere oder innere

Öffentliche Güter

Allgemein die Gesamtheit der tatsächlich öffentlich angebotenen Güter (Kollektivgüter), in der Finanzwissenschaft nur solche Güter, die aufgrund ihrer Eigenart im marktwirtschaftlichen Prozess nicht angeboten und deshalb durch den Staat bereitgestellt werden (z.B. äußere und innere Sicherheit). *Besonderheiten:* 1) Öffentliche Güter sind gemeinschaftlich nutzbar, das heißt, die Nutzung durch ein Individuum (oder eine Gruppe von Individuen) beeinträchtigt nicht die Nutzung durch andere Individuen (Nichtrivalität im Konsum); 2) es ist technisch nicht möglich (oder ökonomisch nicht sinnvoll), Wirtschaftssubjekte, die nicht bereit sind, für diese Güter zu zahlen („Trittbrettfahrer“), von der Nutzung auszuschließen (Nichtanwendbarkeit des Ausschlussprinzips). Während die Entscheidung über Art, Umfang und Verteilung privater Güter über den Marktmechanismus erfolgt, liegt bei öffentlichen Gütern eine Kollektiventscheidung zugrunde; sie sind deshalb ein Beispiel für (allokatives) „Marktversagen“. (Der Brockhaus multimedial 2003)

Sicherheit. Ist sie bedroht, muss etwas geschehen, auch wenn es mit hohen Kosten verbunden ist. - Dass der Sicherheitsgedanke missbraucht wird, ist kein Einwand: Gerade weil die Menschen nach Sicherheit streben, lässt sich der Gedanke auch manipulativ missbrauchen.

Der Gesichtspunkt der Gesamtheit ist letztlich ein weltweiter, globaler. Gerechte Gestaltung der Globalisierung heißt, dass alle teilhaben können an dem, was als Geschenk der Natur oder Frucht der gesellschaftlichen Arbeit zur Verfügung steht. Man kann dabei verschiedene Formen der Teilhabe in den Blick nehmen.

Da ist einmal die **Teilhabe am Naturstrom**. Hier geht es um die existenziellen Notwendigkeit des Zugangs zu den Gütern der Natur, wie Luft und Wasser, die im Grunde außerhalb der Ökonomie stehen. Sie dürfen daher nicht zur Handelsware gemacht werden. So darf auch der Zugang zu wahlfreiem Saatgut nicht durch einen pervertierten Patentschutz beseitigt werden usw.

Ein weiteres Thema ist die **Teilhabe an der Bodennutzung**, die zugleich über Möglichkeiten ökonomischer Teilhabe entscheidet: Ob Menschen Ackerbau treiben, Wohnungen errichten, an den Bodenschätzen partizipieren können usw., hängt entscheidend davon ab, dass Bodenspekulation und Monopolisierung von Boden und Ressourcen durch ein modernes Bodennutzungsrecht unmöglich gemacht werden.

Dann gibt es die **Teilhabe am Kultur- und Entwicklungsstrom**: Die kulturelle Entwicklung führt dazu, dass Erfindungen und technische Entwicklung wie durch einen Ausfällungsprozess zu Bestandteilen der gesellschaftlichen Infrastruktur werden, an denen jeder teilhaben kann und soll. So ist heute in Deutschland der Fernseher nicht mehr pfändbar. Dass geistiges Eigentum nach einiger Zeit frei wird und allgemein genutzt werden darf, geht von der Idee her in diese Richtung. Die Eisenbahnen wurden von risikofreudigen Unternehmern gebaut, die Skepsis gegenüber den Risiken war ungeheuer. Dann erwies sich die Eisenbahn als so wichtig für die Gesamtgesellschaft, dass der Staat ihr Betreiber wurde.

Aber es gibt nicht nur einzelne Entwicklungen, die in der Erwerbswirtschaft entstehen und dann Bestandteil des Öffentlichen werden. Es gibt auch Entwicklungen, die für die Gesamtheit wichtig sind, sich aber erwerbswirtschaftlich nicht rechnen und daher Vorleistungen der Gesellschaft, Subventionen, erfordern. Das gilt z.B. für die nachhaltige Landwirtschaft und die erneuerbaren Energien. Ein Negativbeispiel sind die Kernkraftwerke, die ohne die Subventionierung durch eine vom Wahn ihrer Bedeutung für die Gesamtheit besessenen Politik nie hätten erstellt werden können.

Schließlich können wir von **sozialer Teilhabe** sprechen - von der Teilhabe an den Gütern aus der Ökonomie durch eine einkommensmäßige Grundsicherung; generell die Teilhabe an Sozialeinrichtungen.

Entscheidend für die Gestaltung des modernen öffentlichen Sektors ist, dass der Anspruch auf Teilhabe nicht kollektivistisch verformt und gegen den Pluralismus gewendet wird. Die Menschenrechte verlangen die individuelle Teilhabe des mündigen Menschen. Die mate-

„Sale-and-rent-back“ - Verkauf der Bund seine Ministerien?

Gegen Ende November spekulierten verschiedene Zeitungen darüber, ob der Bund, um Etatlöcher zu stopfen, selbst genutzte Bundesimmobilien - Ministerien, Behörden, Kasernen usw. - verkaufen und sie dann zurückerhalten wolle. Angeblich habe der hessische Ministerpräsident Koch bei den Koalitionsverhandlungen für dieses Verfahren geworben. Es würde zwar kurzfristig Milliarden in die Kassen spülen, wäre in Wirklichkeit jedoch keine Lösung, da es sich nur um eine verdeckte Kreditaufnahme handeln würde. Ein Sprecher des Finanzministeriums dementierte zwar, jedoch wollen die Gerüchte nicht verstummen, zumal das Verfahren vom Land Hessen auch bereits angewandt wurde. Es erlöste 1 Milliarde EUR, muss aber nun 55 Millionen EUR Mietzahlungen pro Jahr leisten.

rielle Sicherstellung des Zugangs zu Gesundheits- oder Bildungsleistungen darf daher niemals die Therapie- und Lehrfreiheit, die freie Wahl des Arztes oder der Schule behindern. Das hieße z.B. auch, dass da, wo ein Regionalkrankenhaus existiert, dessen Infrastruktur nicht von bestimmten medizinischen Mainstreams monopolisiert werden dürfte, sondern dass dort alle Ärzte wirken können, die von den PatientInnen der Region gewollt werden. Ebenso ist es ein Missbrauch der Infrastruktur, wenn es kaum Hochschul-Lehrstühle für Komplementärmedizin gibt, obwohl die Mehrheit der PatientInnen sich dieses Angebot, wie Umfragen bestätigen, ausdrücklich wünscht. Das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem in Deutschland war z.B. im Ansatz der Versuch, ein Drittes zwischen Staatsfunk und kommerziellem Privatfernsehen zu schaffen. Leider geriet es dann in die Abhängigkeit des Parteiwesens, und der Proporz erstickte viele gute Ansätze. Nötig wäre dagegen eine Öffnung der Medien gerade auch für die Selbstdarstellung von Minderheitenpositionen. Dann könnte man auch mit besseren Argumenten der Bedrohung der „Öffentlich-Rechtlichen“ durch das GATS-Abkommen der WTO entgegentreten. Die gesellschaftliche Infrastruktur muss heute offen sein für Pluralismus. Das gilt für Krankenhäuser genauso wie für Schulen und Fernsehanstalten.

Der Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge

Gegenüber den vorgebrachten differenzierten Gesichtspunkten zur Qualität des Öffentlichen erscheinen konventionelle Definitionen wie die im Kasten S. 8 dargestellte Definition des Brockhaus 2003 merkwürdig begriffsarm, wird doch dort rein positivistisch der Begriff durch das tatsächliche öffentliche Angebot definiert. So betrachtet ist dann die Teilhabe keine Menschenrechtsfrage mehr, sondern hängt vom Gutdünken der jeweiligen Obrigkeit oder Mehrheit ab. Dazu passt es, dass nur die Alternative „individuelle Marktentscheidung“ oder „Kollektiventscheidung“ gesehen wird.

Die sich in solchen Definitionsversuchen offenbaren den Verständnisprobleme deuten auf die Notwendig-

Bestimmung des optimalen Staatsanteils

Schema 2.2.: Private Güter, Mischgüter und öffentliche Güter bei vorhandenen Präferenzen

Rivalität	Ausschlussprinzip	anwendbar > < nicht anwendbar
	1. Güter mit Rivalität beim Konsum:	Private Güter Autos > < Nutzung einer überfüllten Innenstadtstraße
	2. Güter mit teilweiser Rivalität beim Konsum:	Mischgüter Impfschutz für Geimpfte > < Schutzwirkung der Impfung für Nichtgeimpfte
	3. Güter mit Nichtrivalität beim Konsum :	Öffentliche Güter Nutzung nicht überfüllter Autobahnen > < Nutzung eines Leuchtturms

Zimmermann, H., Henke, H.-D. (1994): Finanzwissenschaft, 7. überarb. u. erw.: Aufl., München, S. 47

keit hin, präziser zu fassen, was unter Teilhabe verstanden werden soll. Teilhabe ist immer aktive Beteiligung oder Beteiligungsmöglichkeit, nicht das Versorgtwerden durch eine väterliche Staatsautorität. Insofern ist der Begriff, den wir heute meist zur Charakterisierung des öffentlichen Sektors verwenden, der der öffentlichen Daseinsvorsorge, weniger aussagekräftig als der der Teilhabe. Wenn er auch vielfach im Sinne der Teilhabe definiert wird, kann er doch auch so buchstabiert werden, dass der Versorgte als unmündiges Objekt staatlicher Fürsorge fungiert.

Diese Zweideutigkeit mag auch mit der Geschichte des Begriffs zu tun haben. Er wurde von dem Staatsrechtler Ernst Forsthoff in finsterner Zeit, nämlich 1938, geprägt, und zwar in einer Schrift „Die Verwaltung als Leistungsträger“, in der er den Begriff der Leistungsverwaltung an die Stelle des überkommenen Begriffs der Eingriffsverwaltung zu setzen suchte. Die Daseinsverantwortung lag damals gewiss nicht beim Einzelnen, der als „Volks-genosse“ sich dem Totalitätsanspruch von Staat und Staatspartei unterzuordnen hatte.¹³ Erst nach dem Krieg, mit dem Grundgesetz, wurde der Begriff mehr im Sinne des angelsächsischen Begriffs der „public wants“ umgedeutet - und ist insofern auch für die Zivilgesellschaft anschlussfähig geworden. Wichtig ist immerhin, dass er als Rechtsbegriff in den Gemeindeordnungen einer Reihe von Bundesländern vorkommt und dadurch eine zusätzliche rechtliche Konkretisierung und Absicherung des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes darstellt.

Am 10. Dezember begehen wir den Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO, 1948 in Paris. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält zahlreiche Passagen, die das Recht des Menschen feststellen, als selbstbestimmte Persönlichkeit am politischen, wirtschaftlich-sozialen und geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Der Menschenrechtsansatz ermöglicht es, Teilhabe als individuelles Recht des Einzelnen zu bestimmen, das vom Staat zu garantieren ist.

In ähnlicher Richtung hat Michael Opielka das garantistische „welfare regime“ von liberalen, sozialdemokratischen und konservativen Konzepten abzugrenzen versucht. Beim garantistischen Ansatz ist der

sozialpolitische Adressat das Individuum bzw. der autonome Bürger. Das zugrunde liegende Konzept sozialer Gerechtigkeit ist die Teilhabegerechtigkeit. Es geht um Mut zur Verantwortung („Empowerment“) und Einbeziehung („Inklusion“). Man traut dem Menschen zu, aus Erkenntnis aktiv zu werden (Sinnhaftigkeit und Begründbarkeit als „Aktivierungssystem“).¹⁴

Die Menschenrechte haben eine dreifache Ausprägung, als individuelle Freiheitsrechte, als demokratische Beteiligungsrechte und als Sozialrechte. Auch die Teilhabe hat so eine dreifache Nuancierung, die sich nach den drei gesellschaftlichen Subsystemen differenziert: Teilhabe am geistigen kulturellen Leben setzt umfassende Selbstverwaltungsmöglichkeiten voraus. Teilhabe am politischen Leben erfordert die Entwicklung einer Demokratie, die nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Möglichkeit zu Initiative, Begehren und fairem Bürgerentscheid beinhaltet. Und die soziale Teilhabe ist abhängig von einer Grundsicherung, die es möglich macht, dass jeder ohne Existenzangst für andere tätig sein kann.

Wer entscheidet über öffentliche Güter und wie werden sie finanziert?

Bewertungs-, Umsetzungs- und Betriebsfragen - Investition und Amortisation¹⁵

Die „Gesamtheit“ der Vergangenheit war eine Einheit. Man war Glied dieser Gesamtheit oder stand draußen, nahm dadurch Teil an ihr oder nicht. Noch im Augsburger Religionsfrieden wird das neu aufkommende Problem, dass es die eine wahre Kirche nicht mehr gibt, so gelöst, dass nun alle Landeskinder die Konfession des Landesvaters anzunehmen haben („cuius regio, eius religio“). Heute fühlen wir uns nur als Teilhaber, wenn wir die Teilnahme selbst mit herbeigeführt haben, uns als real Beteiligte erleben können. Im Zentrum der

authentischen Staatsauffassung der Moderne steht nicht die „Mehrheit“, sondern der Einzelne mit angeborenen Rechten, die nicht erst gewährt oder genehmigt werden müssen.

Individuelle Freiheit meint das Recht auf Entwicklung, Entfaltung der Persönlichkeit, vor allen Dingen aber auch, dass der Einzelne gestalten kann. Von der Trias Entwicklung, Entfaltung und Gestaltung wird aber gerade das letzte Recht heute immer noch häufig eingeschränkt oder gar verweigert. Wo Menschen aus eigenen Einsichten gesellschaftliche Einrichtungen oder Lösungen gestalten wollen, geraten sie häufig mit Genehmigungsansprüchen des Staates in Konflikt. Der Staat vertritt das Prinzip der Gleichheit und muss es vertreten. Aber demokratische Gleichheit ist Chancengleichheit, gleiche Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeit, die für alle in gleicher Weise zu schützen ist. Die Gleichheit darf nicht zur Gleichmacherei werden, die dann die Freiheit eliminiert. Im Zeitalter der Urteilsfähigkeit des Einzelnen kann es die Einheitsmeinung der Allgemeinheit nicht mehr geben. Natürlich gibt es in manchen Fragen pragmatische Kompromisse durch Schnittmengenbildungen. Aber in allen tieferen Fragen des Lebens muss das eigene Urteil und die eigene Welt- und Lebensauffassung ausschlaggebend sein dürfen. Die richtige Schule oder die richtige Medizin für alle gibt es nicht - und „Schnittmengenbildung“ würde hier zur Vergewaltigung der Gestaltungsfreiheit. Gleichheit wäre gleiche Unfreiheit für alle.

Diese Überlegungen sind deshalb so wichtig für unser Thema, weil es, wie wir gesehen haben, bei den öffentlichen Gütern um die Gleichheit der Teilhabemöglichkeit geht. Dabei ist eben immer zu fragen, wie man die Gleichheit so realisieren kann, dass individuelle Wertentwicklung möglich ist. Die Gleichheit ist nicht die Verordnung gleicher Inhalte, sondern der Rahmen, der es jedem - unter Respektierung der Freiheit der anderen - erlaubt, seinen eigenen Weg zu gehen. In der einschränkenden Formulierung vieler Rechtsbestimmungen „soweit es nicht die Rechte anderer verletzt“ wird diese legitime Grenzziehung ansatzweise sichtbar.

Gegenüber der gegenwärtigen Ausverkaufstendenz der Gemeinschaftsgüter ist darauf zu bestehen, dass die Ökonomie Freiheit und Gleichheit nicht erdrücken darf, sie vielmehr als Rahmen und Grenze ökonomischer Tätigkeit zu respektieren hätte. Bildung z.B. muss ohne Ansehung aller ökonomischen Verhältnisse verfügbar gemacht werden. Das heißt, dass der Zugang dazu nicht von elterlichen Geldbeutel, die finanzielle Ausstattung des Schulwesens nicht von der gerade aktuellen Kassenlage des Staates abhängen darf. Die Ökonomie überschreitet die ihr gezogenen Grenzen auch dann, wenn sie inhaltlich die Bildung von der allgemeinen Menschenbildung weg und hin zu Funktionalität und marktkonformen Abschlüssen drängen will (bei den Universitäten z.B. vollzieht sich derartiges gerade jetzt im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses).

Die Entwicklung des Menschen verlangt individuelle Verantwortungserfahrung. Ihr zur Entfaltung zu verhelfen gelingt am Besten, wo das Bildungswesen von den Impulsträgern der jeweiligen Bildungsinitiativen verantwortlich geleitet wird. Verantwortlich zu werden für das was man will, und zwar im Leben, nicht bloß

im Kopf, das erfordert als soziale Form die volle Selbstverwaltung.

Im Zuge der Konjunktur des Neoliberalismus seit Ende der 80er Jahre wurde auch eine Reform der Staats-tätigkeit begonnen, die unter dem Namen des New Public Management (NPM) auftritt. Im NPM werden betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte nun auch für die Organisation der Staatstätigkeit maßgebend. Wie das mit Orientierung des Staates auf die Gesamtheit vereinbar sein soll, ist nicht zu sehen. Unter Effizienzgesichtspunkten gewährt das NPM Einzeleinrichtungen sogenannte Teilautonomie, also Teilverantwortung. Die Gesamtverantwortung jedoch bleibt beim Staat. Das Was bestimmt die Allgemeinheit, nur das Wie der Einzelne. Selbstverwaltung ist nur eine Kategorie der operativen, nicht eine der strategischen Führung von Einrichtungen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass heute die Zuordnung „Kollektiventscheidung“ = „Öffentlicher Sektor“ und „Individualentscheidung“ = „Markt“ zu kurz greift. In vielen Fragen des Umgangs mit nichtprivaten Gütern haben wir es heute mit Kollektiventscheidungen über einen Rahmen zu tun, der die Individualentscheidungen, z.B. die Wahl von Schule und Krankenhaus, gerade offenlässt. Die „Allgemeinheit“ hat also heute einerseits die Aufgabe, Übergriffe von privaten Partikularinteressen zu verhindern, andererseits die inhaltliche Ordnung der Verhältnisse durch Vereinbarungen zwischen Betroffenen zu ermöglichen. Vertragsparteien bestimmen hier die Inhalte, die Allgemeinheit bestimmt nur den Rahmen, schützt vor Vertragsverletzungen usw. - im Gegensatz zum Gesetz, das Inhalte für alle verbindlich regelt. Wo Gesetze nötig sind, gilt das bereits vorher über partizipatorische Demokratie Gesagte.

Das bisher Dargestellte bezog sich vor allem auf Bereiche wie Bildungs- und Gesundheitswesen, also nicht-private Güter in der Kultursphäre. Wie steht es nun mit Bereichen wie Wasserversorgung, Stromversorgung, Straßen- und Schiennetz, Bahn, Telekommunikation usw.?

Auch hier geht es um Gesamtinteressen. Wir haben es mit nichtprivaten Gütern zu tun. Deshalb dürfen ökonomische Partikularinteressen hier nicht bestimmend sein. Solche Partikularinteressen wirken aber heute bereits durch unser Bodenrecht.¹⁶ Sie beeinflussen Stadt- und Verkehrsplanung und führen zu über- teuerten Mieten, die die Gemeinschaft dann durch Wohngeld kompensieren muss, weil das Recht auf Teilhabe ja auch das Wohnen einschließt. Die Ebbe in den öffentlichen Kassen hat viel mit derartigen Dingen zu tun. An solchen Stellen wird der Staat zum Reparaturbetrieb des Kapitalismus. Er sollte diese Rolle ablegen und stattdessen die Rahmenbedingungen gemeinwesenverträglich gestalten, also ein modernes Bodennutzungsrecht einführen.

Die Ökonomie versucht heute, alle sozialen Rücksichten abzuschütteln. Die Globalisierung verschärft diese Tendenz, indem sie die Ökonomie weltweit außerhalb gesetzlicher Regeln zu stellen bzw. diese als Handels- und Investitionshemmnisse zu beseitigen trachtet. Das Argument, das Soziale sei eine untragbare Belastung der Ökonomie, entfällt spätestens dann gänzlich, wenn die Rahmenbedingungen, unter denen

die Ökonomie arbeitet, für alle gleich sind, d.h. wenn Sozialkosten sich nicht mehr im Wettbewerb auswirken.¹⁷ Dies gilt um so mehr, als ja die Wirtschaft selbst auf der Infrastrukturleistung der Gesellschaft und der Gewährleistung der Rechtssicherheit durch den Staat ganz selbstverständlich aufbaut. Deshalb dürfen sich die Unternehmen der Sozialbindung nicht entziehen, deshalb ist der Nutzen, den sie für die „Stakeholder“ - Kunden, gesellschaftliches Umfeld usw. - stiften, wichtiger als jeder shareholder value. Der letztere ergibt sich in seiner jetzigen Form ja erst als Folge höchst problematischer Eigentumsverhältnisse an Unternehmen. Denkt man tiefer über die Rolle der modernen Wirtschaft nach, so erkennt man, dass eine grundlegende Transformation sowohl ihrer inneren Ordnungsprinzipien als ihrer äußeren rechtlichen Rahmenbedingungen unausweichlich ist. Arbeitsteilung und Fremdversorgung sind letztlich mit einer reinen Erwerbsorientierung der Ökonomie unvereinbar, die Ökonomie selbst muss auf der assoziativen Zusammenarbeit der an ihr Beteiligten beruhen, nicht auf dem permanenten Verdrängungskampf.

Die Unterscheidung zwischen privaten und Gemeinschaftsgütern würde aber auch nach einer solchen Transformation der Wirtschaft nicht hinfällig. Handelt es sich bei privaten Gütern und Dienstleistung primär um eine Angelegenheit zwischen produzierenden Unternehmen, Handel und Endverbrauchern, die ihren individuellen Bedarf geltend machen, so ist bei den Gemeinschaftsgütern der individuelle Bedarf bereits gesamtgesellschaftlich eingebunden zu denken.

Der öffentliche Sektor arbeitet mit nicht-privaten Gütern. Teile der Infrastruktur sind dabei nicht Staatswirtschaft, aber eben auch keine reine Erwerbswirtschaft. Die Infrastruktur muss schlicht zur Verfügung stehen. „Mehrwert“ muss bei den Nutzern dieser Infrastruktur entstehen, nicht bei einem einzelnen Investor bzw. bei Aktionären. Gesamtinteressen dürfen nicht an Privatinteressen ausgeliefert werden. Unter heutigen Bedingungen, wo wir „Wirtschaft“ als reine Erwerbswirtschaft denken, ist die Notwendigkeit der Abgrenzung des öffentlichen Sektors allerdings noch dramatischer als sie es in einem assoziativen Wirtschaftsleben wäre.

Heutige Finanzierung öffentlicher Güter

1. Vorfinanzierung (Kauf, Beschaffung, Erstellung)

Kreditaufnahme
Kapitalmodelle
Leasing

2. Laufender Betrieb, Leistungsabgabe

Steuern
Beiträge
Gebühren
Entgelte

3. Abbau, Verschrottung, Einstellung

Rückstellungen, Rücklagen
Steuern

Ausgewählte Ausgaben öffentlicher Haushalte 2001 in Mrd. EUR

Politische Führung/Zentrale Verwaltung	34,3
Verteidigung	24,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	20,5
Rechtsschutz	10,4
Vorschule, Schule	57,9
Hochschulen	19,5
Sonst. Wissenschaft, Forschung	9,6
Kultur	8,1
Soziale Sicherung	151,6
Familie, Sozial-, Jugendhilfe	47,2
Gesundheit, Sport, Ernährung	14,9
Wohnungswesen, Städtebau	10,3
Kommunale Gemeinschaftsdienste	14,9
Energie, Wasser, Gewerbe, Dienstleistungen	22,5
Verkehr und Nachrichten	22,9
Wirtschaftsunternehmen	17,9
Allg. Finanzwirtschaft	109,7
Ausgaben insgesamt	596,4

Bundesministerium der Finanzen (2004): Finanzbericht 2005, Berlin/Köln, S. 383 - 385 (Gesamtsumme rechnerisch korrigiert)

Ein heutiges Wirtschaftsunternehmen verkoppelt in aller Regel Leistungsmotiv und Erwerbsmotiv. Das hat die logische Konsequenz, dass man aus Aufgaben aussteigt, die unter Erwerbgesichtspunkten uninteressant werden. Der Ausstieg des RWE-Konzerns aus dem Wassergeschäft (vgl. Kasten S. 16) zeigt das deutlich. Im öffentlichen Sektor handelt es sich aber größtenteils um Aufgaben, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen.

Wenn Infrastruktur wirklich allen zur Verfügung stehen soll, dann darf sie nicht als Investition betrachtet werden, die Rendite bringen, „sich rechnen“ soll, sondern - wie vorher schon einmal festgestellt - als Schenkung, wie immer diese im einzelnen zustande kommen mag. Nur was nicht unter dem Druck der Rückzahlung und Verzinsung steht, steht wirklich frei zur Verfügung und führt zu dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen, der den Zweck der Infrastruktur ausmacht. Daher kann die Nutzenerwartung eines Investors hier nicht die richtig „Allokation“ der Mittel bewirken.

Heute versucht man, alles zur Investition zu machen. Dadurch geraten wir jedoch in die Verschuldungsfalle. Mittlerweile ist das Defizit strukturell geworden. Öffentliche Ausgaben amortisieren sich mitnichten, die Lächer werden vielmehr immer größer. Der ursprünglich antizyklische Ansatz: Kreditaufnahme in der Depression, Tilgung beim Aufschwung durch die in ihm generierten Staatseinnahmen - funktioniert schon längst nicht mehr. Wir verfüttern die Zukunft. Die Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte in Deutschland liegt derzeit bei etwa 1.400 Mrd. EUR, das sind rund 64% gemessen am Bruttoinlandsprodukt (ca. 2.200 Mrd. EUR).¹⁸ Im Jahre 1990 betragen die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte noch 33,1 Mrd. EUR. Im Jahre 2004 waren sie auf 64,7 Mrd. EUR angewachsen.¹⁹ Es sollte nicht erst ein neuer

Währungsschnitt, der dann Leihgeld zwangsweise zu Schenkungsgeld macht, zum Umdenken führen.

Unter diesen Bedingungen scheinen Privatisierung, „Private Public Partnership“ und betriebswirtschaftliches Staatsmanagement (New Public Management) für viele ohne Alternative. Die Frage ist immer weniger, was im Gesamtinteresse nötig sei. An alles wird der Profit-Center-Gedanke herangetragen. Die Klage, dass es zur Privatisierung keine Alternative gebe, weil der Staat kein Geld mehr habe, vergisst in der Regel, dass der Geldmangel durch die skizzierten Herangehensweisen - in Verbindung mit strukturellen Problemen etwa unseiner Geldwesens - erst entstanden ist.

Heute predigen viele, jede Subvention störe die „Allokation“, den optimalen Einsatz knapper Mittel. Der öffentliche Sektor lebt jedoch gerade davon, dass gesellschaftlich als Notwendig Erachtetes auch entsprechend gefördert wird. Natürlich gibt es hier auch Probleme, zu denen es keine Eindeutigkeitsantworten gibt, sondern unterschiedliche Lösungsansätze. Das gilt z.B. für die Frage, ob der Autofahrer - über eine Maut - oder der Steuerzahler die Straßen bezahlen soll, - oder wie der Anteil des einen und des anderen ist. Für das eine spricht vielleicht die Überlegung, dass indirekt das Straßennetz ja auch den Nichtautofahrern zugute kommt, für das andere der umweltpolitische Gesichtspunkt, möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen.²⁰ Jedenfalls sieht man auch hier, dass der verselbständigte Gesichtspunkt der Rentabilität nicht zu einer angemessenen Lösung führt. Vielmehr müssen sachangemessene Lösungen für Entscheidung, Finanzierung, Verwaltung und Nutzung angepeilt werden.

Entscheidung: Im öffentlich Sektor können die Grundentscheidungen nicht beim Einzelunternehmen bzw. bei den einzelnen Verbrauchern liegen. Vielmehr gibt es einen jeweiligen Leistungs- und Versorgungsauftrag der Gemeinschaft, der aus dem Willen fließt, die Teilhabe an den Gemeinschaftsgütern zu gewährleisten. Die Entscheidungsfindung sollte in diesem Bereich allerdings weniger in den parteipolitisch dominierten Gremien liegen, z.B. einem allzuständigen Gemeinderat, als in Foren der Betroffenen - neu zu schaffenden Organen, in denen Gemein Sinn und wirtschaftlicher Sachverstand zusammenwirken können. An regionale Räte für einzelne Bereiche könnte hier gedacht werden oder - vielleicht besser und einer Zersplitterung entgegenwirkend - einen Gesamt-Regionalrat für die Infrastruktur bzw. für die Daseinsvorsorge.

Finanzierung: Wir brauchen eine möglichst zukunfts-offene Finanzierung, d.h. die Kosten dürfen nicht über Kreditaufnahme auf die Nachkommen überwälzt werden.²¹ Das heißt nicht, dass in diesem Bereich keine Erträge anfallen dürfen, diese sollten jedoch für den laufenden Betrieb der Einrichtungen im öffentlichen Sektor und zur Pflege der Infrastruktur dienen.

Operative Leitung/Verwaltung: Bei der Entscheidung über das Wie der Umsetzung des öffentlichen Leistungsauftrags muss ein hohes Maß an Autonomie der gemeinwesenorientierten Versorgungsunternehmen wirksam sein. Heute ist die öffentliche Mitsprache bei Umsetzungsentscheidungen tendenziell viel zu klein-

Gesamtverschuldung 2001

Bund	697 Mrd.
Länder	358 Mrd.
Gemeinden	90 Mrd.
Sonstige	60 Mrd.
Zusammen	1.205 Mrd.

Beispiel Hochschulfinanzierung

Seit Jahren gehen die Ausgaben zurück und die Hochschulen suchen nach Finanzierungsmöglichkeiten. Einige Bundesländer führen jetzt Studiengebühren ein, die aber - innerhalb eines, wie die letzte PISA-Studie zeigt, ohnehin hochselektiven Bildungswesens - wieder eine neue Schwelle gerade für sozial Schwache darstellen. Hochschulen sollen sich aus der Verwertung eigener Patente finanzieren, so ein Ansatz, der heute mit Macht verfolgt wird. Das würde die Universitäten zu Erwerbsunternehmen machen und die „Wissensallmende“, das allgemein nutzbare Wissen, beschneiden. Etwas ganz anderes wäre natürlich eine allgemeine Lizenzabgabe der Ökonomie zur freien Finanzierung des Hochschulwesens. Sie würde gerade keine inhaltliche Umsteuerung der Forschung unter erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten fördern.

Von Finanzautonomie der Hochschulen kann auf der anderen Seite wieder keine Rede sein. Zwar gibt es nicht mehr das frühere „Novemberfieber“: Man musste schnell noch alle zugewiesenen Mittel ausgeben, weil man sie sowieso nicht behalten durfte. Jetzt dürfen sie auf das Folgejahr übertragen werden. Aber wenn man zuviel überträgt, wird das nächste Mal doch gekürzt. Die seit einigen Jahren eingeführte Budgetfrierung - vorher war jeder Ausgabenposten vom Staat, d.h. dem Land, vorgegeben - reduziert sich auf die Freiheit, mit einem systematisch kleiner werdenden Budget umzugehen. Da 80% der Mittel Personalmittel sind und weiterhin jede Einstellung vom Ministerium abgesegnet werden muss, ist diese Freiheit eher eine Scheinfreiheit. Die vielbeschworene Autonomie von Forschung und Lehre schließt nicht einmal die volle Personalhoheit ein. Zugleich geraten die Universitäten zusätzlich in die Mühle der staatlich vorgeschriebenen Evaluation durch private Agenturen, eine Art Doppelumklammerung tritt ein.

Natürlich ist nichts gegen zusätzliche Finanzierung von Universitäten durch Förderbeiträge Ehemaliger zu sagen, solange nicht im gleichen Maße, in dem solche Beiträge fließen, öffentliche Beiträge abgebaut werden.

lich. Es handelt sich aber immer um die Umsetzung eines öffentlichen Versorgungsauftrags. Hier liegt ein wichtiger Unterschied zur „Privatisierung“, bei der Privatunternehmen autonom unter Renditegesichtspunkten entscheiden.

Nutzung: Hier kann es nicht nur eine Form geben. Teilhabe muss nicht notwendig bedeuten, dass die

Nutzung gratis erfolgt. Vielmehr muss man im Einzelnen hinschauen, wo eine Gratisnutzung und wo eine Kostenbeteiligung der unmittelbaren Nutzer sinnvoll ist. Wo der Gleichheitsgesichtspunkt mit der vorhandenen ökonomischen Leistungsfähigkeit im Konflikt liegt, ist eine Entkoppelung oder Teilentkoppelung von Nutzung und Preis immer begründbar.

Eine Kostenbeteiligung muss im öffentlichen Sektor immer sozial ausgewogen sein. Wasser gratis abzugeben würde z.B. der Verschwendung dieser knappen Ressource Vorschub leisten. Wenn andererseits alle Kosten der Wasserversorgung den unmittelbaren Nutzern im Preis angelastet werden, kann das für ärmere Schichten den als Menschenrecht zu garantierenden Zugang zum Wasser gefährden. Es ist also durchaus sachgemäß, einen Teil der Kosten aus einem Sozialausgleich oder aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren, um einen „Sozialpreis“ für Wasser zu ermöglichen. Umweltgesichtspunkte z.B. können in den unterschiedlichen Wassereinzugsgebieten zu unterschiedlichen Wasserpreisen führen.

Eine Kostenbeteiligung der unmittelbaren Nutzer muss nicht notwendig über die Einzelbepreisung geschehen. Die Teilnahme am regionalen öffentlichen Nahverkehr etwa kann man nicht nur über Einzelfahrtscheine, sondern auch über eine Umlage finanzieren. Zur Frage einer Maut beim Straßennetz wurde weiter oben schon etwas gesagt.

Was nützen öffentliche Güter?

Die Frage nach der Sozialbilanz²²

Wie stellt man überhaupt fest, welchen Nutzen öffentliche Güter stiften und unter welchen Bedingungen sie das tun? Die heute übliche Gewinn- und Verlustrechnung ist ein Geschöpf der rein betriebswirtschaftlichen Denkweise. Der Qualitätsbeweis wird ausschließlich über die Finanzströme geführt. Die Zahlen der Bilanz sind aber nur Spuren des Lebens, erfassen nicht das soziale Leben selbst. Dieses Manko wird bei den öffentlichen Gütern um so fühlbarer, als diese in allen Rechnungen nur als gewinnmindernd auftreten. Die Betriebe und die einzelnen Menschen zahlen Steuern, Sozialabgaben usw. dafür.

Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass die Bilanzen selbst immer mehr amerikanischen Usancen angenähert werden - etwa über die Bilanzrichtlinie der EU. Der Trend geht dahin, bei der Gewinnermittlung nicht mehr schlicht die Umsätze, vermindert um Sach- und Personalkosten, in Betracht zu ziehen, sondern auch die sogenannten Opportunitätskosten des Kapitals. Sie errechnen sich aus dem durch eine Investition entgangenen Zinsgewinn aus der investierten Summe. Der Begriff des „Shareholder value“, des Nutzens der Unternehmen für die Anteilseigner, drängt sich überall in den Vordergrund. Während so die betriebswirtschaftliche Bilanzierung immer ausschließlicher auf den Kapitaleigener konzentriert ist, erfordern Sozial-

bilanzen eine völlig andere Denkweise: Sie sind Teilhabebilanzen, die in unserem Fall den Zustand der realisierten Teilhabe bei öffentlichen Gütern widerspiegeln müssen.

Erwerbswirtschaft betrachtet das Verhältnis von Aufwand und Ertrag/Gewinn. Dieser Gewinn ist immer Gewinn für jeweils mich als Eigner. Bei allen gemeinwesenorientierten Tätigkeiten ist das Wesentliche kein für Mich, sondern ein An sich. Für die Pioniere der ökologischen Landwirtschaft und für viele ökologische Landwirte bis heute gilt als das Wesentliche die Frage „Was haben wir geleistet?“, nicht „Was haben wir verdient?“ Ja man nahm und nimmt um der Sache willen sogar betriebswirtschaftlich schlechtere Ergebnisse, als sie mit konventionellem Landbau erzielt werden könnten, in Kauf.

Der gesamte öffentliche Sektor darf nicht erwerbs-, sondern muss primär aufgaben- und leistungsorientiert arbeiten, d.h. die Leistung darf nicht nur Mittel zum Erwerbszweck sein. Was wir beispielsweise für das Gesundheitswesen ausgeben, zehrt erst einmal einen Teil der ökonomisch erarbeiteten Werte auf. Oberflächlich sehen wir zuerst „die wahnsinnigen Kosten“ des Gesundheitswesens, den Negativwert der Ausgaben. Jedoch entsteht durch diese teilweise Aufzehrung etwas, was doch keine Belastung, sondern gerade eine Aufwertung des Lebens darstellt: Die Gesundheit. Aber dafür fehlt uns gerade in der betriebswirtschaftlichen Bilanztechnik die Gegenbuchungsmöglichkeit. Genauso wie sie uns für die Schäden an der Gesundheit von Mensch und Natur fehlt, die die „Geiz-ist-geil“-Strategie der Handelsriesen anrichtet.

Gesundheit ist keine Belastung der Ökonomie! Was wir uns das Gesundheitswesen kosten lassen, muss eine Folge dessen sein, was uns die Gesundheit wert ist. Um erlauben zu können, was Ausgaben für das Gesundheitswesen bewirken, muss man die Realität anschauen: Die flächendeckende ärztliche Versorgung, die Tatsache, dass wir an jeder Ecke eine Apotheke haben, ist doch erst einmal - bei aller zugegebenen Reformbedürftigkeit des Gesundheitswesens - keine Katastrophe, sondern das Gegenteil. Könnte man nicht auch sagen: „Ein Wunder, dass man das mit 14% hinbekommt!“?

Die Denkweise, die überall da, wo keine finanziellen Erträge entstehen, nur Belastung oder Minderwertigkeit sieht, muss also überwunden werden. Hausfrauen- und Hausmännerarbeit erscheint bisher in keiner Bilanz - und doch ist ihre Sozialbilanz durch und durch positiv. Sozialbilanzen erfordern, über die bloße Betrachtung von Finanzkennziffern hinauszugehen - selbstverständlich ohne diese völlig außer Acht zu lassen. Im privaten Rahmen darf gelten: Ich kaufe, was mir gefällt. Öffentliche Güter sind dagegen nur zu erhalten, wenn ein wirkliches Verständnis für ihren Wert existiert. - Dass dies einem wirtschaftlichen Umgang mit den Gütern nicht widerspricht, versteht sich von selbst. Doch Wirtschaftlichkeit existiert in einem realen Lebenskontext. Bei einem Kinderbuch kann ich auf Umsatz und Ertrag aus seinem Verkauf schauen. Damit erfasse ich aber nicht die Wirkung auf die Kinderseelen. Die Zahlen können bei einem Gewaltcomic und einer Märchensammlung gleich sein, die Wirkung ist es

nicht. Dieses Gespür für die „Wirklichkeit“ - also die Wirkung im weitesten Sinne - muss entwickelt werden, statt es immer mehr reinem Profitdenken zu opfern. Gewinnerwirtschaftung ist kein gesellschaftliches Bedürfnis, weshalb im öffentlichen Sektor Aufgabenstellungen aus gesellschaftlich-rechtlichen Gesichtspunkten im Mittelpunkt stehen müssen.

In der Landwirtschaft haben wir uns zu der Auffassung bequemt - wenn auch mit Hintergedanken und unter dem Zwang der Welthandelsvereinbarungen -, dass wir die landschaftspflegerische Arbeit der Bauern gesamtgesellschaftlich honorieren müssen, auch wenn sie eben nicht unmittelbar marktfähig ist. Das ist keine Subventionierung, sondern die Abgeltung einer Leistung für die Gesamtheit - mindestens, was die nachhaltige Landwirtschaft angeht. Es ist vielleicht kein Zufall, dass wir den Begriff der Landschaft auch im übertragenen Sinne verwenden und von einer Bildungs-, Universitäts-, Kultur- und Gesundheitslandschaft sprechen. Deren Pflege muss ebenfalls ermöglicht - und das heißt entgolten - werden.

Erst da, wo es keine Teilhabe der Mitarbeiter am Unternehmen gibt, werden Löhne zu Abzügen vom Ertrag und damit für den Kapitaleigner zu Kosten. Die Arbeit wird damit zum Feind der Organisation und der Unternehmensverantwortliche zum Kämpfer gegen die Arbeit. Das Verhalten führender Manager ist also nicht eine schlichte moralische Fehlhaltung, sondern logische Folge einer Ökonomie, in der Unternehmen als verkäufliche private Vermögenswerte figurieren.

Zu einem Bewusstsein des Wertes öffentlicher Güter kommt man nur unter bestimmten Bedingungen: Die Gesamtheit, um deren Wohl es geht, muss dem Einzelnen etwas real bedeuten. Er muss die Möglichkeit zu lebendiger Begegnung haben, durch die er sie real erleben kann. Nur so kann ein Bild der Entwicklungsnotwendigkeiten einer Gesamtheit entstehen. Die Gesamtheit kann man nicht mit Statistik zureichend erfassen. Wenn dies nicht bedacht wird, wird die Forderung nach Wirksamkeitsnachweisen für Beziehungsdienstleistungen im öffentlichen Sektor nur der Tätigkeit der dienstleistenden Menschen durch kleinliche Kontrollen immer mehr die Luft zum Atmen nehmen.

Wir tun uns heute schwer mit diesen Fragen. Das gilt selbst da, wo die Möglichkeiten noch gegeben wären, wo z.B. Banken wie die Schweizer Kantonalbanken noch einen Leistungsauftrag zur Regionalentwicklung haben. Wie aber verstehen wir Regionalentwicklung? Es genügt nicht, der größte Sponsor des Zoos zu sein oder sich hier und da im Wohnungsbau zu engagieren. Um die anstehenden Gemeinschaftsaufgaben zu erkennen, müssen wir ein höheres Bewusstsein entwickeln, das mehr sieht als die Erwerbsbilanz. Und wir müssen Einrichtungen und Organe schaffen, in denen die Aufgaben aus der Begegnung und Beratung der Betroffenen heraus angegangen werden können. In der Betriebswirtschaft gibt es keine Instrumente für gesamtwirtschaftliche Überlegungen. Es braucht Foren, wo sich diese Überlegungen artikulieren und zu Verabredungen führen können, kurz es braucht den runden Tisch des assoziativwirtschaftlichen Dialogs der Wirtschaftspartner²³, damit so etwas entstehen kann wie „objektiver Gemeinsinn“ (R. Steiner).

Privatisierungsfolgen

Großbritannien war das erste Land, das seinen gesamten öffentlichen Verkehr „liberalisierte“. Die Preise der Busse außerhalb Londons stiegen um mehr als ein Drittel (in Einzelfällen um 500%), und die Busse verloren mehr als 44% ihrer Fahrgäste. Jetzt haben drei große private Konzerne regionale Monopole. Die Busfahrer verloren 24% ihres Lohns. (Faber, Claus/2003: *Governance Regimes im Öffentlichen Verkehr. Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien*) Auf der Bahn führte die Privatisierung zu einer Häufung sogenannter „gefährlicher Signalübertretungen“. (Interner Revisionsbericht Railtrack plc)

Der Schieneninfrastrukturbetreiber halbierte seinen Personalstand. Auf Grund des desolaten Schienennetzes waren zeitweise 80% aller britischen Züge zu spät oder fielen aus. Kurz darauf war Railtrack zahlungsunfähig und wird nun mit staatlichem Geld weiter betrieben. Im Frühjahr 2003 entzog die Schienenaufsichtsbehörde dem französischen Bahnkonzern Connex wegen wiederholter grober Fehlleistungen den Regionalverkehr im Süden Londons. Die Strecken sind seitdem wieder staatlich. Laut BBC hat Großbritannien das schlechteste Verkehrssystem Europas. (BBC 1, November 2001)

Helsinki gilt als Umweltmusterstadt und schrieb den Betrieb seiner Flüssiggasbusse aus. Ein privater Buskonzern hatte nur Dieselfusse und klagte wegen Benachteiligung. Erst nach einem dreijährigen Rechtsstreit bekam Helsinki Recht. Die krause Begründung der EU-Richter: eine Kommune dürfe neben ihrem eigenen Wohl auch das ihrer Bürger vertreten.

In **Dänemark** wurde ein Streckenteil den Staatsbahnen entzogen und für rund 800.000 Euro Subvention der britischen Arriva-Gruppe gegeben. Diese hatte aber weder Lokführer noch Waggons. Die Staatsbahnen mussten einspringen und für den Privaten fahren. (Die Presse 4.2.2003)

Schweden gilt als Musterbeispiel erfolgreicher „Liberalisierung“. Nach dem Rausch folgt nun der Kater: Die Zerteilung des Schienennetzes hat die staatlichen Investitionen in die Bahn verunfacht. (Ljunghammer, Owe: *An international perspective on Swedish railway policy, Stockholm 1996; Kopicki/Thompson: Best methods of railway restructuring and privatisation, 1995, S. 201*) Die schwedische Eisenbahn ist pleite, muss 20% ihrer Mitarbeiter feuern und wird mit öffentlichem Geld gerettet. (DVZ 51/29.4.03)

Neuseeland hat sein Schienennetz für einen Dollar an private Investoren verkauft. 2003 hat es das völlig desolate Netz wieder zurück bekommen und muss es nun mit staatlichem Geld reparieren. (New Zealand Rail and Maritime Transport Union, 6. Juni 2003) (Alle Beispiele dieses Absatzes aus: Dr. Claus Faber: *Der Tod der öffentlichen Dienste*, siehe unter www.claus.faber.name)

Quelle: <http://www.attac.de/stuttgart/dokumente/eu/gruenbuch040310UM.pdf>

Wir brauchen neue soziale Vereinbarungen, z.B. über das Bodenrecht, die eine solche Umformung der Wirtschaftsweise nicht länger behindern, sondern ihr günstig sind.

Entideologisierung der Debatte

Eine Entideologisierung der Diskussion ist dringend vonnöten. Der Ideologie des Marktfundamentalismus ist nicht mit ideologischen Reflexen beizukommen, sondern nur mit dem Blick für das jeweils sozial Förderliche. Nicht jede Übertragung von Aufgaben an Private ist ein Verstoß gegen das Öffentliche. Es gibt keinen Grund dafür, dass jede Kantine im öffentlichen Sektor von der Kommune betrieben werden muss. Die Verbesserung bei der Übertragung einzelner Aufgaben an Wirtschaftsunternehmen muss aber eine der Leistung sein, nicht eine Verbilligung dadurch, dass man die gleichen Arbeitskräfte erst entlässt und dann zu Billiglöhnen wieder einstellt!

Dass VW in finsternen Zeiten einmal als Staatsbetrieb begann, ist ein zusätzliches Argument dafür, dass der Staat keine Autos bauen sollte. Wohl aber hat er deren Verkehrssicherheit zu gewährleisten, unter Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen wie des TÜV. Naiv ist allerdings auch die Vermeinung, eine Kommune könne einen weltweit tätigen Konzern, dem sie ihre Wasserversorgung verkauft hat, wirksam kontrollieren. Für große Unternehmen in den sensiblen Bereichen des öffentlichen Sektors sind ganz besondere Anforderungen an die Unternehmensform zu stellen: Sie muss die Orientierung am Gemeinwesen strukturell sichern.²⁴

Man muss im übrigen Bereich für Bereich differenziert anschauen, um zu den jeweils sachgemäßen Lösungen zu gelangen. Es gibt z.B. nur ein Schienennetz, aber viele Öltanker. An der einen Stelle ist Gemein-

RWE zieht sich aus dem Wassergeschäft zurück

RWE wollte zu einem der ganz großen Player auf dem Wassermarkt werden. Dazu wurden die englische Thames Water und in USA American Water gekauft, womit man 70 Millionen Kunden bediente. Nach fünf Jahren zieht sich der Konzern aus dem Wassergeschäft zurück, da die nötigen massiven Investitionen in die Leitungsnetze, vor allem die maroden Leitungen in London, mit den kurzfristigen Profiterwartungen des Unternehmens immer weniger vereinbar waren.

Der Versuch, das Problem auf die Kunden abzuwälzen, misslang: 38% Preiserhöhung wurden bei der britischen Regulierungsbehörde beantragt! Diese genehmigte „nur“ 14,5%. Bis 2007 sollen Thames Water und American Water nun verkauft werden, wobei man auf sogenannte langfristig orientierte Finanzinvestoren hofft.

Quelle: http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?cnt=7531

besitz der richtige Ansatz, an einer anderen effektive öffentliche Kontrolle.

Die Alternative lautet nicht: Zurück in die Staatswirtschaft oder Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors durch Privatisierung. Es gilt vielmehr, den Ausverkauf des öffentlichen Sektors zu verhindern und ihn gleichzeitig neu zu gestalten - jenseits von Bürokratie und Kommerzialisierung. Weder der Staatsbetrieb noch der Erwerbsbetrieb ist die Lösung. Wir brauchen neue Formen für den öffentlichen Sektor, die seine Gestaltung durch die beteiligten Menschen ermöglichen.

Anmerkungen

1 Über die akademische Debatte referierte Prof. Harald Spehl, über die zivilgesellschaftliche Christoph Strawe. Udo Herrmannstorfer sprach zur historischen Entwicklung des öffentlichen Sektors.

2 Ernst Ulrich von Weizsäcker u.a. (Hg.): Limits to Privatization. How to Avoid Too Much of a Good Thing, Earthscan, London 2005.

3 „Allmende“ ist in der heutigen Fachökonomie in weiten Kreisen zu einem Negativbegriff geworden. Allmendeigentum lockt nur die Trittbrettfahrer an. Richtig ist an diesem Argument allenfalls, dass mit den Gemeinschaftsgütern immer auch die Frage entsteht, wie ein verantwortlicher Umgang mit ihnen ermöglicht wird, der das Erwerbsmotiv ersetzt. Das Schweizer System des bäuerlichen Allmendeigentums - die Kühe grasen auf der Alp, welche Gemeindeland ist - funktioniert bis heute gut, beruht es doch auf einem tradierten ausgefeilten System, das Übernutzung verhindert. Solche Formen müssen aber heute größtenteils erst wieder neu und auf neue Weise entwickelt werden.

4 Den Begriff „meritorische Güter“ prägte der US-amerikanische Ökonom Richard Abel Musgrave.

5 Vergl. etwa: Christoph Strawe: Zivilgesellschaftliche Alternativen zum EU-Verfassungsvertrag. In: Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/Juni 2005.

6 Jerry Mander, John Cavanagh: Eine andere Welt ist möglich. Alternativen zur Globalisierung, Riemann-Verlag München, 2003.

7 A.a.O. S. 110.

8 Ibd.

9 Vgl. den Artikel „Public Public Partnership“ im Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3, September 2004.

10 Ibd.

11 Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser. Verlag Antje Kunstmann, S. 294.

12 Hierzu referierten C. Strawe und U. Herrmannstorfer.

13 Wikipedia, Stichwort Daseinsvorsorge, <http://de.wikipedia.org/wiki/Daseinsvorsorge>

14 Michael Opielka: Sozialpolitik - Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Rowohlt's Enzyklopädie. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 2004.

15 Zu diesen Themen referierten - in zwei Arbeitsabschnitten - Udo Herrmannstorfer und Harald Spehl.

16 Vgl. Udo Herrmannstorfer: Die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden - Vorschlag für ein neues Bodenrecht, in: Ders. Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Stuttgart 3. Aufl. 1997, S. 87 ff.

17 Vgl. Herrmannstorfer, Strawe, Spehl: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1, März 1999, www.sozialimpulse.de/lnnk.htm

18 <http://www.staatsverschuldung.de/index.html>

19 <http://www.staatsverschuldung-online.de>

20 Beim Straßenverkehr haben wir es mit einem Allmendegut zu tun, jeder kann Straßen nutzen und rivalisiert dabei mit anderen. Rivalisieren zu viele, gibt es Staus.

21 Dies gilt jedenfalls in wesentlichen Bereichen. Wieweit es sinnvolle Möglichkeiten von Kreditfinanzierung im öffentlichen Sektor geben kann, blieb im Gespräch offen.

22 Hierzu referierten Michael Ross und Udo Herrmannstorfer.

23 Vgl. z.B. C. Strawe: Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben - Utopie oder Gestaltungsaufgabe - http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/wirtschaftsleben.htm

24 Vgl. hierzu den zitierten Artikel über den öffentlichen Sektor aus dem Rundbrief 3/2004

Berichte und Betrachtungen

Produkte wie Fisch und Holz umfassen, werden als große Bedrohung angesehen.

Attac-Pressemitteilung vom 13.12. http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=522. Weitere Informationen: <http://www.attac.de/wto/hongkong.php>.

(Die WTO-Konferenz dauerte bei Redaktionsschluss dieses Heftes noch an.)

WTO-Gipfel

Auftakt der WTO-Ministerkonferenz von Protesten begleitet

Der Auftakt der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong ist von zahlreichen Protesten begleitet worden. Mehr als 5.000 Menschen aus aller Welt beteiligten sich an der Auftaktdemonstration im Victoria-Park - nach Ansicht von Elisabeth Tang von der Hong Kong People's Alliance, die die Proteste vor Ort koordiniert „ein erfolgreicher Auftakt“. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac brachte weitere 1.300 virtuelle DemonstrantInnen auf einem großen Banner mit zur Demonstration, die sich zuvor an einer Online-Demonstration beteiligt hatten (www.stop-wto.org).

Auch im Konferenzzentrum selbst gab es bei der Eröffnungsveranstaltung Proteste. 40 Aktivisten unterschiedlicher NGOs hielten Banner hoch, auf denen sie der WTO eine entwicklungs- und umweltfeindliche Politik vorwarfen. WTO-Generalsekretär Pascal Lamy räumte in seiner Rede ein, dass die WTO „nicht zu den populärsten Organisationen der Welt gehört“. „Das wird auch so bleiben, denn die WTO vertritt aggressiv die Interessen der Industriestaaten und großer Konzerne“, kommentierte Johannes Lauterbach von Attac Deutschland, der bei der Eröffnung dabei war. Das zeigte sich auch beim von EU-Handelskommissar Peter Mandelson vorgeschlagenen „Entwicklungspaket“, sagte Lauterbach: „Die EU versucht, die ärmsten Länder durch finanzielle Versprechen zu weiterer Handelsliberalisierung zu zwingen - doch dadurch verlieren diese Länder jede Möglichkeit, ihre lokalen Märkte zu schützen, etwa gegen Dumping aus der EU.“

Besonders engagiert waren die Proteste von Bauern und Fischern aus Asien: Ungefähr 150 koreanische Farmer versuchten, das Konferenzzentrum zu erreichen, indem sie durch den Hafen von Hongkong schwammen. Fischer aus Indonesien und den Philippinen drangen mit ihren Booten bis in die Rote Zone ein und stürzten sich symbolisch ins Wasser, um gegen ihren befürchteten Untergang durch Dumping und Zerstörung ihrer Küstenzonen zu demonstrieren. Die von den Industriestaaten geforderten Zollreduktionen, die auch

„Marktzugang ist für Entwicklungsländer kein Allheilmittel“

Germanwatch und Landwirte fordern Schutzmöglichkeiten für Agrarmärkte, schnellen Abbau von Exportsubventionen und Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards

Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch und die Bauernorganisation Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) haben zum Beginn der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong betont, welche Maßnahmen den Kleinbauern in Entwicklungsländern ebenso nutzen würden wie den bäuerlichen Betrieben in Europa.

„Bisher ist keine Spur davon zu entdecken, dass es sich hier um eine so genannte Entwicklungsrunde handelt. Die Interessen der Entwicklungsländer werden kaum beachtet“, berichtet Sarah Kahnert, Welthandelsreferentin bei Germanwatch, aus Hongkong von den WTO-Verhandlungen. „Die Öffnung der Märkte bestimmt wie ein Dogma die Debatte. Aber der Marktzugang in den Industrieländern ist für Entwicklungsländer nicht das Allheilmittel. Vielmehr müssen die Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, ihre heimische Landwirtschaft und ihre lokalen Märkte durch Importzölle zu schützen“, sagt Michael Windfuhr, Vorstand von Germanwatch. Von einer weiteren Marktöffnung würden vor allem die großen Agrar- und Nahrungsmittelindustrien profitieren, die auch den weltweiten Handel mit Agrarprodukten dominieren. „Sinkende Zölle bedeuten wachsende Märkte und steigende Gewinne für Nestlé und Co. Hauptverlierer sind die Kleinbauern im Süden und die bäuerlichen Betriebe in Europa, die mit den niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können.“

Die jüngsten Forderungen der so genannten G33 - einer Gruppe von Entwicklungsländern, darunter Brasilien und Indien - zum Schutz ihrer Märkte finden in der WTO bisher kaum Gehör. Der Schutz der heimischen Agrarmärkte ist dringend nötig, da die meisten Menschen in Entwicklungsländern nach wie vor von kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben - mit Betrieben, die meist nicht größer sind als ein bis zwei Hektar. Dies ist oft die einzige Möglichkeit für viele Menschen, Ernährung und Einkommen zu sichern. Außerdem ist die

kleinbäuerliche Landwirtschaft die treibende wirtschaftliche Kraft im ländlichen Raum.

Werden die Entwicklungsländer nun durch die WTO gezwungen, ihre Zölle für Agrarprodukte weiter zu senken, so werden ihre heimischen Märkte noch stärker als bisher der direkten Konkurrenz des verzerrten Weltmarktes ausgesetzt. Verzerrt ist der Wettbewerb auf dem Weltmarkt, weil viele Produkte aus Europa oder den USA mit Hilfe von massiven staatlichen Subventionen exportiert werden. So kommen sie unterhalb der Produktionskosten auf den Weltmarkt und drücken dort die Preise - das ist Dumping.

„Die Exportsubventionen der Industrieländer wie der EU schaden nachweislich Kleinbauern in Entwicklungsländern und sind ohne Nutzen für die hiesigen Bauern“, sagt der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, und fordert:

„Es ist vorrangig, diese in den WTO-Verhandlungen sofort abzubauen. Die Verhandlungen müssen erreichen, dass jedwedes Dumping aus der EU unmöglich wird. Gleichzeitig müssen aber auch Regeln zugelassen werden, die in Europa ein Dumpen gegen ökologische, soziale und preisliche Kriterien verhindern. Der Importbedarf der EU an Nahrungsmitteln ist beträchtlich. Es ist notwendig, die Länder der dritten Welt an unserem Preisniveau zu beteiligen. Damit können sie ihre Volkswirtschaften entwickeln und so sind Hunger und Armut zu überwinden.“

Gemeinsame Pressemitteilung von Germanwatch und AbL. Ralf Willinger, Germanwatch-Pressestelle, 030-2888356-0, willinger@germanwatch.org, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), fgraefe@europarl.eu.int

Alternativer Nobelpreis für Maude Barlow und Tony Clarke

Der Alternative Nobelpreis 2005 geht unter anderem an unsere Freunde Maude Barlow und Tony Clarke (Kanada) - für ihre „exemplarische und ausdauernde weltweite Arbeit für fairen Handel und das fundamentale Menschenrecht auf Wasser“. Außerdem wurden Irene Fernandez (Malaysia), Roy Sesana (Botswana) und seine Organisation sowie der mexikanische Maler Francisco Toledo ausgezeichnet.

2003 hatten unter anderem der Dreigliederungsaktivist Nicanor Perlas und SEKEM-Begründer Ibrahim Abouleish diesen „Right Livelihood Award“ erhalten, der 1980 von dem Deutsch-Schweden Jakob von Uexküll gestiftet worden war und jährlich im schwedischen Parlament verliehen wird.

Weitere Information: www.rightlivelihood.org

Deutschland nach der Wahl

Eine nie da gewesene Situation

Ein Kommentar vom Omnibus für direkte Demokratie

Die Wähler haben mit der Bundestagswahl eine noch nie da gewesene Situation geschaffen. Keines der politischen Lager wurde beauftragt. Die Parteien sind gezwungen, zusammenzuarbeiten im Hinblick auf die Sachfragen. Doch wird durch die große Koalition das Wahlergebnis umgedeutet und nicht umgesetzt. Denn diese Koalition ist eine Zusammenarbeit auf Grund von Machtinteressen! - Die logische Konsequenz des Wahlergebnisses wäre: Ist in einzelnen Sachfragen keine Einigung möglich, muss die Entscheidung vom Volk getroffen werden. Volksabstimmung! Über 80% der Bürgerinnen und Bürger befürworten laut Umfragen grundsätzlich die Einführung der Volksabstimmung. Das sind mehr Menschen, als zur Wahl gegangen sind.

Die wahren Zahlen: 61.870.195 Menschen waren wahlberechtigt, 13.825.354 Menschen haben nicht gewählt. 756.385 Menschen haben ungültig gewählt. 1.921 Menschen haben an der „Aktion Wahlstreik!“ teilgenommen. Die Parteien erhielten folgende tatsächlichen Stimmenanteile: CDU/CSU: 26,9% - SPD: 26,1% - FDP: 7,5% - Linkspartei: 6,7% - Grüne: 6,2%.

Die „Aktion Wahlstreik!“ hat ihr Etappenziel erreicht. 1.921 Wahlbenachrichtigungen wurden an den OMNIBUS gesandt. Diese haben wir zum Tag der Deutschen Einheit in 18 Runden um das Parlament gefahren. Wir sind froh, dass es uns möglich war, zu diesem Zeitpunkt zwei Tage lang im Berliner Stadtbild gegenwärtig zu sein. Abertausende Menschen waren unterwegs. Viele haben erstaunt, irritiert, buchstabierend den weißen OMNIBUS wahrgenommen oder winkend, Beifall klatschend und mit hochgerecktem Daumen reagiert. Manche haben uns erkannt und freudig begrüßt.

1.921 Menschen haben mit ihrer Nichtwahl ein Zeichen gesetzt und die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung gefordert. In der scheinbar geringen Zahl zeigt sich eine neue Bewusstseinsqualität. Ein pauschaler Handlungsauftrag wird nicht mehr erteilt. Die Menschen wollen Verantwortung übernehmen. Das Ergebnis der „Aktion Wahlstreik!“ lässt sich nicht umdeuten wie die Wahl, denn die Teilnehmer haben ihren Willen klar und eindeutig formuliert.

Quelle: Rundbrief des OMNIBUS für Direkte Demokratie gGmbH, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0831 - 57 07 689, Fax 0831 - 58 59 202, E-Mail info@omnibus.org, www.omnibus.org

Was wollte der Wähler?

Unter dem Titel „Die unvollkommene Demokratie - Vom schwierigen Versuch zu verstehen, was der Wähler wollte“ kommentiert Gerald Häfner, Mitglied des Bundesvorstands von Mehr Demokratie e.V., das Wahlergebnis im Heft 4/05 der Zeitschrift für direkte Demokratie. Er schreibt dort u.a.: „Alle 4 Jahre darf der Bürger wählen. Es wird viel Aufwand getrieben um diese Wahlen. Alle Straßen und Kanäle werden mit Slogans vollgepflastert. Am Tag nach der Wahl kommt die Müllabfuhr und räumt auf. Dann kann und darf wieder regiert werden. Geändert hat sich meist nicht viel. Und wer nachher regiert, stand meist vorher schon fest.“ Diesmal jedoch rätselten alle, was das Ergebnis zu bedeuten habe. Dieses Ergebnis mache eine Reihe von Problemen unserer auf Wahlen beschränkten Demokratie sichtbar. Häfner nennt hier die Entzauberung der Demoskopie, die Auflösung der Parteienbindung, das Ausanklaffen von Personal und Sachpräferenz und den Wunsch nach sachorientierter Zusammenarbeit. Die WählerInnen hätten die „ewigen Grabenkämpfe und ritualisierten Schaufensterdebatten der Parteien und Lager satt“.

„Ich wünsche mir“, so Gerald Häfner, „dass daraus die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Dies ist, neben einer sinnvollen Zusammenarbeit der gewählten Abgeordneten zum Besten des Landes: - die Einführung eines bürgerfreundlicheren Wahlrechts, das durch Kumulieren und Panaschieren eine konstruktivere und differenziertere Stimmabgabe der Bürger erlaubt, und direkte Demokratie, vor allem: Die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Sie würden unserem Bürger erlauben, auch zwischen den Wahlen mitzureden. Endlich könnte er sich sachbezogen, klar und verständlich äußern. Und alle wüssten, was er will.“

„Wir sind Deutschland“

Thesen zum Zwecke der Ergänzung der Kampagne „Du bist Deutschland“ - Mit einer Nachbemerkung

Initiative „Wir sind Deutschland“, Achberg

1. Die Kampagne „Du bist Deutschland“ - das sei unterstellt - ist sicher aus lobenswerten Motiven erfunden worden. Unter den mancherlei Bedenken, die es mittlerweile dagegen auch gibt, blieb bisher freilich jener Einwand unerwähnt, auf den wir unseren Vorschlag stützen, alsbald ein ergänzendes Projekt zu starten: Das Problem „Deutschland“ bringt die Kampagne so zur Sprache, als sei es vornehmlich Sache des Einzelnen, unser im Ranking der globalen Konkurrenzgesellschaft weit zurückgefallenes Land allseitig wieder in eine Spitzenposition zu bringen. Zum Ansporn dafür werden als Beispiele Spitzenleistungen von Prominenten präsentiert. [www.du-bist-deutschland.de].

2. Dieser Ansatz trifft jedoch bestenfalls die halbe Wahrheit. Identifizierte schon jener Gag eines deutschen Boulevardblattes mit dem Slogan „Wir sind Papst“ nach der Wahl des bayrischen Kardinals zum pontifex maximus ein ganzes Volk mit einem einzelnen Amtsträger, so geht der Slogan der Kampagne durch seine Identifikation einzelner Personen mit dem ganzen Gemeinwesen in umgekehrter Richtung nicht weniger daneben.

3. Das sollte aus der Einsicht, dass der moderne soziale Organismus in Wahrheit ein polar strukturiertes Gebilde, also sozusagen getragen ist von zwei aufeinander bezogenen Wirklichkeiten und Prinzipien, korrigiert werden. Korrigiert werden dadurch, dass wir - möglichst unterstützt von allen an „Du bist Deutschland“ Beteiligten - ein Parallelprojekt in Gang setzen, um damit die andere Seite der Medaille, um die es auch gehen muss, wenn man das ganze Problem anpacken möchte, ins Blickfeld zu rücken.

4. Die Polarität unserer modernen sozialen Wirklichkeit besteht auf der einen Seite in dem „Kapital“, dessen Quelle die individuellen Fähigkeiten und Kräfte der Einzelnen sind; sie müssen sich in geistiger Freiheit bilden und je und je auf einem speziellen Gebiet entfalten können, wenn sie in der Arbeit optimal zum Einsatz kommen sollen [= Individualpol]. Auf der anderen Seite haben wir es zu tun mit jenem „Kapital“, dessen Quelle das Volk, die ganze Rechtsgemeinschaft eines Staates ist. Ihre Aufgabe und ihre auf keine andere Instanz übertragbare Verantwortung besteht darin, die Gesetzgebungen des Gemeinwesens demokratisch je und je so zu gestalten, dass Rechtsfrieden waltet [= Sozialpol]. Für die optimale Produktivität des sozialen Organismus müssen beide Pole ihrer Natur gemäß handlungsfähig sein, dürfen nicht bevormundet werden.

5. Wenn diese Einsicht den Kern der Sache trifft, dann müssen wir fragen, ob wir hierzulande Verhältnisse haben, in denen der Individualpol und der Sozialpol in unserer Gesellschaft eine optimale, zumindest eine befriedigende Stellung einnehmen. Die Kampagne „Du bist Deutschland“ will auf Defizite am Individualpol hinweisen. Dabei verfällt sie bei ihrer Parole aber dem Fehler, den Einzelnen geradezu mit dem Ganzen zu identifizieren. Richtig wäre es zu sagen: „Du“ oder „Ich für Deutschland“. Das würde die Richtung weisen zum geistigen Wesen des Menschen, zur Kreativität, der wahren Quelle unserer individuellen Identität und schöpferischen Potentiale im Einsatz für das Ganze. Wenn wir andererseits fragen, wer sich als Instanz legitim mit „Deutschland“ identifizieren darf, dann kann das nie und nimmer ein einzelner Mensch sein - und habe er noch so eindrucksvolle Leistungen erbracht. Diese Instanz kann in der Moderne nur das Volk selbst sein, die Rechtsgemeinschaft als der Souverän in der Demokratie. Was verlangt, dass natürlich auch diese Instanz in der politischen Sphäre der Gesetzgebungen ebenso eigenverantwortlich handeln können wie der Einzelne in der Sphäre seiner individuellen Fähigkeiten und die Unternehmen, also die Arbeitskollektive, in der Sphäre der assoziierten Wirtschaft.

6. Da es sich in Wirklichkeit so verhält und diesbezüglich in Deutschland ein strukturelles Defizit besteht, müsste die hiermit angeregte ergänzende Kampagne lauten:

Wir sind Deutschland...

Sie müsste sich in der Tat darauf richten, bewusst zu machen, dass wir in unserem Gemeinwesen bisher daran gehindert sind, als Volk gemeinsam die Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft der Rechtsordnungen des Staates zu übernehmen, die ja die Grundlage sind für die Lebensprozesse des sozialen Organismus in seinen kulturellen, wie wirtschaftlichen und monetären, politischen und kommunikativen Prozessen, Vernetzungen und transnationalen Integrationen.

7. An diesem Defizit leidet Deutschland mindestens ebenso sehr wie darunter, dass viele Einzelne hierzulande ihre Fähigkeiten längst nicht optimal entwickeln und folglich auch nicht in tatkräftigen Initiativen und einer entsprechenden Arbeit für den Bedarf ihrer Mitmenschen einsetzen können.

8. Leidet Deutschland nicht vor allem anderen darunter, dass sich in der Wirtschaft mächtige Interessengruppen und in Staat und Politik Parteien an die Stelle des Volkes gesetzt haben, die auch weite Teile der Kultur finanziell und bürokratisch gängeln?

9. All dies 60 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Totalitarismus, an dessen Spitze ja ein Diktator stand, der auch den Anspruch erhob, in seiner Person Deutschland zu verkörpern und 15 Jahre nach dem Ende einer anderen Diktatur, in welcher sich das Zentralkomitee einer „realsozialistischen“ Partei ebenfalls über das Staatsvolk erhoben hatte, es bespitzelte und seiner Willkür unterwarf. Doch auch das wiedervereinigte Deutschland leidet hauptsächlich darunter, dass es noch immer keine Demokratie geworden ist, die auf dem Fundament wahrer Volkssouveränität gründet.

10. Wir, die Rechtsgemeinschaft, sind noch immer nicht mündig und frei, unser Schicksal selbst zu bestimmen. Wir leben noch immer in einem vormundschaftlichen Staat, der die Mitwirkung des Volkes am staatlich-politischen Leben darauf beschränkt hält, es von Zeit zu Zeit seinen Vormund in Gestalt einer Volksvertretung wählen zu lassen.

11. Weil das so ist, haben viele in der Mitte des Volkes lebende Ideen, wie man mittels entsprechender Gesetzgebungen die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zum Besten aller Bürgerinnen und Bürger lösen könnte, damit alle erwachsenen Menschen im Gemeinwesen den Platz finden würden, an dem sie mit ihren individuellen Fähigkeiten erfolgreich das zu leisten vermögen, was dem Gemeinwohl dient, bisher keine Chance, öffentlich bekannt, diskursiv geprüft und demokratisch, d. h. durch den Mehrheitswillen entschieden zu werden. Je länger desto mehr wird sich herausstellen, dass noch so gut gemeinte Appelle an die individuelle Initiative und „Eigenverantwortung“, was immer dies heißen mag, die Lage nicht entscheidend verbessern werden - schon gar nicht, wenn diese Appelle von Millionen an Millionen ergehen, die an der Armutsgrenze um ihr Überleben kämpfen müssen.

12. Dem Pessimismus und der Initiativschwäche vieler Einzelner, welche die Kampagne „Du bist Deutschland“ - mit ihrem leider verwirrenden Slogan - aufrufen möchte, nicht zu resignieren, nicht die Flinte ins

Korn zu werfen und nicht die Flügel hängen zu lassen, entspricht die verständliche Ratlosigkeit zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, wie das politische System des vormundschaftlichen Staates zu durchbrechen sei, wenn die Parteien keine ernsthaften Anstalten unternehmen, den Weg freizumachen für die souveräne Volksgesetzgebung und die Medien bisher nicht zu einer gesellschaftlich wirksamen Aufklärung über die entsprechenden Zusammenhänge zu Bedingungen, wie sie es jetzt für „Du bist Deutschland“ tun, bereit waren. So dass die meisten, obwohl sie doch schon oft erlebt haben, dass sich an den Verhältnissen nichts Wesentliches ändert, wenn von Zeit zu Zeit eine Regierung abgewählt wird, bisher immer wieder der Illusion zum Opfer fallen, gerade dieses [letzte] Mal - jetzt also mit einer „großen Koalition“ - werde es anders herauskommen.

13. Um in dieser Hinsicht nicht immer wieder enttäuscht zu werden, fordern wir hiermit alle diejenigen, welche die Kampagne „Du bist Deutschland“ ins Leben gerufen haben bzw. sie unterstützen auf, ihre Unterstützung auf das Projekt „Wir sind Deutschland“ auszuweiten, damit verbunden werden kann, was im Sozialen zusammengehört: Der aktive Individualpol [im Hinblick auf die Fähigkeiten] und der aktive Sozialpol [im Hinblick auf die Gesetzgebungen] mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Gemeinwohl in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht: „Salus populi suprema lex esto!“ [Cicero].

14. Darin wird zur Geltung kommen, worauf auch hier zunächst das Augenmerk zu lenken ist: die Ermutigung und die Kraft zur Initiative. Das heißt: Wir müssen den vormundschaftlichen Staat dadurch überwinden, dass es in Deutschland künftig möglich sein sollte, sich im Hinblick auf Gesetzgebungsvorschläge aus dem außerparlamentarischen Raum zu Initiativen zusammenschließen und diese Vorschläge ab einer festzulegenden Mindestzahl sie unterstützender Stimmberechtigter dem parlamentarischen Gesetzgeber zu unterbreiten.

15. Solche Initiativen müssen aber die Chance haben, sich auch dann zu verwirklichen, wenn der parlamentarische Gesetzgeber sich dem Vorschlag nicht anschließen will. Dann müssten sie das Recht haben, ihr Anliegen über ein Volksbegehren der ganzen Rechtsgemeinschaft zu unterbreiten und - wiederum bei einer festzulegenden Mindestzahl das Projekt unterstützender stimmberechtigter Bürgerinnen und Bürger - zum Volksentscheid zu bringen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht diesen Weg ja längst vor. Es bestimmt in seinem Artikel 20 Absatz 2, dass das Volk die Staatsgewalt ausübe in „Wahlen und Abstimmungen“. Dass das bisher nicht geschehen kann, liegt ausschließlich daran, dass die Volksvertreter trotz mehrfacher Aufforderungen durch starke Bürgerinitiativen bisher nicht bereit waren, den Auftrag des Grundgesetzes auszuführen, obwohl die Zeit längst reif dafür ist.

16. Was wäre daher ermutigender, als wenn alle, die mit Anzeigen, Spots und persönlicher Unterstützung die Träger der Kampagne gegen individuelle Mutlosigkeit und Lethargie sind, mit demselben Engagement sich an der hiermit angeregten Kampagne für die Weiterentwicklung Deutschlands zu einer mündigen Demo-

kratie durch dreistufige Volks-Gesetzgebung mit einer entsprechenden Willensbekundung beteiligen würden! Denn nur, wenn wir uns auch dafür einsetzen, werden für die einzelnen Menschen - und zwar für alle Einzelnen - diejenigen rechtlichen Bedingungen für die verschiedenen Lebensgebiete geschaffen werden, die unabdingbar dafür sind, dass jeder nach seinen individuellen Fähigkeiten und Kräften den ihm möglichen Beitrag zum Wohl des ganzen Gemeinwesens leisten könne und dergestalt Glück und Erfüllung finde. Oder, um es mit Adalbert Stifter zu sagen: Nach „dem [sanften] Gesetz ... seine höhere menschliche Laufbahn“ gehe, „sich Liebe und Bewunderung seiner Mitmenschen erwerbe [und] als Kleinod gehütet werde, wie jeder Mensch ein Kleinod für alle andern Menschen ist.“ Als Mensch vereint mit seinesgleichen: in Deutschland, der Europäischen Union und der Menschheit: frei, gleich und brüderlich. Ein wahrlich starker Grund, zusammen zu sein.

Nachbemerkung: Darauf hätte man wetten können: Offensichtlich kurzfristig dem vorbereiteten Text hinzugefügt, sprach's der neue Bundestagspräsident Norbert Lammert [CDU] exakt in der Mitte seiner Antrittsrede am 18. 10. im Bundestag aus: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, 'Wir sind Deutschland' - nicht nur als flüchtige Botschaft einer ehrgeizigen Kampagne. Wir sind Deutschland, jeder Bürger dieses Landes, jeder auf seine Weise. Aber dieses Haus, der Deutsche Bundestag, muss es auf ganz besondere Weise sein. Er muss diesen Anspruch im Alltag einlösen“ - und trieb damit die Verwirrung auf die Spitze. Worin diese Verwirrung besteht, ist in den vorliegenden Thesen aufgezeigt.

„Wir sind Deutschland“ (I.M.C.), c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, D-88147 Achberg, Panoramastraße 30, Tel.: +49 (0) 8380 335, Fax: + 8380 675, E-Mail: wirsinndeutschland@kulturzentrum-achberg.de, Internet: www.wirsinndeutschland.org. Auf Näheres wird in der an den 16. Bundestag gerichteten Petition „Wir sind Deutschland - Die Notwendigkeit der Volksgesetzgebung“ der Initiative „Volksgesetzgebung jetzt“ eingegangen (vgl. im Heft S. 36).

Schluss mit der ewig gestrigen Energiepolitik

Aktionsbündnis fordert von der neuen Bundesregierung den Ausbau Erneuerbarer Energien

Verbraucherverbände, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände fordern von einer Großen Regierungskoalition, Deutschlands Spitzenstellung bei Erneuerbaren Energien zu behaupten. Wolfgang Rohde, Vorstandsmitglied der IG Metall: „Erneuerbare Energien sind eine der wichtigsten zukunftsfähigen Technologien für Deutschland. Das ist ein Erfolg des Energiekonsens, den wir weiter unterstützen.“ Die Klimaschutzziele von Kyoto sind Basis und Herausforderung für die Weiterentwicklung des Energiemix in Deutschland. Der Ausbau Erneuerbarer Energien müsse zu einem Hauptziel der deutschen Wirtschafts- und Umweltpolitik werden. Von Umweltminister Sigmar Gabriel erwarten die Verbände eine ambitionierte Politik für Erneuerbare Energien. Konkret fordert das Aktionsbündnis: - ein Gesetz für

Wärme aus Erneuerbaren Energien, - eine Anschlussregelung für die Steuerbefreiung biogener Kraftstoffe, - die Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) - und die Förderung aller Erneuerbaren Energien von Wasser, über Wind, Sonne und Erdwärme bis zur Bioenergie und Nachwachsenden Rohstoffen.

Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft (BVMW): „Die Branche der Erneuerbaren Energien will bis zum Jahr 2020 rund 200 Milliarden Euro investieren. Das sichert Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Die neue Bundesregierung muss jetzt die Rahmenbedingungen für diese Investitionen schaffen.“

Vorschlägen der Energiekonzerne, das EEG abzuschaffen und die Förderung der Solarenergie zu reduzieren, erteilt das Aktionsbündnis eine Absage. Holger Krawinkel von der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv): „Was der Verband der Elektrizitätswirtschaft mit seinem sogenannten Integrationsmodell vorgelegt hat, führt weder zu geringeren Kosten für die Verbraucher noch ist es geeignet, den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent weiterzuverfolgen. Zukunftstechnologien sollen abgewürgt und die Marktanteile der reiferen Technologien auf die Konzerne verteilt werden. Deutschland braucht angesichts stark steigender Öl- und Gaspreise eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien. Hierfür bietet das bestehende EEG die beste Grundlage.“

Pressemitteilung des Aktionsbündnis Erneuerbare Energien vom 26.10.2005. Milan Nitzschke, Bundesverband Erneuerbare Energie, Tel. 0174-2429918. <http://www.bee-ev.de>

Europa von unten

One world or none - let's start in building a new Europe¹

Ein Plädoyer für den regional-globalen Ansatz der „Ateliers de Participation“

Elke Schenk

Europa ist nicht, was es vorgibt zu sein. Im Windschatten der New-Empire-Ambitionen und des Freihandels-Fundamentalismus der USA schippert die EU bequem unter der den wirklichen Kurs kaschierenden Flagge „Europäisches Sozialmodell“ oder unter dem immunisierenden Zauberwort „Friedensmacht“ und vergrößert so ihre globale Ausbeute an Handelsgewinnen und Einflussphären. Der Charakter der EU als machtvolle Akteurin zur Durchsetzung von Freihandelsinteressen ist in den letzten Jahren zunehmend von den sozialen Bewegungen offengelegt

worden. Die Freihandelsprinzipien werden dabei zum einen nach außen gegen die Interessen der Zweidrittelwelt durchgesetzt (Stichwort: Cotonou-Abkommen, WTO-GATS-Demands), zum anderen nach innen, gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerungen, aktuell symbolisiert im Plan zur flächendeckenden Liberalisierung von Dienstleistungen (Stichwort: Bolkestein-Hammer). Auf EU-Ebene sehen wir uns einer Symbiose von Konzernlobbyisten, EU-Kommission und nationalen Regierungen gegenüber, die wichtige Entscheidungen der demokratischen und juristischen Kontrolle entziehen.

Ebenso aufgedeckt wurde an vielen Beispielen das doppelzüngige Agieren der nationalen Regierungen: Auf nationaler Ebene unterwerfen sie sich dem formal-demokratischen Prozedere, um auf EU-Ebene häufig die nationalen Entscheidungen hinter verschlossenen Ministerratstüren zu revidieren bzw. Rahmenbedingungen zu schaffen, die national-parlamentarische Entscheidungsspielräume beschneiden und den murrenden Bevölkerungen als Quasi-Naturgesetze präsentiert werden, deren Zustandekommen verschleiert wird. (So verboten EU-Kommission und EuGH kürzlich den von 4 Parteien getragenen Parlamentsbeschluss, Oberösterreich zur gentechnikfreien Zone zu erklären!)

David hat erneut gegen Goliath gesiegt

Entgegen den Erwartungen der Obrigkeiten und dem massiven Aufgebot an Polit-Prominenz und Medien für die Ratifizierung des Verfassungsvertrags hat die französische NON-Bewegung gerade zwei Kernpunkte der bisherigen EU-Integration ins öffentliche Bewusstsein bringen können, dass die EU auf der breiten Durchsetzung einer marktfundamentalistischen Freihandelsdoktrin beruht und dass die den Bevölkerungen angebotene politische Beteiligung angesichts der schier Größe der EU und der existierenden Verfahrenswirnis lediglich substanzlose Demokratiefassade darstellt. Beides sollte mit dem unzulässigerweise Verfassung genannten Vertrag auf Jahrzehnte festgeschrieben und dem demokratischen Prozess entzogen bleiben.

Europa von oben: Sie machen weiter wie bisher

Nach dem Scheitern des Ratifizierungsprozesses des fälschlicherweise „Verfassung für Europa“ genannten Vertrags sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten dabei, rechtswidrig Fakten zu schaffen. Dies wird beschönigend „Vorimplementierung“ genannt. Die im Verfassungsvertrag im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ vorgesehenen Kampfgruppen für weltweite Interventionen werden beispielsweise schon aufgebaut, obwohl der geltende Nizzavertrag dies verbietet. Die nötigen Haushaltsmittel dafür werden am Europäischen Parlament vorbei vom Ministerrat beschlossen. Der nicht mehr zu übersehenden Legitimationskrise des EU-Systems versucht man mit Parolen wie „Das Europa der Bürger ist demokratische Notwendigkeit“ oder „Wir brauchen Visionen für Europa, eine lebhaftige Debatte, um Europa zu dynamisieren“ zu begegnen. (So Außenkommissarin Ferrero Waldner) Darüber hinaus soll ein verbesserter Output nach einer konsequent umgesetzten Lissabon-Strategie die Zustimmung der Bevölkerungen wiederherstellen. Auch Elmar Brok, dem Hause Bertelsmann verpflichteter einflussreicher MdEPLer im Außenpolitischen

Ausschuss, äußert sich in einem Beitrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung ähnlich: Europa rechne sich für seine Bürger. Darüber sollen wir dann vergessen, dass Gemeinschaftsgüter privatisiert, Menschen gegeneinander ausgespielt werden und die BürgerInnen auf EU-Ebene nichts zu sagen haben.

Ein anderes Europa ist möglich

So einigend dieser Slogan phasenweise wirkt, gehen bei der Frage: „**Aber welches Europa, und wie erreichen wir es?**“ die Ansichten auseinander. Dies spiegelt sich wieder in einem Fächer an parallelen oder auch gegenläufigen Initiativen der sozialen Bewegungen, über die nur schwer die Übersicht zu behalten ist. Einige Stichworte sollen dazu hier genügen: ABC-Plan von Attac-Frankreich, Europäischer Attac-Konvent Dezember 2005, Charta der Prinzipien für ein anderes Europa, Europäische Petition.

Die inhaltlich unterschiedlichen Ansätze einigt vor allem der Wunsch, die neoliberale Zurichtung von Mensch und Umwelt zu einem Attribut des Marktes zurückzudrängen. Die Quelle dieser Zurichtung - die dominierenden Produktions- und Eigentumsformen - werden jedoch kaum in Frage gestellt. Auch der drohende ökonomische und ökologische Kollaps wird in den stark auf die Reform der EU-Institutionen fokussierten Perspektiven nicht wirklich wahrgenommen.

Ebenfalls kaum reflektiert wird das Demokratie- und Partizipationsproblem in der eigenen Organisation, das sich verschärft in dem Moment, wo die Attac-Gegen Gipfel-Agenda den EU-Rats-Gipfeln folgt, und wenn die Diskussion aus dem nationalen in den internationalen Rahmen verlegt wird. Die Frage, die sich für die Zukunft der EU-Verfasstheit stellt, stellt sich ja heute schon für uns, die wir Alternativen entwickeln wollen: Wie lassen sich in einem geographischen Großraum mit fast 1/2 Milliarde Menschen in einer Lage verschärfter Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten Entscheidungsprozesse gestalten, die eine möglichst breite Beteiligung und große Transparenz garantieren? Muss nicht eine Bewegung, die eine demokratische EU will, nicht nur neue Inhalte propagieren, sondern in ihrem eigenen Inneren auch Politikformen praktizieren, die den eigenen Zielen entsprechen, um glaubwürdig zu bleiben und langfristig Erfolg haben zu können?

„Was alle angeht, können nur alle lösen. Jeder Versuch eines Einzelnen (oder einer Gruppe, ES), für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern.“ (Max Frisch) Einen anderen Zugang wählen die regionalen Foren („Ateliers de Participation“). Sie wollen eine breite Debatte über ein menschen-gerechtes Europa von unten starten. In diesen von regionalen Netzen selbst organisierten Versammlungen sollen entlang verschiedener Themenachsen Zukunftsentwürfe diskutiert werden: Demokratische und soziale Rechte, gewaltlose Konfliktlösung, gesellschaftliche Einbindung und Verantwortung von Ökonomie und Technik sowie Eckpunkte einer EU-Verfassung, die den von uns gewünschten Grundprinzipien entspricht, sind u. a. als Arbeitsgruppen angedacht. Für Anfang März 2006 ist ein europaweiter Tag der Foren geplant. Im April sollen die bis dahin vorliegenden Ergebnisse auf dem Europäischen Sozialforum in die „Strategie von Athen“ einmünden.

Die „Ateliers de Participation“ stellen eine strategisch bedeutsame symbolische Handlung dar: Es geht nicht in erster Linie darum, Forderungen an die Obrigkeiten zu richten. Die Menschen vor Ort sollen als Verantwortung tragende Subjekte wirksam werden. Die „Ateliers de Participation“ sollen inhaltlich neue Denkräume für ein anderes „In-der-Welt-sein“ jenseits von Konkurrenz- und Profitdenken eröffnen. Die Form des hierarchiefreien Miteinanders in überschaubaren regionalen - auch grenzüberschreitenden - Foren ist ein Zukunftsmodell für wirtschaftliche und politische Entscheidungsfindung: bürgernah, partizipativ, selbstverwaltet, kooperativ und revidierbar. Die Diskussion in den regionalen Foren soll weder heimat-tümelnd-borniert noch eurozentristisch geführt werden. Es gilt, Modelle zu entwickeln, die je nach Tragweite des zu lösenden Problems variable Entscheidungsabläufe und Instanzen vorsehen.

„Ich möchte Erde, Feuer, Wasser, Brot, Zucker, Meer, Bücher, Heimat für alle“ (Pablo Neruda). Wir wollen keine europäische Wohlstandsinsel auf Kosten der Zweidrittelwelt und der Vielfalt und Begrenztheit des Planeten aufrechterhalten, sondern die EU umbauen im Hinblick auf die Achtung der Lebensbedürfnisse aller Menschen und unserer gemeinsamen Geobiosphäre. Das umfasst die Entwicklung einer Kultur der gleichberechtigten, solidarischen und kooperativen Teil-Habe weltweit sowie eines treuhänderischen Umgangs mit den globalen Gemeinschaftsgütern.

Manchmal öffnet die Geschichte einen einzigartigen Spalt in die Zukunft. - Gehen wir hindurch!

Anmerkung

¹ Es handelt sich um den Eröffnungsvortrag von Elke Schenk (Attac und Verein für eine gerechte Weltwirtschaft) beim Stuttgarter EU-Regionalforum am 26. November 2005. Resultate der Arbeitsgruppen des Forums: www.anothereuropeispossible.net/wiki/index.php/Berichte_Regionalforum_Stuttgart_2005-11-26

Geld und Soziales Banking

Geld: Problem oder Lösung?

Jugendkonferenz in Bellach/Solothurn

Sylvain Coiplet

Etwa 160 OberstufenschülerInnen von verschiedenen Steinerschulen der Schweiz sowie von Gymnasien sind am 28.10. zusammengekommen, um dem „Mythos Geld“ auf den Zahn zu fühlen. Passend zum Thema war der Eröffnungsbeitrag von Robert Thomas, Ko-

ordinator der Schweizer Steiner-Schulbewegung, der die Zürcher SchülerInnen der Plattenstrasse entschuldigte, weil sie genau in dieser Woche beim Geldverdienen für ihre Schulwoche waren.

Verlauf und Impulsreferate:

Nach einigen Beiträgen von internationalen Gästen und von SchülerInnen am Morgen ging es nachmittags in die Workshops. Nach dem Schlussplenum setzten sich dann diejenigen nochmals zusammen, die über die Veranstaltung und zukünftige Perspektiven reflektieren wollten. Während sonst oft geklagt wird, dass es der Bildung an Geld fehlt, ging es diesmal um die Frage, wie man erst einmal dem Geld selbst zur nötigen Bildung verschaffen könnte. Der Bogen spannte sich vom Banker, der meinte, das große Geld zu machen, dann aber lieber eine alternative Bank gründet, zum internationalen Projekt „Social Banking“ und weiter bis zum Sozialkünstler mit seinen weltweiten Projekten, der Geld bekommt, um die Erde zu heilen, und sich wundert, wie alles immer wieder „aufgeht“. Jeder auf seine Art rief dazu auf, das Schicksal, sprich das Geld, in die eigene Hand zu nehmen, „es zu beherrschen, statt von ihm beherrscht zu werden“.

Paolo Wegmüller -

Geschichte und Zukunft des Geldes

Ein Streifzug von Paolo Wegmüller, Gründer der alternativen Gemeinschaftsbank BCL, durch die ganze Geldgeschichte zeigte die Vorzüge gegenüber der Geld- gegenüber der Tauschwirtschaft, aber auch einige Nebenwirkungen. Durch dieses abstrakte Tauschmittel, das für jede beliebige Ware steht, wird der Handel ungemein erleichtert. Das Geld bekommt aber mit der Zeit eine Eigendynamik. Neben der Inflation geht es dabei um die Tendenz des Geldes, eine Art „Wirtschaft in der Wirtschaft“ zu bilden. Wer Geld anlegt, neigt nämlich dazu, nur noch nach dem Zinssatz oder der Rendite zu fragen. Was konkret mit dem Geld gemacht wird, ist eigentlich egal. Man schaut nicht mehr genau hin, was in der realen Wirtschaft wirklich passiert. Dies mündet dann in die Illusion, dass das Geld irgendwie selber arbeiten würde. Aber „das Geld arbeitet nicht. Hinter dem Geld stehen immer Menschen. Der Mensch muss arbeiten, nicht das Geld.“

Dies hinderte Paolo Wegmüller - seines Zeichens immerhin Banker - nicht daran, ein positives Verhältnis zum Geld zu haben. Und so endete er mit den Worten: „Das Geld ist eine wunderbare Erfindung. Mal sehen, was Sie in der Zukunft damit anfangen.“ Am Menschen hängt es eben, dass alles glänzt, was Geld ist. Bis dahin hat das Geld etwas Geniales, aber auch Einseitiges. Köstlich waren einige Anekdoten Paolo Wegmüllers aus der ganz privaten Geldgeschichte, so die ersten Bedenken gegenüber der Aktien-Lotterie nach einem 50-prozentigen Verlust mit Philips-Licht. Scheinbar ging nur den wenigsten dabei ein Licht auf.

Julian Kühn - Was ist Social Banking?

Julian Kühn, von der GLS-Treuhandstelle, erzählte von seinem Alltag als „Social Banker“, der sich auf den ersten Blick vielleicht kaum von demjenigen eines

anderen Bankers unterscheidet. Es kommen eben Menschen, die Geld brauchen, und solche, die mehr Geld haben, als sie selber brauchen können. Nur versucht er immer, den Menschen selbst nicht aus dem Auge zu verlieren. Auf der einen Seite gibt es die Projekte, denen er helfen möchte, Boden unter die Füße zu bekommen. Ein Projekt kann aber noch so sozial oder ökologisch sein, was hilft es, wenn die Initiatoren nicht die notwendigen Fähigkeiten mitbringen? Am anderen Ende der Geldskala gibt es die Erbin, die nicht einfach Geld für einen guten Zweck geben will, sondern sich Zeit nehmen möchte, Projekte kennen zu lernen.

Um dieses wirkliche gegenseitige Interesse ging es ihm als Banker. Erst dadurch bekommt das Geld wieder etwas Konkretes. „Wo das Geld einfach dorthin fließt, wo am meisten zu gewinnen ist, steht die Erde mit einem ausgedachten Mantel da. Das Geld kann aber fließen, wo gegenseitiges Interesse entsteht. Das ist dann ein warmer Mantel für die Erde.“ Seine Aufgabe besteht darin, als Banker für Transparenz zu sorgen, damit Mitverantwortung und Mitgestaltung in der Wirtschaft möglich wird. Die Bank kann dadurch, wie das Herz, eine Art Ausgleichfunktion ausüben, zwischen dem Pol, wo es zu viel und dem anderen Pol, wo es zu wenig Geld gibt. Da reicht es aber nicht, wenn der Banker nur mit dem Geld umgehen kann. Er braucht auch Menschenkenntnis. Am besten ist es, wenn er zunächst praktische Lebenserfahrung sammelt und erst dann sich genauer mit dem Geld auseinandersetzt. Mit dem „Masters' in Social Banking“ (in Kooperation mit der University of Plymouth, der Initiative für Praxisforschung Solothurn [ipf] und dem Institut for Social Banking) soll es bald eine erste Ausbildung geben, die versucht, beides miteinander zu kombinieren. Eine Art Bildung für das Geld.

Johannes Matthiessen - Mit Jugendkräften und Sozialkunst die Erde heilen

Richtig warm im Saal wurde es, als Johannes Matthiessen, Sozialkünstler, zeigte, wie er mit SchülerInnen zerstörte Landschaften heilt. „Der Erde wird viel genommen. Die Frage ist, was man ihr zurückgeben kann. Dann muss man aber wissen, was sie braucht.“ In einem von SchülerInnen selbstgemachten Film konnte man sehen, wie innerhalb weniger Wochen aus einer Mülldeponie ein einladender Park wurde. Nach kurzer Zeit hatte man allerdings den Eindruck, dass auch den Menschen etwas zurückgegeben wurde - ihre Initiative.

Zwischendrin erzählte er, wie er immer wieder den Mut zu solchen Initiativen findet, obwohl die Finanzierung vorher gar nicht gesichert ist. Vor Jahren hatte er an einem Experiment teilgenommen, an einem Versuch, Arbeit und Einkommen zu trennen. Die Teilnehmer haben ihr Einkommen auf ein gemeinsames Konto überwiesen, aus dem sich alle bedienen konnten. Dadurch wurde ein Freiraum geschaffen. Es musste sich nicht mehr jeder einreihen, sondern es war möglich, gegen den Strom zu schwimmen. Jetzt, wo er von der Anziehungskraft einer Idee sprach, hatte man den Eindruck, dass er nicht nur gegen den Strom schwimmen, sondern auch Ströme in Bewegung setzen konnte. Auch Geldströme.

Hintergründe

Zum Hintergrund der Jugendkonferenz lasse ich Thomas Stöckli zu Wort kommen: „Den Impuls für diese Konferenz gab Peter Jäggli, der sich seit Jahrzehnten mit Fragen der Dreigliederung und Finanzierungsfragen von Waldorf-/Steinerschulen intensiv auseinandersetzt. Ein Initiativ-Team, zu dem Ursula Piffaretti, Vorstandsmitglied der Anthroposophischen Gesellschaft der Schweiz, Robert Thomas, Koordinator der Schweizer Waldorfschulbewegung und die Leitung von ipf, Initiative für Praxisforschung, Urs Hauenstein und Thomas Stöckli (Initiant von 3PULS) gehörten, stellte sich die Aufgabe, den anthroposophischen Sozialimpuls vermehrt auch in den Waldorfschulen bewusst zu machen. Dazu gehören auch Fragen der Geldqualitäten. Der Schweiz mit ihren weltweit wirkenden Banken kommt in diesem Feld eine besondere Verantwortung zu. Dass „in der reichen Schweiz“ die Waldorfschulen unter einem enormen finanziellen Druck leiden, stößt im Ausland immer wieder auf Erstaunen. Doch Waldorfschulen bekommen keinerlei staatliche Zuschüsse und die Eltern tragen die ganze finanzielle Last, was bei den hohen Lebenskosten des Landes nun immer mehr an Grenzen stößt. Die Not weckt die Schulen auf, sich vermehrt mit den Ursachen zu befassen, welche im gesamten sozialen Organismus zu suchen sind. Binnenlösungen nur für einzelne Schulen reichen nicht mehr aus.“

Damit Waldorfschüler das Thema „Geld“ nicht nur in einem negativen Kontext von ihren Eltern und Lehrkräften hören („Wir haben nie genug Geld für die Schule, wir haben große Probleme wegen der Finanzen“) haben wir das Thema Geld bewusst ganz in ein aufbauendes und zukunftssträchtiges Bild gestellt. Geld als geistige Kraft, als unsichtbares Willenspotenzial war ein Leitgedanke, den die Gastreferenten aus dem Bankbereich eindrücklich darstellten. Die Imagination von Julian Kühn, der ein Bild skizzierte eines zu schaffenden Wärmemantels von menschlichen „Interessens-Strömen“, dem die Geldströme nachfolgen (statt eines anonymen kalten Finanzstroms) und das Bild von Banken, welche sich als soziales Herzorgan verstehen, weckte Erstaunen und Hoffnung für die Zukunft. Dass es ab kommendem Jahr dafür sogar eine universitäre Ausbildungsform gibt („Social Banking“) zeigte, dass diese Vision sich weiter konkretisieren wird. Dies war dann auch der Wunsch an 3PULS: Daran zu arbeiten, wie sich Ideale ganz konkret mit der materiellen Wirklichkeit und mit „Geld“ verbinden können. Die Veranstaltung war ein bescheidener Anfang, um das Thema mit neuen Kräften und vor allem mit Jugendlichen weiter zu bearbeiten.“

Fazit

Für jede KonferenzteilnehmerIn gab es ein Tausender mit Steiner-Konterfei als Eintrittskarte - natürlich selbstgedruckt. Das wäre natürlich zu wenig Geld, um die Bildung zu heilen, aber diese Tagung hat Mut gemacht, sich aktiv mit dem Thema Geld und den Impulsen der sozialen Dreigliederung Steiners zu befassen. Veranstalter der Jugendkonferenz war 3PULS. Die Stimme eines Jugendlichen fasste am Schluss den Tag kurz und bündig zusammen: „Diese Veranstaltung war für dieses Thema überraschend gut...!“ Das Thema wird im Rahmen von 3PULS weiter behandelt, alle Infos unter www.3puls.ch

Neues Gebäude als Standort für Visionen

Einweihung der GLS-Zentrale in Bochum

„Standort für Visionen“ war das Motto, unter dem die GLS-Bank in Bochum am letzten Septemberwochenende den Einzug in ihre neue Zentrale in der Christstraße feierte. Zahlreiche Gäste - Mitglieder, Kunden und Freunde der GLS-Bank und der Treuhandstelle - waren in das gerade fertig umgebaute Gebäude nahe des Bochumer Schauspielhauses gekommen. Es liegt nur wenige Minuten entfernt vom alten, zu eng gewordenen Bürohaus. So konnte die jährliche Generalversammlung der GLS-Bank, die ebenfalls für dieses Wochenende anberaumt worden war, schon in den neuen Räumen stattfinden. Götz Werner, Chef der dm-Drogeriemarktkette, bot mit seinem Vortrag zum Thema „Arbeit und Menschenwürde - Das Grundeinkommen, eine Zeitforderung“ ganz konkrete Visionen für die Gäste.

Emsig waren die Tischler am Nachmittag noch an den letzten Sprossen der langen, geschwungenen Holzbank vor dem Eingang am Werk, als der Besucherandrang im großzügig gestalteten Foyer answoll. Von der Straßenseite her bietet dieser solide Zweckbau aus den 50er Jahren außer einem markanten roten Anstrich und dem grauen aufgesetzten Dachgeschoss keine neuen architektonischen Akzente. Dafür staunten die Besucher über das Innenleben dieses Bankgebäudes, insbesondere über den imposanten schwarz glänzenden Felsstein, der in die Mitte des über drei Stockwerke offenen Treppenhaus aufgestellt ist. Dieses dreizehn Meter hohe Kunstobjekt aus Labradorstein, ein tonnenschwerer Import aus Norwegen, verwandelte sich während der Eröffnungsfeier per Knopfdruck in eine Wasserwand. Das Wasser speist den begrünten künstlichen Teich unten im Foyer, der von einer Bank umrahmt ist.

Für die erwartete große Anzahl von Teilnehmern war ein großer Zeltbau im Innenhof des U-förmigen Gebäudes aufgebaut worden. Die Stühle reichten jedoch nicht, als Vorstandssprecher Thomas Jorberg mit seiner Eröffnungsansprache alle Gäste willkommen hieß und einen besonderen Dank an die Handwerker aussprach, die in nur acht Monaten diesen Umbau bewerkstelligt hatten. Er ging dann auf das Motto der Tagung „Standort für Visionen“ ein. Thomas Jorberg zitierte E. W. Barkhoff: „Die Angst vor einer Zukunft, die wir fürchten, können wir nur überwinden durch die Bilder von einer Zukunft, die wir wollen.“ Jorberg nahm dieses Wort auf, um zu fragen, ob in der Diskussion um Arbeitslosigkeit und Wachstum auch über die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen genügend nachgedacht wird und verneinte dieses für die aktuelle Politik.

Gerade diese Aufgabe stellt sich die GLS-Gruppe, die gemeinsam mit ihren Partnern Visionen für die Landwirtschaft, Energieversorgung, Bildung, neue Wohnformen und Kulturinitiativen entwickeln möchte. Dafür sei dieser Standort in Bochum wie geschaffen und nun

so ausgelegt, dass er für Mitarbeiter und Kunden Begegnung, Austausch und einen optimalen Arbeitsplatz biete. Mit etwas über sechs Millionen Euro sei kostengünstig eine Bankzentrale für über 160 Mitarbeiter entstanden. Thomas Jorberg leitete über zum Grußwort der Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum, Ottilie Scholz, die die Arbeit der GLS würdigte.

Während des gesamten Wochenendes konnte man in den Pausen zahlreiche Initiativen und Projekte in den Büroräumen besichtigen, Kulturinteressierten wurde ein vielseitiges Programm geboten.

Quelle: Bericht von NNA-Korrespondent Ernst Ullrich Schultz (NNA = News Network Anthroposophy, www.nna-news.org)

In der Region günstiger als der Euro

Zur Regionalgelddebatte

Anton Kimpfler

Nachdem es schon vorbereitende Gesprächstreffen gegeben hatte, konnte im Oktober 2005 eine ausführlichere kleine Tagung im Holzbau Gaarden in Kiel stattfinden, für den Detlef Oluf Böhm verantwortlich ist. Es ging um das Thema der sich entwickelnden Regionalwährungen, die sich nun in Deutschland intensiv ausbreiten.

Aus dem eigenen Bereich war der „Kann Was“ vertreten. Da ist zunächst mehr zu bezahlen, als an Nennwert draufsteht. Der Wert nimmt dann laufend ab bis zum Verfallsdatum. Auch ein Vertreter des „Roland“ aus Bremen war dabei, womit in Deutschland pionierhaft angefangen wurde. Hier ist zunächst eine Gleichheit mit dem Euro da (5 Roland sind 5 Euro). Dann nimmt auch hier der Wert ab. Derartige Minderungen waren mit auslösend für die Zusammenkunft. Zwar lautet das Argument, dass dies den Umlauf sichere, doch ist dies mit umständlichen Umrechnungen verbunden. Beim „Roland“ hat sich eingebürgert, fast nur noch scheckartige Gutschriftzettel in den Geschäften auszufüllen. Die Ausgabestelle erledigt dann das Verrechnen. So bekommen die Benutzer weniger von der Wertminderung mit. Außerdem ist ein Sonderkonto für Geschäftsleute eingerichtet, wo ein Guthaben ohne Minderung „geparkt“ werden kann - also doch ein Zugeständnis, um die Tendenz zur verstärkten Rückwechslung in den sonst viel stabileren Euro zu verhindern. An der Kieler Tagung war noch jemand von dem Hansemark-Projekt aus Hamburg dabei. Da wird ein Gutscheingeld angestrebt, das direkt mit der Bewertung von Leistungen zu tun hat, ohne dass eine Bindung an den Euro verbleibt. Es ist erhofft, dass ein bisschen mehr in Richtung der früheren Verlässlichkeit der Deutschen Mark zurückgewonnen werden kann.

Grundsätzlich ließe sich der Name all dieser Bestrebungen konkretisieren als regionale Komplementärwährungen. In dem jeweiligen Gebiet, wo sie sich

entfalten, kann einiges anstelle des offiziellen Geldverkehrs treten, wobei unterschiedliche Bedingungen ausprobiert werden. So ist beim Roland erforderlich, Mitglied im dazugehörigen Verein zu sein, um an dem Gutscheingeld teilzunehmen, während der „Kann Was“ ohne solch eine Forderung auskommt. Angestrebt wird, dass zumindest teilweise geschlossene Kreise von Konsumenten, Händlern und Produzenten entstehen, wodurch die Gutscheinvährung sich weiterbewegt, anstatt dass stets wieder ein Rückwechseln in Euro erfolgt.

Als weiterhin umstritten kann erlebt werden, ob es wirklich sinnvoll ist, eine Wertminderung durchzuführen, wie dies in Anlehnung an Silvio Gesell praktiziert wird. Das macht die Abrechnung beim „Kann Was“ im Laden recht kompliziert, weil stets in einer Tabelle nachgeschaut werden muss, welchen Wert der Gutschein gegenwärtig hat. Dies kann wie eine zusätzlich eingebaute Inflation erlebt werden. Wenn dann auch der Euro in seiner Stabilität weiter angegriffen ist, stellt das noch eine Verschärfung dar - wo eigentlich gerade ein Gegengewicht zu herkömmlichen Währungsabhängigkeiten zu schaffen wäre.

Angebracht ist eine begrenzte Laufdauer des zunächst durch ein Leihen entstandenen Zusatzgeldes: Ich gebe Euro und bekomme ein Regionalgeld dafür. Um die ganzen Verwaltungskosten zu decken, kann es durchaus berechtigt sein, nach Ablauf der Gültigkeit einen Abschlag zu machen, um dann neu gültige Gutscheine zu bekommen. So will es auch die neue Zusatzwährung „Rheingold“ in Düsseldorf. Zur Deckung des Verwaltungsaufwandes soll 5 Prozent weniger neues Gutscheingeld zurückgewechselt werden.

Allerdings ließe sich auch eine Differenzierung einrichten: Wer in Euro zurückwechselt, der bekommt 5 Prozent weniger, wer dagegen neu gültiges Komplementärgeld haben will, hat nur mit einem Abschlag zum Beispiel von 2,5 Prozent zu rechnen. Das würde mehr anregen, der Komplementärwährung treu zu bleiben. In einem Laden könnten diejenigen, die mit dem Regionalgeld zahlen, vielleicht einen Rabatt erhalten, um einiges wieder auszugleichen. Diese Kunden sind viel treuer, weil sie keine allzu große Auswahl haben und mit dem Komplementärgeld nicht überall einkaufen können.

Außerdem wäre zu überlegen, ob das Regionalgeld nicht mindestens zwei Jahre Laufzeit haben sollte, später vielleicht noch mehr. Sonst verfällt es doch zu schnell. Wenn trotzdem im Jahresrhythmus neue Gutscheine ausgegeben werden, überlagert sich die Geltungsdauer, so dass nicht alles auf einmal umzuwechseln ist. Für das Umtauschen ließe sich noch ein Übergangszeitraum von vielleicht drei Monaten denken, wo das alte Regionalgeld seinen Wert behält. Zu erwarten wäre, dass Gutscheine, die bald zu veralten drohen, eher zum Schenken genutzt werden, so dass Menschen, die ungenügendes Einkommen haben, dadurch etwas für ihren Lebensunterhalt empfangen.

Auf jeden Fall wird bei solch einer Zusatzwährung das Gegenteil von einer Geldspekulation stattfinden. Wegen ihrer Wert-Abnutzung wird sie nicht zur Spekulation und Hortung taugen, sondern mehr kreisen und die regionale Wirtschaft bewegen.

Das bedingungslose Grundeinkommen in der Debatte

„Radikalreformen statt Banalreformen“

Intensivierte Auseinandersetzung um ein bedingungsloses Grundeinkommen

Christoph Strawe

Das bedingungslose Grundeinkommen wird zusehends mehr zum Thema öffentlicher Debatte. Besonders Götz W. Werner, der Begründer der Drogeriemarktkette dm, hat mit Fernsehauftritten bei einer ganzen Reihe von Sendern - von der ARD bis zu ntv - und mit Interviews in der Stuttgarter Zeitung, der Frankfurter Rundschau, bei Spiegel online (gemeinsam mit Benediktus Hardorp) und zahlreichen weiteren Publikationsorganen für Aufsehen gesorgt. Ende Oktober hat er nun unter dem Motto „Unternimm die Zukunft“ eine Anzeigenkampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen gestartet. „Das Thema ist reif“, so Werner in der Stuttgarter Zeitung vom 2.11.2005: „Die Menschen sind verunsichert und spüren, dass man Paradigmen in Frage stellen muss. Jetzt werden in Berlin die Karten neu gemischt. Was wir brauchen, sind keine Banalreformen, sondern Radikalreformen.“ Die Auseinandersetzung um ein bedingungsloses Grundeinkommen und um die Frage, wie es finanziert werden soll, widerspiegelt sich auch in diesem Heft. In den nachfolgenden Artikeln wird einiges kritisch hinterfragt, was in den Heften 1-3 dieses Jahres, unter anderen auch von mir, dazu geäußert wurde. Diese Debatte kann nur erwünscht sein, da sie zum immer tieferen Durchdenken des Themas anregt.

Traum von der Vollbeschäftigung ist ausgeträumt

Erster Grundeinkommen-Kongress in Wien voller Erfolg

Am 9. Oktober ging in Wien der internationale Kongress „Grundeinkommen - in Freiheit tätig sein“ zu Ende. Auf Einladung von Attac und den Netzwerken Grundeinkommen (Österreich und Deutschland) erörterten 300 WissenschaftlerInnen und VertreterInnen politischer wie sozialer Initiativen gesellschaftliche und wirtschaftliche Perspektiven jenseits der Vollbeschäftigung. Im Mittelpunkt stand ein bedingungsloses Grundeinkommen und dessen Realisierungsmöglichkeiten, Chancen und Auswirkungen.

„Der Traum von der Vollbeschäftigung scheint ausgeträumt. Wachsende Produktivität und fortschreitende Rationalisierung sind Ursachen für die geänderten Bedingungen am Arbeitsmarkt. Neue Beschäftigungen werden zunehmend in Form von prekären Arbeitsverhältnissen geschaffen. Die Zahl der 'working poor', also der in Armut lebenden Beschäftigten“, wächst, resümiert Margit Appel vom „Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt Österreich“. „Selbst in Jahren hohen Wirtschaftswachstums gab es Vollbeschäftigung nur für Männer, während Frauen in diversen Abhängigkeiten verblieben.“

Als Ausweg wurde am Kongress ein aus Steuern finanziertes, existenzsicherndes Grundeinkommen diskutiert, das jeder und jedem individuell zusteht. „Ein Grundeinkommen würde eine Wahlfreiheit eröffnen und eine Aufwertung vieler Tätigkeiten in den Bereichen Erziehung, Pflege, Ehrenämter, Politik und Umwelt bieten; diese sind längst unverzichtbar und übertreffen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung manche Erwerbsarbeit“, erklärt Appel. In den kontrovers geführten Diskussionen auf zwei Podien und 18 Workshops standen die Fragen der Höhe und Finanzierung eines Grundeinkommens im Vordergrund, seine Auswirkungen auf Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse und auf Unternehmen. Die Bedingungen einer möglichen Einführung des Grundeinkommens auf nationaler, europäischer und globaler Ebene waren ein weiteres zentrales Thema des Kongresses. Ein Brennpunkt der politischen Kontroverse war die Frage: „Bedarfsorientierte Grundsicherung“ oder „Bedingungsloses Grundeinkommen“ als Richtungsforderung.

Quelle: Pressemitteilung des Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt, Austrian Member of Basic Income Earth Network, c/o ksoe, Schottenring 35 DG, A-1010 Wien, Tel: 0043 - 1 - 310 51 59, Fax: 0043 - 1 - 310 68 28, www.grundeinkommen2005.org, <http://www.grundeinkommen.at>.

Die Bedeutung eines freien Geisteslebens für eine neue Wirtschaftsordnung

Zur Debatte um ein Grundeinkommen

Ingo Hagel

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht Tausende von Arbeitsplätzen gestrichen werden. Gerade eben (29. Sept. 2005) gibt auch Mercedes, die „Perle“ des deutschen Automobilbaus, den Wegfall von 8.500 Stellen in den nächsten 12 Monaten bekannt, was jeden 9. Arbeitsplatz der insgesamt 77.000 in Deutschland Beschäftigten dieser Firma betrifft. Die Börse reagierte begeistert und belohnte die Maßnahme am selben Tag mit Kursgewinnen von 3,9%. Wohl nur wenige der Entlassenen haben Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz in einer durch Rationalisierung veränder-

ten Arbeitswelt, in der Menschen durch Maschinen ersetzt werden. Doch Gerhard Schröder war völlig überzeugt, diese Verhältnisse sozusagen einfach „per Regierungswechsel“ verändern zu können. Als gerade gewählter Bundeskanzler verkündete er 1998 selbstbewusst, seine rot-grüne Regierung sei nicht wert, wiedergewählt zu werden, wenn sie nicht in der Lage sei, die Arbeitslosenquote spürbar zu senken¹. Die Konzepte, die dann durchgesetzt wurden, lauteten Agenda 2010 und Hartz IV, womit Menschen, die auf Dauer ohne Arbeitsplatz blieben, in die Armut und Zukunftslosigkeit gedrängt werden (vgl. Rundbrief 1/05, S. 13) und ihnen der Staat seine Interesse- oder Hilflosigkeit signalisierte. Trotz der kernigen Worte des Bundeskanzlers stieg seit 1998 die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich um 1000 je Tag an, von 3,95 Mio auf 5,2 Mio im Februar 2005 - ein Pfund mit dem die CDU auf ihren Wahlplakaten zu wuchern versuchte. Jedoch auch diese Partei hatte keine Ideen, die die Bürger überzeugten. Wohl noch nie hatte es vor einer Bundestagswahl einen derart hohen Anteil der Wahlberechtigten gegeben - 50% -, die nicht wussten, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten. Die Menschen sahen angesichts der gravierenden Einschnitte ins soziale Netz eine Abwahl der Regierung voraus, kaum einer aber glaubte daran, dass eine andere Partei es besser machen würde.

Immer wieder wurden im „Rundbrief zur Dreigliederung des sozialen Organismus“ von verschiedenen Autoren Ideen und Konzepte für die Entwicklung eines neuen sozialen Wirtschaftssystems dargestellt. Besonders in den letzten Ausgaben gingen vor allem Christoph Strawe und Michael Opielka bis in konkrete Berechnungen und Zahlen darauf ein, wie auf die gewandelten Verhältnisse in einer rationalisierten Arbeitswelt (ohne Aussicht auf eine Vollbeschäftigung nach altem Muster) durch den Bezug eines Grundeinkommens reagiert werden könnte. Auch ein Interview von Götz Werner dazu in der Stuttgarter Zeitung stieß auf große Resonanz (s. den Beitrag dazu von Ulrich Hölder im Rundbrief 3/2005). Es geht ja nicht darum „Arbeit zu schaffen“, womit Bundeskanzler Schröder und viele andere im Wahlkampf warben. Wer offene Augen hat, der sieht überall Unmengen an sinnvoller und wichtiger Arbeit, die zu tun wäre. Nur deren Finanzierung muss ermöglicht und auf andere Füße gestellt werden. Dies könnte über die Einrichtung eines Grundeinkommens angestrebt werden, welches jedem Menschen eine menschenwürdige Existenz sichert, ihm aber erlaubt, ohne Kürzung dieses Einkommens dazuzuverdienen. Die Umsetzung dieser Idee wäre über eine Umstellung des Steuersystems zu finanzieren, indem sämtliche Steuern und Sozialabgaben vom Lohn abgekoppelt und als Konsumsteuer auf die Produkte umgelegt würden. Ein Grundeinkommen wäre somit ein erster Schritt hin zu der von Rudolf Steiner geforderten Trennung von Arbeit und Einkommen und würde der Entsolidarisierung der Gesellschaft Einhalt gebieten.

Die Beiträge der verschiedenen Autoren zum Grundeinkommen werfen Licht auf dramatisch wachsende Probleme in einer Zeit, die sich angesichts einer Politik ohne wirkliche Perspektiven immer stärker verdunkelt. An dieser Stelle möchte ich jedoch einen Punkt stärker herausarbeiten, der in den genannten Beiträ-

gen zu kurz kam, da er dort auch nicht in erster Linie Thema sein konnte.

Wie Ulrich Hölder (s. seinen Beitrag im Rundbrief 3/05) habe auch ich in den letzten Monaten anderen Menschen von dieser Idee einer neuen sozialen Struktur durch ein Grundeinkommen erzählt. Allerdings ist mir nicht wie ihm „fast durchgängig ... großes Interesse, ja geradezu Begeisterung“ entgegengekommen, sondern Unverständnis, Ablehnung und Empörung. Meine Gesprächspartner kamen nicht aus dem anthroposophisch orientierten Umfeld. Sie kannten (als durchaus tüchtige Arbeitnehmer in bestehenden Beschäftigungsverhältnissen) die Probleme und Nöte der modernen Arbeitswelt und ihrer sozialen Verhältnisse aus eigener Anschauung. Dennoch waren alle überzeugt, dass der Mensch für die Arbeit keine anderen Motive hat als den Egoismus des Geldverdienens. Die Zeit, die sie für ihre Arbeit aufbringen mussten, war für sie eigentlich gestohlene Freizeit, die daher möglichst teuer zu verkaufen sei. Wenn nun mit dem Grundeinkommen der Zwang zur Arbeit wegfiel, „hätte ja keiner mehr Lust, überhaupt noch etwas zu tun“ mit der Folge von Chaos und anarchischen Zuständen.

Ich vermute, diese Reaktionen und Ängste sind ziemlich verbreitet. Es mag aber sein, dass meine „Stichprobe“ nicht repräsentativ war, so dass meine Vermutung nicht zutrifft. Opielka schildert ja im Rundbrief 1/05 (S. 7) Erfahrungen in den USA aus Großexperimenten, wonach die Bezieher eines Grundeinkommens sich nicht „auf die faule Haut legten“. Stattdessen stieg die Beteiligung am Arbeitsmarkt sogar, was darauf zurückzuführen war, dass das zusätzliche Einkommen aus Arbeit nicht zu einer Minderung des Grundeinkommens führte, sondern zu dessen Steigerung. Auch mag es für einige Berufsgruppen zutreffen, was Götz Werner im o.a. Interview in der Stuttgarter Zeitung formulierte: „Viele Menschen haben sehr viel Spaß an ihrer

Aufgabe“, obwohl im konkreten Fall es sich zeigen müsste, wie viele Menschen es denn wirklich sind. Tatsächlich dürfte es aber weniger der „Spaß“ sein, welche den Bezieher eines Grundeinkommens zur Arbeit veranlasst, denn letzteres stellt bei einer Höhe von 1.300 EUR ja nur eine erste Grundsicherung dar - vor allem unter dem Aspekt der von Werner veranschlagten Konsumsteuer von 48%, die ja die reale Kaufkraft dieses Grundeinkommens eher mindern würde. Der Egoismus des Geldverdienens als Motiv zur Arbeit bliebe also in dem Maße bestehen, in dem der Einzelne dazuverdienen müsste, da - wie gesagt - das Grundeinkommen nur einen ersten Schritt hin zu einer Entkoppelung von Arbeit und Einkommen bedeuten würde. Sollen daher soziale Systeme entwickelt werden, die diese Entkoppelung in einem weiteren oder völligen Umfange zum Ziel haben, muss umso dringender die Frage beantwortet werden: „Was wird die Menschen veranlassen, ihre Fähigkeiten in einem notwendigen Stärkegrade in den Dienst des wirtschaftlichen Produzierens zu stellen, wenn der Egoismus, der im Gewinn seine Befriedigung findet, sich nicht ausleben kann?“ (wie Rudolf Steiner in einem Aufsatz im Jahre 1919 fragte)².

Im Weiteren ging Rudolf Steiner auf diese Frage dahingehend ein, dass ein Wirtschaftsleben, das nicht mehr durch den Egoismus auf den Arbeitswillen des Menschen wirken kann, in den Menschen weder einen Produktionswillen erzeugen kann, noch in der Lage sein werde, „die Erziehungs- und Unterrichtseinheiten zu treffen, durch die jene individuellen Fähigkeiten der Menschen gepflegt werden, welche die Quelle des Wirtschaftens bilden müssen. ... Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glauben wollte, dass das bloße Gebot von Wirtschaftsverwaltungen, die nur das Wirtschaften im Auge haben, lusterweckend auf die Ausbildung von individuellen menschlichen Fähigkeiten wirken könne, und dass ein solches Gebot Kraft genug hätte, den Menschen zur Einsetzung seines Arbeitswillens zu veranlassen.“

Steuereinzugskosten: 88 Mrd. EUR

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Finanzministerium, Prof. Heinz Grosseckler, hat in einer Studie nachgewiesen, dass in Deutschland allein 20% der Steuereinnahmen benötigt werden, um die Steuern einzuziehen. Das sind 88 Milliarden Euro. Aus dieser Berechnung folgt zwingend, dass allein durch eine Vereinfachung des Steuerrechts möglich sein müsste, die Nettokreditaufnahme des Staates auf Null zu drücken - wenn man von einer Einnahmelücke von ca. 70 Mrd. EURO ausgeht.

Quelle: ARD-Fernmagazin Plus Minus vom 8. November 2005. http://www.daserste.de/plusminus/beitrag_dyn~uid,s23vio3enhb9s2uw~cm.asp

„Über 60 Prozent der gesamten Weltliteratur über das Steuerrecht werden in Deutschland produziert - kein Staat hat ein derart unüberschaubares System entwickelt. Das Steuerrecht - mit zurzeit 118 gültigen Gesetzen und 87 Rechtsverordnungen, darüber hinaus gibt es 1042 gültige, im ersten Teil des Bundessteuerblatts veröffentlichte Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) sowie 1193 BMF-Schreiben, die zeitlich beschränkt angewendet werden sollen, zusätzlich nennt die Regierung die Zahl von 1618 BMF-Schreiben, die nicht im ersten Teil des Bundessteuerblatts veröffentlicht worden sind - hat sich zu einem unüberschaubaren Monster entwickelt und ist selbst für Experten nicht mehr zu durchschauen.“

Quelle: Neue Steuerkonzepte, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, www.lpb.bwue.de/aktuell/steuerkonzept.php3

Auf der einen Seite müssen daher in einem dreigliedrigen Organismus solche rechtlichen Beziehungen geschaffen werden, aus denen ein „wahres Gemeinschaftsgefühl“ entstehen und „aus diesem Gefühl der Arbeitswille erwachsen kann.“ Auf der anderen Seite können nur aus einem freien Geistesleben die Impulse kommen, aus denen „der Mensch lebensvoll verstehen lernt, was die menschliche Gesellschaft ist, für die er arbeiten soll; ein Gebiet, in dem er die Bedeutung seiner Einzelarbeit im Gefüge der ganzen gesellschaftlichen Ordnung so durchschauen lernt, dass er diese Einzelarbeit wegen ihres Wertes für das Ganze lieben lernt.“ Das freie Geistesleben muss „die Grundlagen schaffen, die ein Ersatz sein können für den Antrieb, der aus der persönlichen Gewinnsucht kommt. Nur in einem freien Geistesleben kann eine solche Liebe zur menschlichen Ordnung entstehen, wie sie etwa der Künstler zu dem Entstehen seiner Werke hat.“ Und Rudolf Steiner formuliert dann ganz radikal: „Will man aber nicht daran denken, in einem freien Geistesleben eine solche Liebe zu pflegen, so gebe man nur alles Streben nach einem Neubau der sozialen Ordnung auf. Wer daran zweifelt, dass die Menschen zu solcher Liebe erziehbar sind, der muss auch zweifeln an der Möglichkeit, den persönlichen Gewinn aus

dem Wirtschaftsleben auszuschalten.“ Die fruchtbare Realisierung neuer wirtschaftlicher Formen im Sinne der Dreigliederung ist also an ein entsprechendes Geistes- und Rechtsleben gebunden.

Wie erwähnt, haben viele Menschen starke Vorbehalte, an denen neue Sozialimpulse bereits vor ihrer Durchsetzung scheitern könnten. Die Gründe dafür liegen sicher nicht nur in unzureichender Detailkenntnis zur Sache, sondern auch in den materialistischen Vorstellungen der Naturwissenschaft. Diese will die Erscheinungen des Lebens nur aus den Zentralkräften und -substanzen der Erde erklären. Stattdessen müssen sie aber in den Umkreiskräften des Kosmos gesucht werden.³ So glaubt die Wissenschaft, in den chemischen Substanzen der Gene den Schlüssel des Lebens gefunden zu haben. Dabei übersieht sie, dass ohne ein bereits existierendes Leben (Zelle) die Gene nichts hervorbringen können, und daher keine Erklärung für das Leben darstellen. Und kein Genetiker oder Biologe kann aus der *Substanz* der Gene die *Form* der Organismen erklären, denn diese ist nicht in den Genen enthalten, sondern muss ebenfalls in den Kräften des kosmischen Umkreises gesucht werden.^{4, 5}

Dies betrifft auch die Vorstellung vom Herzen als Pumpe, die Rudolf Steiner in vielen Vorträgen als eine falsche bezeichnet. Auch hier ist es nicht so, dass ein Zentralorgan die Peripherie versorgt, sondern umgekehrt, die Kräfte der Peripherie lassen das Blut zirkulieren.⁶ Es ist verständlich, dass die Wirkungen solcher Ansichten bis ins Soziale gehen müssen: „Mit dieser falschen Ansicht in der Wissenschaft hängt nämlich unsere ganze falsche soziale Lage zusammen. Und deshalb muss man schon begreifen, dass erst ein richtiges Denken über den Menschen kommen muss; dann kann erst ein richtiges soziales Leben anfangen. Solange man glaubt, das Herz sei eine Pumpe, solange wird man auch im äußeren Leben nicht richtig sich einstellen können.“⁷

Offenbar kann auch die „falsche soziale Lage“, in der sich die Menschheit befindet, nicht wirklich verändert werden, wenn die Menschen aus dem Geistesleben heraus in zentralistisch orientierten naturwissenschaftlichen Vorstellungen befangen sind. Letztere sind die wissenschaftliche Grundlage für den herrschenden Egoismus, in dem jeder nur auf sich als das Zentrale sieht, glaubt, er erhalte sich selbst (sei es im Erwerbsleben oder in der Altersvorsorge) und nicht wahrhaben will, dass sein Leben auf den „Leistungen der anderen“ beruht, (wie Rudolf Steiner es im sozialen Hauptgesetzes formuliert).

Dies bedeutet, dass weder ein sozialer Impuls für eine neue Wirtschaftsform noch einer für ein freies Geistesleben sich ohne den anderen erfolgreich entfalten kann. Wie geschildert braucht das Wirtschaftsleben das Geistesleben, um nach dem Wegfall des Egoismus als Motiv des Arbeitswillens nicht in die Lethargie und Gleichgültigkeit abzugleiten. Und das Geistesleben kann ohne die bedingungslos zur Verfügung gestellten Mittel des Wirtschaftslebens niemals ein freies werden, um die entsprechenden (vom Wirtschaftsleben unabhängigen) Leistungen bereitstellen zu können. Verkümmern und Verlust unendlicher geistiger Potentiale wären für die soziale Gemeinschaft die Folge.

Dokumentation einer Anzeige

Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen

Hat es unsere Gesellschaft nötig, auch nur einen einzigen Bürger durch das soziale Netz fallen zu lassen? Unsere Produktivität steigt ständig, nur nehmen wir das schon nicht mehr wahr. Durch unser System der mit hohen Steuern und Abgaben belegten Erwerbsarbeit wird den Unternehmen die Arbeit zu teuer. Deshalb rationalisieren sie, verlangen dabei Arbeitsplätze ins Ausland. Doch erhalten auch Erwerbslose ein Einkommen - finanziert durch Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten. Alle verlieren dabei - Einkommen und soziale Basisleistungen werden für den Einzelnen immer kleiner.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, bei dem die heute bestehenden sozialen Transfersysteme zusammengelegt werden, kann das ändern. Dann kann jeder, frei von grundlegenden Existenzsorgen, als freier Bürger tätig werden und die Arbeit erledigen, die ihm zugleich sinnvoll erscheint. Arbeit als ein Füreinander-Leisten in sozialer Sicherheit, in Würde und nach eigener Wahl. Automation wird segensreich, denn durch den Wegfall von Arbeiten, die auch programmierbare Automaten leisten können, entsteht keine neue Arbeitslosigkeit. Das Grundeinkommen schafft vielmehr Freiraum: Viele gemeinwirtschaftliche und kulturelle Arbeitsaufgaben sind finanzierbar. Viele neue Initiativen werden entstehen. Viele Menschen werden den Sinn in ihrer Arbeit wieder entdecken. Denn niemandem ist verwehrt, über das bedingungslose Grundeinkommen hinaus tätig zu werden und weiteres Einkommen zu erzielen - nur der Zwang fällt weg.

Ein transparentes Steuerwesen kann das bedingungslose Grundeinkommen tragen, das an alle Bundesbürger ausbezahlt wird. Grundlage ist die schrittweise Umgestaltung unseres Steuerwesens in Richtung Verbrauchssteuern. Die Vorteile: Wer weniger verbraucht, zahlt auch weniger Steuern, wer mehr verbraucht, höhere und mehr. Der Bürger muss keine Steuererklärung mehr ausfüllen. Bezahlte wird, wo konsumiert, wo verbraucht wird. Die Besteuerung wird wettbewerbsneutral. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird gestärkt, weil er Kapital ins Land zieht. Die Beschäftigung im Inland wird gesichert.

Ein Teil der heute mehr als 720 Milliarden Euro an Sozialausgaben in Deutschland kann schon durch den Wegfall der Verteilungsbürokratie eingespart werden. Das Wichtigste aber ist, dass damit ein leistungsfähiges Gemeinwesen für alle Bürger entsteht, in dem es keine Verlierer mehr gibt. Dafür wird es freie und selbst bestimmte Menschen geben, die Arbeit nicht mehr als Last, sondern als Chance verstehen.

Das bedingungslose Grundeinkommen wird Deutschland verändern.

Denken Sie mit uns darüber nach?

www.unternimm-die-zukunft.de. Initiator: Prof. Götz W. Werner, Interfakultatives Institut für Entrepreneurship Universität Karlsruhe (TH)

Rudolf Steiner formulierte einmal, dass die Gedanken, die er zur Dreigliederung des sozialen Organismus vorbrachte, „nicht die eines einzelnen Menschen sind, sondern dass sie das unbewusste Wollen der europäischen Menschheit ausdrücken.“⁸ Es ist daher umso schmerzvoller wahrzunehmen, wie wenig in der öffentlichen Diskussion um neue soziale Formen diese Idee als Ganzes thematisiert wird, das heißt wie schwer es den Menschen heute noch fällt, in dieser Idee ihre eigenen Intentionen wiederzuerkennen. Der Grund dafür liegt sicher auch in den von Rudolf Steiner beschriebenen materialistischen naturwissenschaftlichen Vorstellungen.

Literatur

- 1 Spiegel, Nr. 10/2005, Cover.
 - 2 Steiner, R. (1919): Arbeitsfähigkeit, Arbeitswille und dreigliedriger sozialer Organismus. In: Über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage. Schriften und Aufsätze 1915-1921. GA 24, Rudolf Steiner Verlag, Dornach, S. 48-52.
 - 3 Steiner, R. und I. Wegman (1925): Grundlegendes für eine Erweiterung der Heilkunst nach geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen. Rudolf Steiner Verlag, Dornach, Kap. I und III.
 - 4 Hagel, I. (2002): Zum biologisch-dynamischen Forschungsansatz - Nur philosophisches Beiwerk oder Erkenntnisbedingung? Lebendige Erde 5/2002, 41-43.
 - 5 Rist, L. (2000): Theoretische und experimentelle Untersuchungen über den Einfluss der Genmanipulation auf die Integrität der Arten. Dissertation, GHK Kassel/Witzenhausen.
 - 6 Zahlreiche naturwissenschaftliche Belege für diese Aussage finden sich in: Manteuffel Szoego, L. (1977): Über die Bewegung des Blutes. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart.
 - 7 Steiner, R. (1923): Rhythmen im Kosmos und im Menschenwesen - Wie kommt man zum Schauen der geistigen Welt? GA 350, Vortrag vom 6.6.1923. Rudolf Steiner Verlag, Dornach.
 - 8 s. Fußnote 2: Vorbemerkungen, S. 12.
- [Kontakt mit dem Autor: Ingo Hagel, Umkreis-Institut, www.Umkreis-Institut.de, Ingo.Hagel@Umkreis-Institut.de]

Einspruch

Eine Gegenposition zu dem Artikel zum Grundeinkommen/Bürgergeld von Götz Werner in der Stuttgarter Zeitung 2.7.05, C. Strawe und U. Hölder in Sozialimpulse Nr. 3 / Sept. 05

Norbert Schenkel

Kommt die 20:80 Gesellschaft mit ungeahnter Arbeitslosigkeit? So fragen H.P. Martin und H. Schumann im Buch: „Die Globalisierungsfalle“. 80% der Arbeitswilligen ohne Arbeit? „Sicher“, so der US-Autor J. Rifkin, Verfasser des Buches: „Das Ende der Arbeit“. „Die unteren 80% werden gewaltige Probleme bekommen.“ Vermutlich kommt im 21. Jahrhundert alles viel früher als gedacht. Neue Techniken wie die Nanotechnologie (raum&zeit Sept. 05) trägt ihren Teil dazu bei, da die Mechanismen bei der Warenherstellung viel automatisierter sein werden als früher. Wir werden viel mehr Robotertechnik als Menschen in diesem Prozess brauchen, so der kritische Kanadier Pat Mooney im Gespräch. - Warum also nicht rechtzeitig ein Grundein-

kommen für alle einführen, nachdem die Rationalisierungsprozesse immer schneller durchgreifen? Es gibt aber auch ein soziales Argument für die Erwerbs- und sonstige Arbeit, nämlich dass der Mensch im Miteinander-Arbeiten sozial werden kann. Erwartet uns nach dem homo oeconomicus als nächster Schritt der kulturellen Evolution nicht der homo oeconomicus spiritualis wie auf der Tagung „Authentische und integrale Führung“ im September d.J. in Frankfurt gefordert? Wir stehen sicher vor großen Umbrüchen im Kapitalismus, der nur noch mit Kriegen, wie die der USA, erhalten werden kann oder durch totalen Sozialabbau mit hoher Arbeitslosigkeit.

Götz Werner, Gründer der dm-Drogeriemärkte, fragt sich wie jeder Unternehmer, bei dem die Arbeitskosten voll in die Waren durchschlagen (da Arbeit Ware ist), jeden Morgen in seinem Laden: wie kann ich meinen Laden besser organisieren, möglichst viele Kunden erreichen? Da die Konkurrenz jedoch nicht schläft, findet ein ständiger Verdrängungswettbewerb statt, nach dem Motto von Unternehmer und Professor Reinhold Würth: „Wir haben 4% des gesamten Welthandels für Metallteile und können noch 96% zulegen!“ Das ist unternehmerisches Prinzip im Kapitalismus. Mit einer sozialen Ordnung der Zukunft hat das nichts zu tun.

Aus dem heutigen Rechts- und Wirtschaftsverständnis heraus ist der Marktpreiserlös für des Arbeitsergebnis eigentumsmäßig Kapital, und alle Erlöse aus dem Verkauf der Produktion teilen sich nach heutiger Rechtsordnung auf in Arbeits- und Kapitaleinkommen. Dann stellt sich die Frage: Wie kommt einer zu einem Arbeitseinkommen, wenn er aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen ist? Und die andere Frage: Wie kommt der Produktionsmitteleigentümer zu Einkommen, wenn er Verbrauchern gegenübersteht, die über kein Einkommen verfügen? Aus dieser Problematik heraus geistert neuerdings immer mehr die Forderung nach einem Grundeinkommen herum.

Rudolf Steiner hatte schon 1905 darauf hingewiesen, dass in der arbeitsteiligen Wirtschaft Einkommen und Marktpreiserlöse für Arbeitsergebnisse nicht voneinander abhängige Größen sein dürfen, andernfalls Konjunkturprobleme mit allen Konsequenzen auftreten. Dahinter steht die klare Vorstellung, dass eine auf Assoziationen aufbauende Wirtschaft aus der Erkenntnis des inneren Zusammenhanges von Wertbildung und Geldschöpfung über die Preisbildung einen Ausgleich zwischen Einkommen als Bedürfnisträger und Wert der Arbeitsergebnisse des Einzelnen herbeiführen kann, was für die Lösung der sozialen Probleme in der arbeitsteiligen Wirtschaft angestrebt werden muss. Aus der Dreigliederungsarbeit in der Schweiz (www.gemeinsinn.net) können wir deren Denkanstöße zu dieser Thematik übernehmen.

Mit der punktuellen Auffassung, man könne ein sogenanntes Grundeinkommen unter Beibehaltung der Einrichtungen des heutigen Gesellschaftssystems mittels einer Mehrwertsteuer finanzieren, und würde damit sowohl Einkommen und Arbeit getrennt erfassen, als auch zu einer bloßen Ausgabensteuer übergehen, macht man aus den Erkenntnissen Rudolf Steiners Halbwahrheiten. Erst die Findung des Maßes für das Einkommen des Einzelnen, wie auch für den Wert sei-

ner Leistung aus dem Verständnis der Wertbildung heraus, ermöglicht die Trennung von Einkommen und Arbeit. Ohne die Erkenntnis der Wertbildung in ihrem Zusammenhang mit der Geldschöpfung und der Preisbildung sowie der daraus zu ziehenden gesellschaftlichen Konsequenzen würde sich nur die Schlussfolgerung R. Steiners ergeben: „Es ist eben in des Wortes ureigenster Bedeutung richtig: Nur dem Einzelnen kann man helfen, wenn man ihm bloß Brot verschafft; einer Gesamtheit kann man nur dadurch Brot verschaffen, dass man ihr zu einer Weltauffassung verhilft. Es würde nämlich gar nichts nützen, wenn man von einer Gesamtheit jedem Einzelnen Brot verschaffen wollte. Nach einiger Zeit müsste sich dann doch die Sache so gestalten, dass viele wieder kein Brot haben.“ In den Oxforder Vorträgen 1922 sagt er: „Daher ist die soziale Frage in ihrem tiefsten Sinne zuallererst eine geistige Frage: Wie breiten wir eine einheitlich wirkende Geistigkeit unter den Menschen aus? Dann werden wir auf wirtschaftlichem Gebiete uns in Assoziationen zusammensuchen können, aus denen heraus sich erst die soziale Frage in einer konkreten Weise wird gestalten und partiell - muss ich immer sagen - lösen lassen.“

Es ist weiterhin die mühsame Aufgabe, die Dreigliederung als gesellschaftliches Gesamtkonzept zu vertreten und nicht, weil die Erwerbsarbeit an ein Ende kommt, abstrakt nach einem Grundeinkommen zu rufen. Die Erwerbsarbeit als Lohnsystem, in dem die Arbeit Ware ist, kommt an ein Ende, muss im Grunde dahin kommen.

P.S.: Im Internet www.gemeinsinn.net sind folgende Denkanstösse behandelt: - zur Überwindung von Arbeitslosigkeit, Wachstumswahn und Gewinnmaximierung, - gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen, - gegen die negativen Folgen der Globalisierung, - für eine sachgerechte Preisbildung in der Landwirtschaft und Industrie, - für eine Gesundung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft durch eine richtige Geldschöpfung. Auf die psychischen Folgen langer Arbeitslosigkeit konnte ich leider nicht eingehen, sie würden den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Was ist ein sozialverträglicher Betrieb?

Jens Martignoni, Michael Rist

Johannes Kreyenbühl Akademie
in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich

Vielfach wird heute das Stichwort „sozialverträglich“ im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Herstellung ihrer Produkte sowie den Betrieben selbst verwendet. Es sollen deshalb zunächst einige Aspekte von sozialverträglichen Betrieben angesprochen werden. Ein Betrieb sollte heute umwelt- oder öko- und sozialverträglich sein. Während in der Natur noch mancherorts ein „gesunder“ Gleichgewichtszustand als Ideal-

bild beobachtet werden kann, sind entsprechende Idealzustände auf sozialem Gebiet kaum noch vorhanden und die Ansätze zu möglichen sozialen Zuständen in unserer Gesellschaft stark umstritten. Dies ist nicht allzu erstaunlich, denn auf sozialem Gebiet muss auch die soziale Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als Ganzes berücksichtigt werden. Ein sozialverträglicher Betrieb müsste deshalb nach außen und innen nach sozialwissenschaftlich fundierten Kriterien zufriedenstellend für alle Beteiligten und Betroffenen vernünftig wirtschaften.

Rahmenbedingungen für Betriebe

Zunächst stellt sich die Sinnfrage, worunter der eigentliche Betriebszweck zu verstehen ist. Also: Was wird hergestellt, für wen und warum? Wie dient der Betrieb dem sozialen Ganzen? (Eine Kriegswaffenfabrik fällt hier bereits aus dem Rahmen, auch wenn sie als solche innerbetrieblich „sozial“ wäre.) Als Nächstes ergibt sich wohl die Lohn- oder Bedarfsdeckungsfrage, denn sie beeinflusst die Preisgestaltung einer Waren- oder Dienstleistungsproduktion relativ stark, wie die Diskussionen um die Arbeitsplatzverlegung in sogenannte Billiglohnländer und um die Gefahr des Lohndumpings reichlich zeigen. Natürlich gehören zur Frage der „Sozialverträglichkeit“ auch der Umgang der Exponenten des Betriebes mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Fragen der Arbeits- und Urlaubszeiten, der Sozialversicherungen, eines Sozialplanes bei Entlassungen etc.

Die Lohn- oder Bedarfsdeckungsfrage

Ein echt sozialverträglicher Betrieb müsste wohl das Lohnsystem durch ein Bedarfsdeckungssystem ersetzen, bei dem alle für die Gehälter zur Verfügung stehenden Mittel nach einem offenen Schlüssel als Bedarfsdeckung - auch nach Familiengröße d. h. der Anzahl der Kinder und deren Alter (Rist, M., 1998) - verteilt werden. Dies ist heute selbst in den sogenannten entwickelten Ländern kaum der Fall. Stattdessen werden die Mitarbeiter oft als Kostenfaktor angesehen, den es zu minimieren gilt. Zudem entsteht dadurch eine Konkurrenz zwischen den Stelleninhabern und den einkommenslosen Arbeitslosen, die keineswegs sozialverträglich ist.

Als einer der wichtigsten Punkte sollte das Verhältnis zwischen niedrigstem und höchstem Gehalt (bei gleicher Familiengröße) ein bestimmtes Maß nicht überschreiten: z. B. 1 : 4 - je nach Betriebsart. Die alternative Bank Schweiz (ABS) hatte im Jahr 2004 ein Verhältnis Tiefst- zu Höchstlohn von 1 : 2,7 vorzuweisen (ABS-Geschäftsbericht 2004), was insbesondere unter Banken als exotischer Einzelfall bezeichnet werden kann. Zum Vergleich: Bei der Grossbank UBS lag das Verhältnis im Jahr 2004 bei 1 : 230 („20Minuten“/2005). Das niedrigste Gehalt sollte natürlich mindestens zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreichen. In der Schweiz hat man sich deshalb zur Zeit auf Fr. 3.000.- pro Monat, also Fr. 36.000.- pro Jahr verständigt. Beim Vergleich der Jahresdurchschnittslöhne der Mitarbeitenden in verschiedenen Branchen ergibt sich folgendes Bild (BFS/Cash 2002):

Öffentlicher Dienst	84.756
Maschinenbau	69.000
Banken, Versicherung	82.452
Baugewerbe	61.296
Chemische Industrie	82.104
Detailhandel	48.106
Informatik	75.480
Gastgewerbe	42.228
Bahn (SBB), Post	69.360
Zum Vergleich „Mindestlohn“	36.000

Diese Durchschnittszahlen verschleiern jedoch die Verteilung der Einkommen etwas, da sie die Familiengröße meist nicht berücksichtigen, obwohl diese den tatsächlichen „Bedarf“ am stärksten beeinflusst. Durch das „Kindergeld“, das unabhängig vom Einkommen ausbezahlt wird, versucht man einen gewissen Ausgleich zu bewerkstelligen, ebenso durch die möglichen Steuerabzüge. Die Frage der Sozialverträglichkeit in diesem Bereich kann wohl nur durch den Nachweis der Bedarfsdeckung für jeden Mitarbeiter und derer, „die zu ihm gehören“ (Steiner, R., 1922) vernünftig angegangen werden.

Zur Frage des sogenannten „Leistungslohnes“ der Einzelnen ist kurz zu bemerken: Einerseits kann man diesen kaum gerecht erfassen, da sich der Gesamterfolg ja aus der Zusammenarbeit der Betriebsgemeinschaft ergibt. Auf der anderen Seite wird aber auch immer deutlicher, dass der „Leistungslohn“ eigentlich aus den Fähigkeiten oder Unfähigkeiten besteht, die sich der Einzelne durch Exaktheit oder Unexaktheit und Sozialkompetenz oder deren Fehlen während seiner Arbeit üben aneignet (Rist, M., 1998). Deshalb wird das Arbeitsleben auch verschiedentlich als Lebensschule bezeichnet. Erfreulicher Weise werden in den Bestrebungen des „Fair Trade“, also des gerechten Handels mit den Produzenten der „dritten Welt“ solche und ähnliche Überlegungen berücksichtigt. Die Forderung nach „Fair Trade“ auch im Inland liegt daher nahe.

Der Begriff „sozialverträglich“ muss also weiter konkretisiert werden, um die Verbesserung der Sozialverträglichkeit in der Wirtschaft vermehrt in Gang zu bringen. Eine echte Sozialverträglichkeit enthält natürlich gewissen „Sprengstoff“, erfordert sie doch ein starkes Umdenken und Umschwenken. Dazu sind deshalb weitere Kriterien und auch Labels zu erarbeiten. Sind wir doch relativ weit entfernt von einer ganzheitlichen Sozialverträglichkeit, besonders bei den Betrieben, die nur eine finanzielle Gewinnmaximierung anstreben.

Literatur

- Cash (2002): Schweizer Wirtschaftszeitung vom 15. 3. 02. Lohnstatistik nach Angaben des Bundesamts für Statistik (BFS)
 Geschäftsbericht (2004):. Alternative Bank Schweiz. ABS Olten.
 20Minuten (2005): Den Chefs immer mehr, den Arbeitern immer weniger. Tageszeitung Region Zürich, 21.6. 05, S. 12
 Rist, M. (1998): Effiziente Wertbildung und faire Wertverteilung. Die polaren Seiten des Wirtschaftens. Rundbriefe zur Sozialökonomie Nr. 1 -11. Band 6, S. 49 - 59 der Schriftenreihe der Johannes Kreyenbühl Akademie, Rütliweg 8, CH-4143 Dornach
 Steiner, R. (1922): Nationalökonomischer Kurs, 6. Vortrag. Phil.-Anthroposophischer Verlag 1931. Dornach

Chancengleichheit für öffentliche Schulen in freier Trägerschaft

„100 Prozent Schule ist nicht für 60 Prozent des Geldes zu bekommen“

Steinbeis-Gutachten in Schleswig-Holstein bestätigt erneut Verstöße gegen die verfassungsgemäße Unterstützung freier Schulen

Der Bund der Freien Waldorfschulen fordert erneut mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft. Eine groß angelegte Studie des Steinbeis-Transferzentrums Wirtschafts- und Sozialmanagement stützt dieses Anliegen. Im Zuge der Untersuchung von Schülerkosten an allgemein bildenden öffentlichen Schulen, die von der in Darmstadt ansässigen Software AG-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, haben die Wissenschaftler ermittelt, was die Schulbildung in Deutschland wirklich kostet. Die Ergebnisse werden nach Bundesländern differenziert veröffentlicht, jetzt liegen die Zahlen für Schleswig-Holstein vor. Wie in Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen kommen die Wissenschaftler auch hier zu dem Ergebnis, dass die tatsächlichen Kosten pro Schüler an staatlichen Schulen deutlich über den bisher veröffentlichten Angaben liegen.

Mit der Diskussion über PISA wurde auch die Frage des Zusammenhangs der Qualität des deutschen Bildungssystems mit den Kosten der Schulausbildung in den Blick gerückt. Freie Schulen erhalten durch die jeweilige Landesgesetzgebung abgesicherte Zuschüsse, die, je nach Höhe der ermittelten Schülerkosten, von Land zu Land variieren. Das entscheidende Fazit der Untersuchung von Schülerkosten in bisher fünf Bundesländern ist jedoch identisch: In allen Fällen liegen sie deutlich über den von den jeweiligen Landesregierungen angenommenen Kosten. Für die Schulen in freier Trägerschaft wie die Waldorfschulen hat das weit reichende Konsequenzen: In ihrer Forderung nach einer angemessenen Unterstützung durch die öffentliche Hand, ist der Vergleich der Ausbildungskosten ein wichtiges Argument; denn die Kosten pro Schüler an öffentlichen Schulen bilden zumeist die Bemessungsgrundlage für die Bezuschussung der freien Schulen.

Bisher hat lediglich ein Bundesland - Hamburg - die Finanzhilfe für freie Schulen an die tatsächlichen Kosten der staatlichen Schüler gekoppelt. In Thüringen dagegen plant die Regierung weitere Kürzungen bei den freien Schulen. „Statt immer neue Haushaltskürzungen zu forcieren, müssen die Länder endlich zu einem ausgewogenen Verhältnis in den Aufwendungen für staatliche und freie Schulen kommen“, fordert

Hans-Jürgen Bader, Justiziar des Bundes der Freien Waldorfschulen. Diese Forderungen sind nicht nur wissenschaftlich, sondern auch verfassungsrechtlich begründet. 1.500 bis 1.600 Euro Schulgeld bezahlen Eltern eines Waldorfschülers im Schnitt pro Jahr, im Einzelfall sogar mehr als 2.000 Euro. Nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts ist das wesentlich mehr, als den Eltern nach dem Sonderungsverbot des Grundgesetzes zugemutet werden darf. Danach sollen freie Schulen für die Kinder aller Bürger unabhängig von ihrem Einkommen zugänglich sein. „Da stellt sich die Frage, was unserer Gesellschaft die Bildung ihrer Kinder wirklich wert ist. 100 Prozent Schule ist eben nicht für 60 Prozent des Geldes zu bekommen“, sagt Bernd Hadewig, Vorstandmitglied des Bundes der Freien Waldorfschulen. „Wie auch die aktuellen Zahlen aus Schleswig-Holstein belegen, entspricht die Bezuschussung definitiv nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben.“ Die Untersuchung auch der Kosten in Thüringen hält er nun für unverzichtbar: „Offenbar muss Bundesland für Bundesland untersucht werden, bis man das Problem auch im letzten Land verstanden hat.“

Quelle: Bund der Freien Waldorfschulen, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-21042-0, <http://www.waldorfschule.info>

Ein Berechnungsmodell mit Signalwirkung

Baden-Württembergs Waldorfschulen kämpfen für Bildungsvielfalt und gerechte Finanzierung

„Lieber Ministerpräsident Oettinger, wir nehmen Sie beim Wort“: Dieser Appell an den baden-württembergischen Regierungschef war auf einigen Plakaten zu lesen, die bei der Podiumsdiskussion mit dem neuen Kultusminister Helmut Rau (CDU), dem Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von FDP/DVP, SPD und der

Grünen sowie Walter Hiller von der Software AG Stiftung in Darmstadt aufgestellt waren. Die Podiumsdiskussion war der Abschluss und Höhepunkt des „Tages der Bildungsvielfalt“ am 6. Oktober in der Stuttgarter Liederhalle. Ziel dieser ganztägigen Veranstaltung der Aktion Bildungsvielfalt, einem Bündnis baden-württembergischer Waldorfschulen, war es, auf die prekäre finanzielle Situation der Waldorfschulen aufmerksam machen. Die Politik sollte an ihr Versprechen erinnert werden, eine gerechtere Bezugsgröße zur Bemessung der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft, das so genannte Bruttokostenmodell, endlich gesetzlich zu verankern.

Das Aktionsbündnis macht sich für den Erhalt der Bildungsvielfalt in Baden-Württemberg stark. Diese sieht die Initiative als gefährdet an, sollten auf Grund fehlender öffentlicher Mittel die Elternbeiträge über den Satz von derzeit durchschnittlich 140 Euro monatlich erhöht werden müssen. Bis zu 5.000 Schüler, Lehrer und Unterstützer der Waldorfschulen hatten sich zu dem Aktionstag in der Liederhalle eingefunden, um mit Darbietungen aus der Unterrichtspraxis, Infoständen, Vorträgen und Diskussionen für ihr Anliegen zu werben. „Wir begrüßen das außerordentliche Engagement der Schulen, das unserer Forderung nach einer gerechteren Finanzierung der freien Waldorfschulen Ausdruck gibt“, sagte Hans-Jürgen Bader, Justiziar des Bundes der Freien Waldorfschulen.

Das Bruttokostenmodell werde noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht, versprach Kultusminister Helmut Rau. In den nächsten Wochen wolle man die entsprechende Novelle des Privatschulgesetzes in den Landtag einbringen. Das Bruttokostenmodell, das von Vertretern der Regierungskoalition aus CDU und FDP/DVP im Einvernehmen mit den Schulen in freier Trägerschaft erarbeitet worden ist, sieht vor, dass sich - anders als bislang - die Zuschüsse des Landes für die Schulen in freier Trägerschaft an den tatsächlichen Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule orientieren. Ministerpräsident Oettinger hatte in seiner Regierungserklärung vom April 2005 in Aussicht gestellt, das bisherige Zuschussmodell noch in diesem Jahr durch ein Bruttokostenmodell abzulösen. „Sie können gar nicht ermessen, was für einen wichtigen Schritt das Bruttokostenmodell für die Waldorfschulen darstellt“, sagte Walter Hiller, langjähriger Geschäftsführer des Bundes der Freien Waldorfschulen und inzwischen Repräsentant der Software AG Stiftung in Darmstadt. Jahrelang hätten die Waldorfschulen für eine faire Berechnungsbasis der Zuschüsse gekämpft. Ein baden-württembergisches Bruttokostenmodell könne durchaus Signalwirkung für die anderen Bundesländer haben, so Hiller weiter. Baden-Württemberg wäre nach Hamburg das zweite Bundesland, das ein solches Berechnungsmodell umsetzt.

In der Podiumsdiskussion wurde allerdings auch deutlich, dass es unter Umständen noch ein langer Weg ist, bis die Waldorfschulen tatsächlich die angestrebte Förderung von 80 Prozent der realen Kosten bekommen. Das könne in Anbetracht der Haushaltslage nur in einem Stufenplan umgesetzt werden, sagte Kultusminister Rau. Wie dieser Stufenplan konkret aussieht, das heißt wann wie viel Geld in den Haushalt eingestellt wird, dazu wollen sich Rau und der Vorsitzende

Finanzhilfeturteil des Bundesverfassungsgerichts von 1987

In dem Urteil heißt es u.a. „Der Staat muß den schulischen Pluralismus auch gegen sich in der Weise garantieren, dass er auf eigenen Akten beruhende Beeinträchtigungen dieses Pluralismus durch staatliche Förderung neutralisiert ... Sollen solche Maßnahmen [Hebung des schulischen Standards und der Lehrerbeseoldung] nicht indirekt zu einer durch Art. 7 Abs. 4 GG verbotenen Benachteiligung der Ersatzschulen führen, so muß der Staat sicherstellen, daß die Verwirklichung seiner bildungs- und sozialpolitischen Ziele nicht auf Kosten der Lebensfähigkeit des privaten Ersatzschulwesens geht“ (II,c). „Kennzeichnend für die Privatschule ist, daß in ihr ein eigenverantwortlich geprägter und verantworteter Unterricht erteilt wird ... Die darin zum Ausdruck kommende Absage an ein staatliches Schulmonopol enthält zugleich eine der freiheitlich demokratischen Grundordnung entsprechende Entscheidung gegen eine Benachteiligung gleichwertiger Ersatzschulen im Verhältnis zu staatlichen Schulen allein wegen andersartiger Erziehungsformen und -inhalte“ (II,1).¹

¹ Zit n. Leber, Stefan, Zur Problematik von Schule und Staat. In: Freie Schule. Flensburger Hefte 6/90, Heft 29, S. 140ff., S. 147.

der FDP/DVP-Fraktion im Landtag, Ulrich Noll, nicht äußern, bevor das Gesetz auf den Weg gebracht ist. Die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien im Landtag, Wolfgang Drexler (SDP) und Winfried Kretschmann (Grüne), äußerten denn auch die Befürchtung, dass die für den Stufenplan benötigten zusätzlichen Gelder nicht vor 2007, dem Beginn des nächsten Haushaltsjahres, eingebracht werden.

Walter Hiller formulierte ein weiteres Anliegen, das er - mit Blick auf das Pisa-Siegerland Finnland - in der Bildungspolitik für besonders wichtig erachtet: mehr Freiheiten für Schulen und Lehrer, konkret vor Ort über die richtigen Schritte und Wege im Unterricht zu entscheiden. Bestärkt sah er sich in dieser Einschätzung durch den Vortrag von Professor Manfred Spitzer, der zu neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung gesprochen und die Bedeutung von Selbstbestimmung und Freiheit für das Lernen hervorgehoben hatte.

Quelle: Bund der Freien Waldorfschulen, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-21042-0, <http://www.waldorfschule.info>

100 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls

**Kurzbericht über die öffentliche
Michaeli-Tagung am 24. September 2005
in Nürnberg**

Wilhelm Neurohr

Zwischen 50 bis zeitweilig 70 Menschen nahmen im Arbeitszentrum Nürnberg (Rudolf-Steiner-Haus) an der öffentlichen Michaeli-Tagung der Anthroposophischen Gesellschaft und der dortigen Dreigliederungs-Arbeitsgruppe um Wolfgang Ritter teil, die unter dem Tagungsthema „100 Jahre anthroposophischer Sozialimpuls“ stand.

Einleitend hielt Prof. Dr. Manfred Krüger einen Vortrag **„Arbeit und Freiheit - Vom Ursprung des Sozialimpulses“** mit anschließender Aussprache. Er knüpfte an Adams Sündenfall an und dessen Umkehrung im „Wendemysterium“ (in der Auferweckung des Lazarus, dem Sohn Kains) als Sinn der Menschheitsentwicklung im Bewusstwerdungsprozess der Nachkommen: Durch Freiheit eröffnet sich der Sinn der Arbeit: Im Paradies gab es keine Arbeit, aber auch keine Freiheit und Entwicklung. Arbeit führt zur Freiheit; Freiheit ist das Ziel. Wenn Arbeit eine Strafe Gottes ist, dann ist Arbeitslosigkeit das Paradies. Arbeit als Strafe hängt mit Herrschaft und Knechtschaft zusammen: Gott war der Herr und der Mensch sein Diener. Mit der Tätigkeit des Dieners einher ging die Anerkennung einer übergeordneten Persönlichkeit, eines Herrn.

Es folgen im Arbeitsleben Selbstbewusstsein und Selbstverlorenheit, die Rückkehr in sich selbst durch Anerkennung durch die anderen. In der Arbeit für andere wird gewissermaßen das eigene Verschwinden aufgehoben (Bilden statt Auflösen). Umgekehrt gerät der Herr in Abhängigkeit vom Arbeitenden. Er verzichtet auf die Arbeit für andere und damit auf den Genuss von Arbeit. Selbstbewusstes Dienen ermöglicht Verwirklichung in der Arbeit, durch die man sein Können und sein schöpferisches Vermögen erfährt. Dadurch ist man nicht mehr abhängig von gegenseitiger Anerkennung. Arbeit macht selbstbewusst und psychisch gesund.

Aus dem Ruhrgebiet war *Wilhelm Neurohr* nach Nürnberg eingeladen worden, um zwei Vorträge zum Tagungsthema mit Aussprachen zu halten, zunächst zum Thema: **„Spiritualität ohne kraftvolles soziales Engagement?“** (Der Vortragstext ist erhältlich unter E-Mail: Wilhelm.Neurohr@web.de). Dem grundlegenden Vortrag folgte nach der Pause sein Praxisbericht über **„Zivilgesellschaftliche Keime für eine andere Lebens- und Wirtschaftsweise“**. In der Ankündigung hieß es: „Der anthroposophische Sozialimpuls der sozialen Dreigliederung in der geänderten heutigen Zeitlage erfordert mehr michaelischen Mut und Willenskraft denn je: Gut 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Osten wird es vielleicht keine 15 Jahre mehr dauern bis zum Zusammenbruch des neoliberalen Kapitalistischen Systems im Westen und global - ein nur scheinbar erfolgreiches System, das sich zu Tode siegt.“

Politische und wirtschaftliche Systeme vertragen nach Auffassung des Vortragenden keine Ideologien als Fundament, sondern eine den Gesetzen des Lebens, der Menschen und der Natur entsprechende Sozialgestaltung. „Die Rede ist bereits von der nachökonomischen Gesellschaft - sind wir aber auf diese vorbereitet mit sozialen Ideen aus spirituellen Quellen? Der übermächtigen Wirtschaft steht kein hinreichender politisch-rechtlicher Bereich gegenüber, geschweige ein wirklich unabhängiges Kultur- und Geistesleben. Die historischen Versäumnisse der zu schwachen anthroposophischen Dreigliederungsbewegung können ausgeglichen werden durch weltweite zivilgesellschaftliche Vernetzungen zugunsten einer anderen Welt, die möglich ist, wenn Spiritualität mit kraftvollem sozialem Engagement einhergeht. Dafür gibt es vielfältige Ansätze, die uns Zukunftshoffnung geben. In diesem Sinne ist die Soziale Dreigliederung als der michaelische Christusimpuls unserer Zeit zu begreifen und zu ergreifen.“

Im Weiteren ging er darauf ein, dass die soziale Frage nicht nur auf kleine Menschengemeinschaften, Staaten oder Völker beschränkt sei, sondern eine Menschheitsaufgabe darstelle, - die aber an jedem Ort anders gelöst werden müsse nach den spezifischen Verhältnissen und zum Wohle des Ganzen. Die soziale Frage sei heute ein Kampf um die spirituelle Identität der Menschen in einer kommerzialisierten Welt, bei dem vor allem die Befreiung von der Lohnarbeit erfolgen müsse zugunsten eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Abkehr von der Arbeitskraft als handelbare Ware auf dem Markt sei die Voraussetzung für Menschenwürde. Eine menschliche Welt könne nur noch durch die freie Zusammenarbeit von Individuen geleistet werden, durch spirituelle Entwicklung der Ein-

zelen. Spiritualität werde zum Prüfstein von Sozialität. Wer jedoch glaube, ein spirituelles Leben zu führen, ohne sich für das Soziale verantwortlich zu fühlen und sich dort tätig mit einzubringen, der sei alles andere als spirituell. Das Soziale müsse man nicht nur denken, sondern auch wollen.

Sozialität im michaelischen Zeitalter bedeute die Überwindung von egoistischem Nationalitäts- und Religionsbewusstsein, das Erwachen eines kosmopolitischen Weltbürgerbewusstseins, die Spiritualisierung des Alltags, indem das geistig Wirksame hinter dem Materiellen gesehen werde, ferner das Handeln aus Freiheit und die Vertrauenskraft zwischen den Menschen sowie den Mut zum Unkonventionellen und Neuen, noch nie Dagewesenen, schließlich das Handeln aus Geistesgegenwart. Die Gesellschaft als Gemeinschaft könne nur durch jeden Einzelnen eine soziale Entwicklung durchmachen, deshalb dürfe niemand ausgegrenzt werden. Jeder habe ein Lebensrecht und damit ein Recht auf Einkommen, unabhängig von einem Erwerbsarbeitsplatz.

Der absehbare Zusammenbruch des neoliberalen Kapitalismus, dessen Scheitern schon abzulesen sei an der Unfähigkeit, das Nord-Süd-Gefälle auf dieser Erde auszugleichen, sei eine Chance für die zum Handeln aufgebrochene Zivilgesellschaft, nachdem von den Parteien und Parlamenten nichts Zukunftsfähiges mehr zu erwarten sei. In äußerlich schweren Zeiten sei Spiritualität im sozialen Alltag die Handlungsleitende innere Kraft, die heutzutage nicht allein durch Meditation erreichbar sei, sondern durch Menschenbegegnung und soziale Erfahrungen. Die Menschheit als Schicksalsgemeinschaft komme an der spirituellen Lösung der sozialen Frage nicht vorbei, wie die weltbewegenden Ereignisse seit dem Milleniumwechsel zeigten. Das Politische wolle geistig-spirituell durchdrungen werden.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung sei eine soziale, kulturelle und spirituelle Kraft. Das 21. Jahrhundert wolle eigentlich ein soziales, friedliches und spirituelles Jahrhundert werden, ein Jahrhundert der individuellen Verantwortung für die globalen Entwicklungen und die Mitmenschen. Deshalb sei gelebte Spiritualität von Millionen sozial engagierten Menschen in der Zivilgesellschaft, die aus freiem Entschluss die Welt neu zu gestalten beginnen und auch ihr eigenes Leben verändern, die Zukunftshoffnung. Der Zeitgeist Michaels lebe in diesen kulturellen Bestrebungen der Zivilgesellschaft.

Bei seinem zweiten Vortrag wurde *Wilhelm Neurohr* gebeten, von seinen eigenen Tätigkeitsfeldern und Projekten zu berichten. Er verdeutlichte, dass sich soziales Leben überall abspielt, die soziale Dreigliederung überall im sozialen Geschehen veranlagt sei - überall, wo die Dreigliederung fehle, würden die Menschen krank an den sozialen Zuständen - und deshalb die Dreigliederung sich nicht auf gelegentliche Projektarbeit beschränken könne, sondern lebensbegleitend sei und die Gesamtentwicklung und -betätigung des sozial tätigen Individuums biografisch präge. An seiner eigenen 55-jährigen Biografie, beginnend mit seiner Tätigkeit im Bergbau ab dem 14. Lebensjahr als Bergarbeitersohn im Ruhrgebiet und im Weiteren durch ein politisches und berufliches sowie öffentliches Leben, zeigte er die Stationen und Betätigungen sowie Erfahrungen und Begegnungen auf, die ihn zur sozi-

alen Dreigliederung führten und ihn und seine Projektarbeit damit verbinden. Bei allem komme es auf die michaelischen Willenskräfte an, die geistiger Natur sind und weit in die Zukunft reichen. Daran schloss sich ein lebhaftes Gespräch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an.

Nach der Eurythmievorführung der Bühne Nürnberg - „Bruderschaftsfähigkeit finden durch einen neuen Weg zur eigenen Mitte“ - folgte der Abschlussvortrag von *Gerd Schmäcke*: **„Ora et labora - Menschenarbeit als Bruderschaft und Daseinskampf“**. Arbeit sei in unserer Zeit die Quelle großer Angst und der Grund für Überforderung und Hetze. Am Bildschirmarbeitsplatz oder im Maschinentakt seien Arbeit und Gebet nur schwer zu vereinen, da dort Gott weitab von allen Menschennöten zu weilen scheint. Der Redner stellte die Frage, ob nicht gerade dieser Bruch der eigentliche Grund dafür sei, dass Arbeit menschenfeindlich wurde und das Gebet im Wirtschaftsleben sinnentleert erscheint. Die technische Entwicklung müsse deshalb laut Rudolf Steiner ihren starken Widerpart in neuem Geistesbewusstsein finden, weil sonst die ganze Menschheit in kurzer Zeit in allergrößte Seelennöte stürzen werde. Wenn Arbeitstugenden wie Fleiß, Verlässlichkeit, Gemeinschaftssinn und Achtung vor der Menschenwürde verloren gehen, seien zerstörerischen Kräften Tür und Tor geöffnet. Gerd Schmäcke stellte die Frage: Wie muss Arbeit sich gestalten, um sich bloßem Wirtschaftsegoismus zu entwinden? In Wort und Bild machte sein Vortrag dann erlebbar, dass durch den Zeitgeist Michael mindestens gleichermaßen starkes Licht in die Menschenseelen fließt, wie umgekehrt auch aggressive Finsternisse dieses Höhenlicht in menschliche Zerstörungskräfte wandeln wollen. Alles komme jetzt sehr auf jene Menschen an, die nicht diesen Erdennöten wichen und sich dennoch die Bruderschaft im Daseinskampf bewahren.

Gendreck weg

Die Schweiz erteilt der grünen Gentechnik eine Absage

In einer Volksabstimmung haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz überraschend klar für ein befristetes Verbot von gentechnisch manipulierten Produkten ausgesprochen. Die Bürger stimmten damit gegen ihre Regierung. Während eines Zeitraums von fünf Jahren ist der Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen und die Einfuhr von veränderten tierischen Organismen verboten. Die Gentechnik-Initiative wurde von Umweltverbänden, Verbraucherschützern und Bauernorganisationen getragen. Sie erhielt über 1,1 Millionen Ja-Stimmen (55,7 Prozent), 896.000 stimmten mit Nein, das sind 44,3 Prozent. Da keiner der 26 Kantone die Initiative ablehnte, ist sie damit angenommen. Dagegen hatten sich Regierung, Parlament, Industrieverbände und die großen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Grünen, ausgesprochen. (Quelle dpa, 27.11.05)

Termine und Initiativen

Die Große Koalition verlangt: Die mündige Demokratie verwirklichen

Ein Aufruf zur Willensbekundung für das Grundrecht der Volksgesetzgebung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

1. Mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurde nach der Wahl vom 18. September von den Parteien und den Medien davon geredet und geschrieben, das „schwierige“ Ergebnis sei nun mal das, was „der Souverän, der Wähler“ so gewollt habe. Diese Behauptung unterstellt den „Wähler“ mit einem bestimmten politischen Willen. Doch bei der Wahl bildet sich ein solcher Wille nicht. Hier gibt es nur die Einzelwillen, die im Wahlergebnis als bloße statistische Zahl, wie sich die abgegebenen Stimmen auf die gewählten Parteien verteilen, erscheinen. Mehr nicht.

2. Auch wenn dieses Ergebnis dann, des Regierens wegen, eine Koalitionsbildung nötig macht, ist das keineswegs Ausdruck des Wählerwillens. Vielmehr der Zwang - dieses Mal zu einer „Großen Koalition“ -, der sich aus dem politischen System ergibt, das wir in Deutschland praktizieren: Einen Parlamentarismus, der dem Volk nur eine einzige Möglichkeit zur Willensbekundung lässt: Sich bis zur nächsten Wahl selbst zu entmündigen, das heißt in den Zustand einer Willenslähmung, einer bloßen Zuschauerrolle zu versetzen und statt der politischen Selbstbestimmung sich der Vormundschaft des Parlaments zu fügen.

3. Wir haben die Initiative ergriffen, um diesen unwürdigen Zustand zu beenden. Es soll darum gehen, jetzt den Schritt zur Begründung einer mündigen Demokratie zu unternehmen. Unabhängig davon, ob man gegenüber der Großen Koalition und ihrem Programm positive oder negative Erwartungen hegt, auf Verbesserungen hofft oder eben dies für illusionär hält, ist es zur Feststellung des Gemeinwillens notwendig, dass wir als Rechtsgemeinschaft künftig jederzeit auf dem direktdemokratischen Weg der Volksgesetzgebung über das Gemeinwohl verbindlich entscheiden können.

Diese Forderung haben wir auf dem Weg einer „Öffentlichen Petition“ an den Deutschen Bundestag

und insbesondere an die Parteien der Großen Koalition gerichtet.

4. Erfahrungsgemäß wird das Ziel um so eher zu erreichen sein, als möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ihren Willen zur Unterstützung der Petition bekunden. Am einfachsten über das Internet auf der Seite des Petitionsausschusses www.bundestag.de! Öffentliche Petitionen oder auf der Homepage der Initiative, wo man auch den vollständigen Text der Petition, weitere Informationen zur Sache und ein Diskussionsforum findet: www.wirsinddeutschland.org

Mit der Petition richten wir an den Deutschen Bundestag im allgemeinen und an die Parteien der Koalition im besonderen die Forderung, alsbald ein Gesetz zu beschließen, welches dem Souverän der Bundesrepublik Deutschland die Gelegenheit verschafft, mit einem Volksentscheid festzustellen, ob die Mehrheit der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dem hier vertretenen Anliegen, das Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 durch die Ermöglichung der dreistufigen Volksgesetzgebung auszugestalten, beitreten will.

Damit die Volksgesetzgebung nicht missbraucht werden kann, müssen in der entsprechenden verfassungsrechtlichen Regelung folgende vier Kernpunkte, auf welche sich die Willensbekundung bezieht, Berücksichtigung finden:

1) Das Recht von mindestens fünfzigtausend Stimmberechtigten, dem Bundestag einen Gesetzesvorschlag einzureichen. [Volksinitiative]

2) Das Recht, ein Volksbegehren einzuleiten, wenn der Bundestag dem Vorschlag nicht innerhalb eines halben Jahres zustimmen sollte. Das Volksbegehren muss dann innerhalb eines Jahres stattfinden und während dieser Zeit bei freier Unterschriftensammlung mindestens eine Million Stimmberechtigte auf sich vereinen.

3) Bei erfolgreichem Volksbegehren das Recht zum Volksentscheid innerhalb eines weiteren Jahres, wobei die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen entscheidet.

4) In der Zeit zwischen einem erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehren und dem Volksentscheid hat das Pro und Contra in den Massenmedien das Recht zur gleichberechtigten Information und Teilnahme an den Diskussionen über den Abstimmungsgegenstand. [Medienbedingung]

Wer keinen Internetanschluss hat, kann seine Willensbekundung auch per Post oder Fax schicken. Text: „Ich bin in der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen berechtigt und unterstütze die in der Petition der Initiative ‘Wir sind Deutschland - Volksgesetzgebung jetzt’ vorgeschlagene verfassungsrechtliche Regelung für die dreistufige Volksgesetzgebung.“ Name/Vorname, Adresse, Datum, Unterschrift. Adressieren an: „Wir sind Deutschland“, c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, D- 88147 Achberg, Fax +49 (0) 8380-675. Zur Finanzierung der Aktion sind Spenden erbeten auf das Konto des Int. Kulturzentr. Achberg, VoBa Wangen BLZ 650 920 10 KtoNr. 34 425 004 Stichwort: I.M.C.

Sechstes Weltsozialforum, Viertes Europäisches Sozialforum

Das sechste Weltsozialforum (WSF) findet im Januar bzw. März 2006 statt. Es gibt drei Veranstaltungsorte: Caracas in Venezuela / (Latein)Amerika, Bamako in Mali / Afrika und Karachi in Pakistan / Asien (letzteres im März). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils Zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. Zuletzt fand das Weltsozialforum im Januar 2005 - zum vierten Male - in Porto Alegre mit über 155.000 TeilnehmerInnen aus aller Welt statt. Allein aus Deutschland beteiligten sich ca. 50 Organisationen, ca. die Hälfte davon mit eigenen Veranstaltungen.

Die Dreiteilung dieses Weltsozialforum bietet die Chance, den Geist der Sozialforumsbewegung in Regionen zu bringen, aus denen bisher nur sehr wenige Menschen am WSF teilnehmen konnten. Dies gilt vor allem für Mali, da in Afrika bisher noch kein WSF stattfand. Mali ist auch der Test, ob das für 2007 angedachte siebte WSF, welches dann nur in Afrika stattfinden soll, tatsächlich dort veranstaltet werden kann. Völlig offen ist dagegen, welches Echo die drei vergleichsweise kleinen WSF in der Weltöffentlichkeit haben werden.

Das 4. Europäische Sozialforum findet in der Zeit vom 4. bis 7. Mai 2006 in Athen statt.

Folgende Themenbereiche sind vorgesehen (Stand: 25.09.2005):

1. Krieg und Frieden (Besatzung des Irak, Mittlerer Osten, Palästina), Militarisierung in Europa, Militärbasen. Kosovo. Afrika. Antikriegsbewegung //
2. Europa in der liberalen Globalisierung: WTO, G-8, internationale Organisationen ... //
3. Die MigrantInnen in Europa: Recht auf Asyl, Gleichheit der Rechte //
4. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus //
5. Anerkennung der sozialen Rechte als Kollektivgüter, öffentliche Dienstleistungen, soziale Sicherung //
6. Prekarität, Armut, Ausschluss //
7. Arbeitsplätze: Produktivität, Wachstum, Arbeitslosigkeit/Vollbeschäftigung //
8. Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Energie, Wasser, Klima //
9. Wie soll die Demokratie in Europa aussehen und welche Grundrechte soll es geben? Staatsbürgerschaft, Föderalismus, Status der Staaten, der Völker ohne Staat, europäische Institutionen //
10. Wirtschaftspolitik in Europa (Zentralbank, Stabilitätspakt) //
11. Recht auf Bildung und Ausbildung, Kultur, Stellenwert der Medien //
12. Die feministische Alternative //
13. Landwirtschaft, Recht auf Selbstbestimmung über Nahrungsmittel, die Bauern in Europa //
14. Wohin geht die Europäische Union? //
15. Strategie der Bewegung: Von Seattle bis heute //
16. Sicherheitspolitik und Repression in Europa.

Quelle: <http://weltsozialforum.org/2006/index.html>

GLS Akademie

Seminarübersicht für das 1. Halbjahr 2006

Public Relations für Non-Profit-Unternehmen Kommunikation als Erfolgsfaktor - 08.02., 07.03., 31.05.; München, Berlin, Bochum.

Mittelbeschaffung in schwierigen Zeiten - Bausteine eines systematischen Fundraising - 09.02., 08.03., 28.04., 01.06.; München, Berlin, Freiburg, Bochum.

Erfolgreiche Texte, bessere Briefe - ein Schreibtraining für alle - 07.02., 06.03., 30.05.; Stuttgart, Berlin, Bochum.

Zeitgemäße Rechtsstrukturen für gemeinnützige Einrichtungen - 21.03.; Freiburg.

Bio in der Großküche - Praktische Wege zu einer gesunden und wirtschaftlichen Gemeinschaftsverpflegung - 31.03.; Frankfurt.

Haftungsrisiken bei Krise und Insolvenz im Bereich gemeinnütziger Einrichtungen - 14.03.; Stuttgart.

Wie gründe ich eine Stiftung? - 19.05.; Hamburg.

Arbeitsrecht in gemeinnützigen Einrichtungen - 23.02., 28.03.; Bochum, Frankfurt.

Mitarbeiter gewinnen - eine entscheidende Aufgabe - 15.02., 03.05.; Bochum, Hamburg.

Veränderungsprozesse wirksam gestalten - 05.04., 10.05.; Stuttgart, Bochum.

Electronic Banking - sicher und effizient einsetzen - 25.04.; Bochum.

Elternbeiträge an Waldorfschulen - rechtliche Vorgaben, Gerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit - 12.05.; Stuttgart.

Teilnahmegebühr pro Tagesseminar (max. 16 Teilnehmer/innen) 230 EUR.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: GLS Akademie, Uschi Vortisch, Christstr. 9, 44789 Bochum, Tel.: 0234 - 5797-126, Fax: 0234 - 5797-188, akademie@gls.de

Social Banking

Neue Studienangebote zu ethisch-ökologischem und sozialem Bank- und Geldwesen

Annette Massmann

Das Institute for Social Banking - Training and Research (ISB) wurde 2005 gegründet. Es ist ein Kooperationsprojekt von zehn europäischen, wertorientierten Banken, u. a. der GLS Gemeinschaftsbank und der Triodos Bank. 2006 bietet das Institute for Social Banking - Training and Research verschiedene Studienmöglichkeiten zu ethisch-ökologisch und sozial orientiertem Bank- und Finanzwesen an.

Summer School on Social Banking - TransFormation

Vom 21. - 30. Juli 2006 startet in diesem Rahmen die erste internationale Summer School on Social Banking in der Akademie Mont Cenis, Herne. Zehn Tage lang haben Studierende, junge Berufstätige und Auszubildende während der Summer School die Möglichkeit, herausragende Führungskräfte aus dem internationalen sozial, ethisch und ökologisch orientierten Bankwesen kennen zu lernen und zu Unternehmern des Sektors in Kontakt zu treten.

TransFormation vermittelt einen Überblick über alle Themenfelder des wertorientierten Bankwesens - zu zentralen sozialen, politischen und ökonomischen Themen und ihrem Bezug zu Geld- und Bankwesen, ebenso wie den Instrumenten des wertorientierten Bankwesens, zu Kommunikation und Management - einschließlich der Personalentwicklung und dem Austausch praktischer Erfahrungen aus diesem Bereich.

Direkter Austausch mit internationalen Experten

„Die Studierenden haben die Möglichkeit, nicht nur zuzuhören, sondern mit internationalen Experten direkt in engen Austausch zu treten“, so die Programmverantwortliche Dr. Annette Massmann. Einblicke in zentrale Themenfelder des alternativen Bankwesens sowie zu Ansätzen und Begriffen von Geld, Kapital und Zins vermitteln Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland.

Interaktive theoretische und künstlerische Workshops, Kleingruppenarbeit sowie eigenständige Forschungsarbeit und Fallstudien prägen die Zeit der Summer School genauso wie ein abwechslungsreiches Abendprogramm, das öffentlich ist.

Eine Zukunftskonferenz rundet die Veranstaltung ab: Hier können Studierende Ansätze für ein wertorientiert arbeitendes Bankwesen entwickeln und mit Anderen erste Schritte für eigene Initiativen und Forschungsvorhaben formulieren. Weitere Informationen finden Interessierte auf den Internetseiten des ISB unter www.social-banking.org.

Master in Social Banking ab September 2006

Im September 2006 beginnt - in enger Kooperation mit der Universität Plymouth und der Initiative für Praxisforschung, Solothurn/Schweiz - der erste Master-Studiengang zu Social Banking. Das international ausgerichtete Studienprogramm (Dozenten/Studierende/Inhalte) ist als Praxis forschender Master berufsbegleitend angelegt. Fragen zu Management in wertorientierten Unternehmen wie auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Social Banking, den aktuellen Ansätzen, Methoden und Instrumenten, nehmen breiten Raum ein.

Drei Jahre lang dauert das Studium, das zum europaweit anerkannten Abschluss „Master in Social Banking“ führt. Der Pilotdurchgang findet überwiegend in regionalen Studiengruppen zwischen Bochum, Brüssel und

Zeist (NL) statt. Der Studiengang richtet sich an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich des Bank- und Finanzwesens, die aus ihrer konkreten praktischen Tätigkeit heraus diesen Sektor weiter entwickeln wollen. Mehr Informationen hierzu finden Interessierte ebenfalls auf den Internetseiten des ISB: www.social-banking.org.

Weitere Infos: Institute for Social Banking C/O GLS Treuhand e.V. Christstraße 9, 44789 Bochum, Tel.: 0234 - 5797 - 185, Fax: 0234 - 5797 - 188, www.social-banking.org, E-Mail: Annette.Massmann@gls.de

Identität und Offenheit

Auf der Suche nach einer neuen Landwirtschaftskultur Landwirtschaftliche Tagung, 1. bis 4. Februar 2006 in Dornach

Nikolai Fuchs, Stefan O. Mahlich

Offenheit und Identität bedingen sich gegenseitig und sind zwei Seiten einer Medaille. Der Suche nach einer neuen Landwirtschaftskultur können beide Gesetzen zu Grunde liegen. Neues wächst seiner keimhaften Natur nach oft im Stillen und Geborgenen. Im weiteren Verlauf kommt es zunehmend zur Auseinandersetzung mit der Umwelt.

Diese will das Neue, das Andersartige, zumeist sich selbst angleichen. In der konstruktiven Auseinandersetzung zwischen Identität und Offenheit, in der Interaktion und im gegenseitigen Abschleifen, schlummert ein Entwicklungspotenzial. Die biologisch-dynamische Bewegung feierte im vergangenen Jahr ihr 80-jähriges Bestehen. Der Öko-Landbau ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Gleichzeitig wird die drohende Konventionalisierung des Öko-Landbaus debattiert; es werden Stimmen laut, die zur Wiederanknüpfung an die früheren (Inspirations-) Quellen aufrufen.

Auf der Suche nach einer neuen Landwirtschafts-

kultur: Wo alte Traditionsströme zunehmend versiegen, „der Markt“ sich mit „seinem“ Preiswettbewerb eine eigene - industrielle - Landwirtschaft geschaffen hat, ist die Frage umso aktueller: Wie wird die Landwirtschaft der Zukunft beschaffen sein? Entwicklung braucht einen kulturellen Kern, doch woraus schöpft dieser seine Kraft? Wo Elemente wie fair, entschleunigt, ethisch Merkmale einer zukünftigen Kultur sein sollen, hat die Begegnung einen zentralen Stellenwert und kann ein Kraftpotenzial für die Zukunft entfalten.

Die Landwirtschaftliche Tagung 2006 will der Begegnung und der Besinnung auf Identität und Offenheit und der Suche nach einer neuen Landwirtschaftskultur Raum geben.

Programminhalt: 9 Vorträge u.a. mit Professor Dr. Herta Däubler-Gmelin und Renate Künast // **12 Foren** u.a. zu Biologisch-dynamischer Landbau und Gentechnik, Permakultur, Organisch-biologischer Landbau, Slow food, Fairtrade) // **15 Seminare, 16 Arbeitsgruppen** und **künstlerische Beiträge** von Assia Cunego (Harfe) und Clown Dimitri mit seinem Stück *Ritratto*.

Programm und Anmeldeunterlagen: Sektion für Landwirtschaft, Hügelpweg 59, CH 4143 Dornach, E-Mail: Sektion.Landwirtschaft@Goetheanum.ch, Internet: www.sektion-landwirtschaft.org

Veranstaltungen zum Thema „Grundeinkommen“

Das Interfakultative Institut für Entrepreneurship, dessen Leiter der Gründer und Geschäftsführer von dm Drogerie Markt Prof. Götz W. Werner ist, führt vom 23. - 25. Februar 2006 ein Symposium zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil einer modernen Sozialen Marktwirtschaft durch. Dabei sollen unter anderem die Möglichkeit und Auswirkungen der Finanzierung des Grundeinkommens aus Mitteln der Konsumsteuer erörtert werden. An dem Kolloquium werden u.a. auch Prof. Michael Opielka, Prof. Harald Spehl und Christoph Strawe teilnehmen.

Am Freitag, dem 17. März 2006 spricht Götz Werner um 20 Uhr in Stuttgart über „Radikalreform statt Banalreform - Warum wir ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen“. Am Samstag, dem 18. März, findet dann von 9 bis 18 Uhr unter dem Titel „Das bedingungslose Grundeinkommen - ein Menschenrecht auf Einkommen und selbstbestimmte Arbeit für alle?“ ein Kolloquium über die „Vision eines Gemeinwesens ohne Arbeitszwang“ statt, an dem neben Götz Werner, Michael Opielka und C. Strawe auch Werner Rätz vom Koordinierungskreis vom Attac teilnimmt.

Die Stuttgarter Veranstaltungen sind öffentlich. Sie finden voraussichtlich beide im Forum 3, Gymnasiumstraße 21 statt (Tel. 0711- 290372, Internet www.forum3.de).

Von Freitag, 30. Juni bis Sonntag, 2. Juli 2006 findet im Rahmen der Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ ein Seminar „Die Idee des Grundeinkommens: Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung“ mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl, C. Strawe und Michael Ross statt. Ort: Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Alle 261, D-34131 Kassel.

Näheres beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44, D-70188 Stuttgart, Fax: +49(0) 711 - 2360218, E-Mail: Institut@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de/fortbild.htm. Die Einzelheiten des Programm finden Sie auch auf der letzten Seite dieses Heftes.

Ein neuer Vertriebsweg für sozialtherapeutische Werkstätten

**Der Internet-Shop der Ursprung
Handelsverbund GmbH**

Manfred Trautwein // Michael Kattwinkel

Die Integration der Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt war und ist das Ziel unserer sozialtherapeutischen Einrichtungen. Zu diesem Zweck entstehen in den Werkstätten in einem handwerklich geprägten Herstellungsprozess einerseits hochwertige Produkte, die überwiegend im unmittelbaren Wirtschaftsraum angeboten werden; andererseits werden Dienstleistungen und Lohnaufträge übernommen.

Die Produktivität in den Werkstätten gewinnt, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen in der Gesellschaft, zunehmend an Bedeutung und schafft neue Herausforderungen sich zu behaupten.

Dabei sind auch Globalisierungstendenzen und die Osterweiterung der EU Faktoren, die den Markt, auf dem die Werkstätten agieren, beeinflussen (u.a. Lohndumping, Preisverfall). Die Auswirkungen eines solchen Wandels müssen durch kreative, gegenläufige Impulse aufgefangen werden, um die Beschäftigung der Menschen in den Werkstätten abzusichern.

Aus diesem Grunde bildete sich aus der Mitte der bereits im Fachbereich Werkstätten zusammen geschlossenen sozialtherapeutischen Einrichtungen ein Arbeitskreis mit der Aufgabe, eine neue gemeinsame Strategie für den Vertrieb der Produkte zu entwerfen und in die Welt zu tragen. Der Arbeitskreis wurde begleitet und unterstützt von dem „Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit e.V.“. Ein entscheidendes Kriterium für die Auswahl des Weges war, dass er allen Werkstätten offen stehen sollte.

Die Initiative des Arbeitskreises regte 13 Werkstätten von Woppswede über Wuppertal bis zum Bodensee dazu an, für die gemeinsame Vermarktung der Produkte aller anthroposophischen Werkstätten im Bundesgebiet die Ursprung Handelsverbund GmbH zu gründen. Der Name Ursprung steht für die Qualität der meist aus natürlichen Materialien gefertigten Produkte. Der Handelsverbund als organisatorische Form bringt die gegenseitige Unterstützung und das brüderliche Miteinander zum Ausdruck, die die Zusammenarbeit prägen.

Die Ursprung Handelsverbund GmbH entwickelte in Kooperation mit einem Marketing-Berater einen Internet-Shop, der einerseits den Anforderungen an eine zeitgemäße Kundenbeziehung entspricht, andererseits die wirtschaftliche Basis der sozialtherapeutischen Einrichtungen erweitert. Der Internet-Shop bietet den beteiligten Werkstätten erstmals die Möglichkeit, ihre Produkte überregional anzubieten und ergänzt damit die bisherigen Vertriebsstrukturen Werkstattladen, lokaler Markt und Handel. Die zu erwartende Absatzsteigerung fördert eine optimale

Werkstattauslastung, mit der auch dem ideellen Ziel der Werkstätten gedient ist, den dort tätigen Menschen über ihre Arbeitsleistung ein sinnvolles Leben und die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Alle Werkstätten, die den neuen Internet-Shop als Plattform für hochwertige Produkte nutzen möchten, können sich diesem offenen Projekt anschließen. Im Internet-Shop ist die gesamte Produktpalette von der Babyausstattung über Kinderspielzeug bis zu Möbeln und Wohnaccessoires vertreten.

Der neue Internet-Shop ist zu finden unter www.ursprung-handelsverbund.de

Kongress „Bildung ist mehr als Lernen“

Andreas Neider

Von Freitag, den 20. Januar bis Sonntag, den 22. Januar 2006 wird in Stuttgart wieder ein Kongress der Agentur „Von Mensch zu Mensch“ in Zusammenarbeit mit dem Bund der Freien Waldorfschulen, der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten und „gesundheit aktiv - anthroposophische heilkunst e.V.“ stattfinden.

Die Bildungslandschaft ist seit den PISA-Studien stark in Bewegung geraten, wobei sich ein Fokus der Diskussion sehr schnell auf den Kindergartenbereich und die Frage nach einer früheren Einschulung konzentriert hat. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie den Kindern möglichst früh möglichst viel Wissen vermittelt werden kann. Die Ergebnisse der Hirnforschung werden in diesem Kontext gerne dazu benutzt, um eine frühe Wissensvermittlung zu rechtfertigen. Entsprechende Bildungspläne sind in den letzten Jahren, von Bundesland zu Bundesland verschiedenen, in Auftrag gegeben und zum Teil auch verabschiedet worden.

In dieser bewegten Phase einer Neuorientierung des Bildungswesens möchte unser Kongress 2006 sich wieder der Kernfrage zuwenden, nämlich: Was verlangt die Entwicklung des Kindes um ihrer selbst willen? Nicht die Frage nach dem gesellschaftlichen Mehrwert von Bildung, sondern die Frage nach dem Menschen bildenden Wert der Erziehung, soll im Vordergrund stehen. Dabei kommt es vor allem auch auf eine engere Zusammenarbeit von Kindergarten und Schule an, weil Bildung ein Prozess ist, der letztlich mit der Geburt beginnt und bis zum Beruf hinführt. Das Motto des Kongresses lautet daher: „Kindergarten und Schule im Dialog“.

Wir möchten mit dem Kongress „Bildung ist mehr als Lernen“, interdisziplinäre und zukunftsgerichtete Ansätze vorstellen und ins Gespräch bringen und haben für die Vorträge DozentInnen aus dem Bereich der Erziehungswissenschaften (Prof. Christian Rittelmeyer), der Neurobiologie (Prof. Gerald Hüther), der Entwicklungspsychologie (Georg Kühlewind), der Medizin (Dr. Jan

Vagedes) und der Waldorfpädagogik (Geseko Lundgren, Peter Singer und Sylvia Bardt) eingeladen. In 15 Seminaren sollen außerdem besondere Arbeitsfelder wie die Bedeutung des kindlichen Spiels im Kindergarten- und Schulalter, die musikalisch-künstlerische Erziehung, die Sprachentwicklung, autonomes Lernen, Bewegungserziehung u.a. berücksichtigt und aus unterschiedlichsten Perspektiven erarbeitet werden.

Angesprochen werden mit diesem Kongress alle pädagogisch oder therapeutisch Tätigen, Erzieher, Lehrer, Eltern, Therapeuten, Heilpädagogen, Ärzte sowohl aus dem Bildungswesen in freier wie auch staatlicher Trägerschaft. Der Kongress kann als Fortbildungsveranstaltung bescheinigt werden.

Nähere Informationen und Anmeldung bei: Agentur „Von Mensch zu Mensch“, Andreas Neider und Laurence Godard, Zur Uhlandshöhe 10, D-70188 Stuttgart. Tel.: 0711 - 248 50 97, Fax 0711- 248 50 99, aneider@gmx.de. Anmeldung im Internet: www.bildung-ist-mehr.de.

Schon über 3.000 Unterschriften für ein neues Volksbegehren

Weiterhin große Anstrengungen nötig

Das Bündnis „Mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ will den Weg frei machen für faire Bürgerentscheide. Ihm gehören zahlreiche gesellschaftliche Gruppen an, unter ihnen auch die Initiative Netzwerk Dreigliederung. Sie unterstützt die Kampagne aus der Überzeugung heraus, dass faire Bürgerbegehren und -entscheide es freien Initiativen aus der Zivilgesellschaft ermöglichen, im politischen Prozess wirksam zu werden.

Das Bündnis will den Anwendungsbereich für Bürgerbegehren und -entscheide deutlich erweitern und damit die Wahrnehmung dieses Instruments erleichtern. Hierzu hat es einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Da die Landestagsmehrheit im Juli 2005 nur halbherzige Verbesserungen beim Bürgerentscheid vorgenommen hat, werden nun Unterschriften für einen Zulassungsantrag für ein Volksbegehren gesammelt. Für solch einen Antrag, über dessen Einbringen nach der Landtagswahl im März 2006 entschieden wird, werden mindestens 10.000 Unterschriften gebraucht.

Nach dem Start am 24. September hat das Bündnis in den ersten Wochen schon fast 3.000 Unterstützerunterschriften für ein neues Volksbegehren gesammelt. Dazu haben ein landesweiter Aktionstag und die Tour des Mehr Demokratie-Busses beigetragen, aber auch die Infostände verschiedener Aktionskreise und Aktiver. Trotz des erfolgreichen Anfangs ist die Sammlung der noch nötigen Unterschriften ein großer Kraftakt. Auch wenn die Aktion gut angelaufen ist, braucht sie weitere Helfer. LeserInnen aus Baden-Württemberg sind

herzlich gebeten, die Unterschriftensammlung zu unterstützen, auch indem sie z.B. ihre Kontakte zu Bio-Läden, Dritte-Welt-Läden, Buchhandlungen oder ähnlichem nützen, um zu fragen, ob dort Unterschriftenlisten ausgelegt werden können. Unterschriftenlisten und weiteres Informationsmaterial erhalten Sie im Bündnisbüro (Adresse s. unten). - Für die eigene Unterschrift muss man wahlberechtigt zum Landtag von Baden-Württemberg sein, d.h. mindestens 18 Jahre alt, mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie mit Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg seit drei Monaten.

Weitere Informationen über das Bündnis und seine Partner sowie den weiteren Ablauf des Volksbegehrens und die Kampagne findet man auf den Internetseiten: www.buergerentscheid-bw.de

Dort gibt es auch die folgenden Downloads:

- Flyer mit den wesentlichsten Basis-Informationen.
- Gesetzentwurf mit ausführlicher Begründung und Unterschriftenliste am Ende. Diese ist zum Unterschriftensammeln geeignet.
- Blatt mit Hinweisen zur Unterschriftensammlung (Wichtig, damit es nicht zu ungültigen Unterschriften kommt).

Nachfragen richten Sie bitte an das Landesbüro von Mehr Demokratie, Rothebühlstraße 86/1, 70178 Stuttgart, Tel: 0711/5091010 oder an die E-Mail-Adresse bawue@mitentscheiden.de.

Gentechnikfreie Regionen, Biodiversität und ländliche Entwicklung

2. Europäische Konferenz, Berlin, 14.-15. Januar 2006, www.gmo-free-regions.org

Werden gentechnisch veränderte Pflanzen schon bald in Europa gedeihen? Nicht wenn es nach der Entscheidung der Bürger geht: die Mehrheit der Europäer will keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrer Nahrung. Während Agrarkonzerne und ihre Partner aus Wissenschaft und Regierung immer noch alles daran setzen, GV Pflanzen in die Europäische Landwirtschaft einzuführen, haben sich mehr als 160 Regionen, 3500 Städte und Gemeinden und Zehntausende von Bauern selbst als „gentechnikfrei“ erklärt. Und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Im Januar 2005 haben auf der ersten Europäischen Konferenz der Gentechnikfreien Regionen 200 Teilnehmer aus 28 Ländern ein „Berlin Manifesto“ verabschiedet. In diesem fordern sie regionale Selbstbestimmung und verkündeten eine EU-weite Zusammenarbeit, die seitdem im hohen Maße erfolgreich ist. Nun trifft sich die wachsende Bewegung der Gentechnikfreien Regionen und Initiativen im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin erneut, um Erfahrungen, Wissen und Strategien zu teilen. Vertreter von europäischen und nationalen Einrichtungen, Wissenschaft und Wirtschaft werden ihre Positionen und Pläne vorstellen und diskutieren.

Diese Konferenz findet zu einem kritischen Zeitpunkt statt. Die Europäische Union hat den Genehmigungsstopp für GVOs aufgehoben und plant die Bewilligung neuer Zulassungen zum Anbau von GV-Arten. Außerdem sollen europaweit Standards in den Bereichen Koexistenz, Haftbarkeit, gute landwirtschaftliche Praxis, Saatgutreinheit und Umweltschutz eingeführt werden. Auf dem Spiel steht dabei die regionale und lokale Selbstbestimmung. In einigen Ländern hat der Anbau von GV-Saatgut auf kleineren Flächen bereits zu Konfrontation auf den Feldern geführt. Im Jahr 2006 erwarten wir dazu in mehreren EU-Ländern gebündelte Unternehmensoffensiven zur Durchsetzung des kommerziellen Anbaus von GV-Saatgut.

Gerade in dieser Situation ist es für die lokalen und regionalen Behörden, Initiativen und Organisationen wichtig, Kenntnisstände, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung noch zu erhöhen und gemeinsame Strategien und Forderungen zu formulieren. Im Rahmen der Konferenz in Berlin werden dazu auf der Grünen Woche die Problematik Gentechnikfreier Regionen einer breiten Öffentlichkeit präsentiert.

Anmeldung und Sekretariat Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin, Ilona Crueger, Thomas Eckart Marienstr.19-20, D-10117 Berlin, Germany Email: info@gmo-free-regions.org Telefon: +49 (0) 30 275 903 09 Fax +49 (0) 30 275 903 12 <http://www.gmo-free-regions.org>. Bitte melden Sie sich online an oder fordern Sie ein Anmeldeformular an. Tagungsgebühr 80 EUR; ermäßigt 40 EUR für NRO-Vertreter. Enthalten sind Verpflegung und Tagungsdokumentation.

„Braucht Pflanzenzüchtung ein Menschenbild?“

**Tagung, Sa, 28. Januar 2006,
10 bis 17 Uhr
im Anthroposophischen Zentrum Kassel**

Saatgut ist die Grundlage für unsere Lebensmittel. Daher ist das wichtigste Ziel der Pflanzenzüchtung immer die Ernährung des Menschen. Daraus ergeben sich besondere Gesichtspunkte und Anforderungen: Wie können diese berücksichtigt werden? Geht es um Massenertrag oder um Pflanzen, die die Gesundheit des Menschen stärken? Sind Schwerpunkte bei der Sortenentwicklung Ausdruck eines bewussten oder unbewussten Menschenbildes der Züchterin bzw. des Züchters? Wie beeinflussen die Kunden und „der Markt“ mit ihrem Menschenbild die Pflanzenzüchtung?

Diese Fragen werden Getreide- und GemüsezüchterInnen gemeinsam mit Ärzten, Ernährungsberatern und den TagungsteilnehmerInnen vertiefen und ihre Ideen und Züchtungsansätze vorstellen. In Vorträgen, Gesprächsgruppen und Diskussionsforen erfahren Sie mehr über Aspekte und Gesichtspunkte von neuen Sorten und die vielseitige Arbeit in

den ökologischen Zuchtgärten. „Braucht Pflanzenzüchtung ein Menschenbild?“ ist eine Tagung für Gärtner, Landwirte, Händler, Verarbeiter, Wissenschaftler sowie interessierte Laien.

Tagungsprogramm und weitere Infos bei: Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GLS Treuhand e.V., Postfach 10 08 29, D-44708 Bochum Tel. 0234 - 5797 - 141, Fax -188, E-Mail: willing@zs-l.de , www.zs-l.de.

Tagung im Internationalen Kulturzentrum Achberg zwischen den Jahren

27. Dezember 05 bis 8. Januar 06

I.

100 Jahre nachdem Rudolf Steiner das „Soziale Hauptgesetz“ mitgeteilt hat, mit welchem darauf hingewiesen wird, dass es in der Menschheitsentwicklung unserer Zeit zu immer mehr Not und Elend im sozialen Leben führen muss, wenn wir im sozialen Organismus nicht „Einrichtungen“ schaffen, durch welche die Arbeit einerseits und die Einkommen andererseits entkoppelt, d. h. als „zwei voneinander ganz getrennte Dinge“ behandelt werden, ist im Zusammenhang mit den Problemen der riesigen Staatsverschuldung, ständig wachsender Arbeitslosigkeit und der immer schwieriger werdenden Finanzierung unserer Sozialsysteme durch den Gedanken der Einführung eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ für alle erstmals ein Kernpunkt des „Sozialen Hauptgesetzes“ in die breite öffentliche Diskussion gekommen [www.unterschied-zukunft.de]. - Es ist anzunehmen, dass das Für und Wider in der nächsten Zukunft einen immer breiteren Raum in der gesellschaftlichen Debatte einnehmen wird - in Deutschland, in Europa und weltweit.

II.

Stehen wir damit am Vorabend einer noch weit größeren gesellschaftlichen Umwälzung, als es diejenige Ende der achtziger Jahre im letzten Jahrhundert beim Zusammenbruch der kommunistischen Systeme war? Kann auch der auf privatem Erwerbsstreben beruhende Kapitalismus durch eine „friedliche Revolution“ überwunden werden oder wird sich das organisierte Finanzkapital gewaltsam zur Wehr setzen, wenn demokratische Mehrheiten den Ruf nach seiner Ablösung durch einen „dritten Weg“ wirklicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erheben?

Die Idee eines Grundeinkommens und die jetzt wieder verstärkt erhobene Forderung nach der Ermöglichung der dreistufigen Volksgesetzgebung - www.wirinddeutschland.org - könnten das Signal für den Beginn dieses Transformationsprozesses sein, wenn möglichst viele mündige Bürgerinnen und Bürger sich zu einer gemeinsamen Willensbekundung gegenüber ihren gewählten Volksvertretungen in ihren Ländern und der Europäischen Union verbinden - www.willensbekundung.net/ www.ig-eurovision.at.

III.

Diesen Fragen und ihren operativen Konsequenzen für ein aufgeklärtes zeitgenössisches Handeln wollen wir uns in diesem Jahr bei der jährlichen Tagung zwischen den Jahren im Internationalen Kulturzentrum Achberg unter dem Thema: „Am Vorabend einer demokratischen Revolution zur Ablösung des Kapitalismus: Ist die Chance der Befreiung des Menschen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle eine Utopie oder der Ausweg aus der Krise unserer globalen Zivilisation?“ zuwenden.

Teil I: 27. Dezember - 4. Januar: Geisteswissenschaftliche Gesichtspunkte der sozialen Frage 1905 - 2005. Zum Begriff der Revolution [auf der Höhe der Zeit gedacht]

Teil II: 5. - 8. Januar: Das Grundeinkommen und die dreistufige Volksgesetzgebung in der Diskussion. Zum Stand der Debatte

Nähere Informationen: Int. Kulturzentrum, D-88147 Achberg Panoramastr. 30, Tel.: +49 (0) 8380-335, Fax -675, Grundeinkommen@kulturzentrum-achberg.de

Literaturhinweise

Rudolf Steiner, Geisteswissenschaft und soziale Frage, Berlin 1905

Wilfried Heidt, Die Chance der Befreiung, Achberg 2002

IG-EuroVision, Wie können wir an der Gestaltung unserer sozialen Zukunft im vereinigten Europa maßgebend mitarbeiten? Ein Memorandum aus der Zivilgesellschaft, Achberg 2004

Ulrich Rösch (Hg.), Eine andere Welt erbauen - Das Weltsozialforum in Mumbai, Flensburger Hefte 84, Flensburg 2004

Joseph Beuys' zu gedenken ...

Aus Anlass seines 20. Todestages am 23. Januar 2006 Joseph Beuys' zu gedenken,

laden wir die an seiner Arbeit Interessierten zu einem Wochenende der Besinnung [am 21. und 22. Januar] ins Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg ein.

Wir wollen uns dabei auf jenen Aspekt des Wirkens unseres Freundes und Mitarbeiters konzentrieren, der nicht im Zentrum der auf ihn als Aktionskünstler gerichteten internationalen Medienaufmerksamkeit stand, für ihn selbst aber der Entscheidende war: Die Aufgabe, in Sinne des von ihm entwickelten „erweiterten Kunstbegriffes“ eine postkapitalistische wie postkommunistische konkrete Utopie, also einen „dritten Weg“ zu verwirklichen.

Joseph Beuys lebte in der Annahme, dass die weltgeschichtlichen Bedingungen dieser Zielsetzung, noch im 20. Jahrhundert wesentlich von Mitteleuropa aus geschaffen werden müssten [siehe seinen „Aufruf zur

Alternative“, 1978]. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen 1989/90 wurde immerhin die Hälfte des Notwendigen schon erledigt.

Um zu vergegenwärtigen, was nun im 21. Jahrhundert hinsichtlich der anderen Hälfte noch zu erledigen ist, wollen wir bei der Veranstaltung vergegenwärtigen, wie Beuys auf dem Gebiet der Gedankenkunst, als dem Ausgangsfeld der gesellschaftlichen Transformationskunst, in volkspädagogisch-politischer Absicht gearbeitet und an den vom Internationalen Kulturzentrum ausgehenden Impulsen und Initiativen seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mitgearbeitet hat.

Dazu werden wir einige exemplarische Vorträge, Texte, Gespräche und Interviews von Joseph Beuys auswählen, sie vorstellen, im Kreis der Teilnehmenden besprechen, auf derzeitige gesellschaftliche Herausforderungen in Deutschland, in Europa und auf der globalen Ebene beziehen und mit aktuellen Projekten verbinden.

Die Veranstaltung beginnt am 21. Januar 15.00 Uhr und endet am 22. Januar um 13.00 Uhr. Teilnahme an den Mahlzeiten und Übernachtung im Humboldt-Haus ist möglich [Vollpension Einzel- und Doppelzimmer je Person EUR 60.-, Mahlzeit EUR 11.50]. Näheres im Tagungsprospekt. *Auskunft und Anmeldung*: Tel. 08380-335 Fax -675. Email: beuys@kulturzentrum-achberg.de

Die Mitarbeiterschaft des Kulturzentrums

Literatur

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Dieter Koschek

Ulrich Hölder vom Institut für soziale Erneuerung denkt in „Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“ an ein „Bündnis für ein bedingungsloses Grundeinkommen“, nachdem ihn der Beitrag von dm-Unternehmer Götz Werner begeisterte und sieht in dem Interview vielleicht einen Anstoß zu einem „gemeinsamen Projekt in der anthroposophischen Bewegung.“

Nach der Gründung des Netzwerk Grundeinkommen im vergangenen Jahr kommt die Forderung weiter. Nun unterstützt auch Attac Deutschland diese Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Damit verlässt sie den wissenschaftlichen Zirkel und

wird von der sozialen Bewegung der Jetzt-Zeit aufgegriffen.

Die Autoren des AttacBasisText Nr 17 stellen dazu fest: „Attac Deutschland hat von Gründung an zu Fragen der sozialen Sicherung gearbeitet. Seit einigen Jahren wurden diese Aktivitäten im Schwerpunkt ‚Es ist genug für alle da‘ gebündelt. Der Titel ist Programm: Die Schwerpunkt AG und mit ihr die Ratschläge, die das beschlossen haben, ist der Meinung, dass ‚jeder Mensch ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum (hat); das muss sich niemand verdienen, das ist Teil des Menschseins, ist Menschenrecht‘. Daraus ergibt sich der Konsens, dass niemand im Fall von Bedürftigkeit alleine gelassen werden darf. ‚Von Arbeit muss man leben können - und ohne Arbeit auch.‘ Eine Absicherung, die ein Leben auf einem menschenwürdigen Niveau ermöglicht, muss allen zur Verfügung stehen. Unterschiedliche Vorstellungen gibt es darüber, wie das gewährleistet werden kann.“

Die AG selbst formuliert ihren Konsens wie folgt: „Es geht uns um die Durchsetzung sozialer Rechte im globalen Maßstab. Das ist unsere Antwort auf die ebenfalls global sich ausbreitende Unsicherheit aller Lebensverhältnisse (Prekarität). Wir wollen eine Gesellschaft weltbürgerlicher Solidarität statt die Individuen zum Überleben auf den Markt zu verweisen und dort untergehen zu lassen.“

Um da hin zu kommen ist es als erster Schritt unerlässlich, dass alle Menschen über ein gesichertes Einkommen verfügen. Das muss unabhängig davon sein, ob sie Arbeit haben oder nicht und in jedem Fall die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen. Die Forderung nach einem solchen bedingungslosen Grundeinkommen (Existenzgeld) dient uns ganz wesentlich dazu, die ideologische Auseinandersetzung mit der neoliberalen Marktlogik aufzunehmen. Selbstverständlich gehören dazu aber auch Überlegungen, wie man Schritte dahin auch praktisch erkämpfen kann.“...

In dem Basistext wird das Grundeinkommen aktuell, umfassend, pointiert und zustimmend diskutiert. Den Text möchte ich daher als „Basistext“ empfehlen.

Der Band „Einkommen zum Auskommen“ ebenfalls im VSA-Verlag erschienen, ein Jahr früher, diskutiert das Einkommen durch ein Grundeinkommen durchaus noch vielfältiger. Neben Befürwortern des „Existenzgeldes“ kommen auch Befürworter einer „Grundsicherung“ zu Wort und die Diskussion um Mindestlohn und damit der Bedeutung der Erwerbsarbeit findet ihren Platz. Dieser Band, herausgegeben von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-Gruppen zeugt davon, wie einerseits breit eine Grundabsicherung diskutiert werden kann und andererseits von eher erwerbsorientiertem gewerkschaftlichem Standpunkt aus.

Einen entscheidenden Vorstoß in der Diskussion über ein Grundeinkommen war sicherlich die Entscheidung der BAG der Sozialhilfeinitiativen in Erfurt 1998 für ein Existenzgeld, womit erstmals klar und einfach ein „Existenzgeld für alle“ gefordert wurde. Diese Forderung wurde zusammen mit der Begründung von Herwig

Büchele für ein Grundeinkommen und einem Vergleich verschiedener Grundsicherungsmodelle durch Hinrich Garms in der AG SPAK im Jahre 2000 veröffentlicht.

Sozialimpulse - Rundbrief soziale Dreigliederung, Nr. 1 und 3/2005

Werner Rätz / Dagmar Paternoga / Werner Steinbach:
Grundeinkommen: bedingungslos. AttacBasisTexte 17, 96 Seiten, ISBN 3-89965-141-3

Axel Gerntke / Werner Rätz / Claus Schäfer u.a.: **Ein-kommen zum Auskommen.** Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen. Herausgegeben von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-gruppen, 112 Seiten, 2004, ISBN 3-89965-110-3

BAG SHI (Hg): **Existenzgeld für Alle.** Antworten auf die Krise des Sozialen. Das Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) mit einem Beitrag von Herwig Büchele und einem Konzeptvergleich von Hinrich Garms, 100 Seiten, 2000, ISBN 3-930830-14-0

Liste noch lieferbarer Rundbriefe

Die folgenden Hefte des Rundbriefs Dreigliederung des sozialen Organismus sind noch lieferbar.

Sie können gegen Beteiligung an den Kosten (Richtsatz EUR 3,50 pro Heft bei Einzelbestellungen) bezogen werden bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel: +49 (0) 711- 23 68 950, Fax: +49 (0) 711-2360218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de. Bestellung auch direkt über das Internet: www.sozialimpulse.de/rundbr.htm. Betrag bitte überweisen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 600 501 01.

Nr. 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“- Die europäische Integrationsbewegung

Nr. 3/97: Sternenvelt und soziale Gestaltung - Wer soll die Arbeitslosigkeit bezahlen?

Nr. 4/97: Medien - die vierte Gewalt?

Nr. 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? - Aktion mündige Schule

Nr. 2/98: Die neue Rolle des Staates

Nr. 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922 - Goethe als Minister

Nr. 4/98: Der Euro kommt - Sozialziele und Verfassung - Zur apokalyptischen Signatur der Gegenwart

Nr. 2/99: Kosovo - Grundgesetz

Nr. 3/99: Leitbildarbeit - Grundrechte in Europa

Nr. 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung - Demokratiebewegung - Bodenrecht

Nr. 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Grundrechtecharta

Nr. 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften

Nr. 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung - EU.Gipfel in Nizza

Nr. 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September - Die soziale Fragen als regionale Frage - Kommunale Auswirkungen von GATS

Nr. 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ (WSF Porto Alegre) - Dreigliederung und Viergliederung

Nr. 2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen und geistiges Eigentum - Drohender Ausverkauf der Gemeinden durch GATS

Nr. 3/02: Tendenzen: Rio + 10 - Globalisierung, Initiation und Dreigliederung - Das Verschwinden des physischen Eigentums

Nr. 4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

Nr. 1/03: Krieg und Frieden - Cross-Border-Leasing - Europäischer Verfassungsvertrag

Nr. 2/03: eGovernment und eDemokratie - Amerikas globale Verantwortung - Gesundheitswesen

Nr. 3/03: Wie die WTO in Cancun entgleiste - Zivilgesellschaft - Freiheit als Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

Nr. 4/03: Nach Cancun: Wie weiter mit der Landwirtschaft - Freiheit und Selbstverwaltung - Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

Nr. 1/04: Geist oder Empire? - Das Weltsozialforum als offener Raum

Nr. 2/04: Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung

Nr. 3/04: Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens - Public Public Partnership

Nr. 4/04: Israelische Impressionen - Globalisierung und Ethik - Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien

Nr. 1/05: Grundeinkommen und soziale Dreigliederung - Alternativen zu Hartz IV

Nr. 2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?

Nr. 3/05: Geisteswissenschaft und soziale Frage - Grundeinkommen - Das Rechtsleben im sozialen Organismus

Aufruf zum Kosten- ausgleich

Etat 2006 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Im vergangenen Jahr wurde im Rahmen der Initiative Netzwerk Dreigliederung wieder umfangreiche Arbeit geleistet. Dies findet seinen Niederschlag auch in diesem Heft der Zeitschrift. Damit es gut weitergehen kann, bedarf es natürlich auch 2006 wieder entsprechender finanzieller Mittel. Ich bitte daher alle, die in der Initiative etwas Berechtigtes, Notwendiges und Förderungswürdiges sehen, sich an der Umlage der Kosten zu beteiligen. Zugleich sage ich für die vielen Beiträge zum Finanzausgleich im letzten Jahre ein ganz herzliches Dankeschön.

Das Kostenausgleichsverfahren

Mit erstaunlicher Kontinuität praktizieren wir seit 1990 das Kostenausgleichsverfahren. Wir haben im Netzwerk bei seiner Gründung 1989 bewusst keine Vereinsform mit Mitgliedschaft geschaffen, und daher kann es auch keinen verpflichtenden regelmäßigen Beitrag geben. Der Kostenausgleich ist aber auch keine freie Spende, sondern eine Form konkreter finanzieller Mitverantwortung, die man für eine bestimmte Zeit in Übereinstimmung mit den eigenen finanziellen Möglichkeiten übernimmt. Beim Kostenausgleich gibt es das jährliche Budget, das auf einer Prognose der zu erwartenden Einnahmen und des zu deckenden Defizits beruht.

Finanziert werden müssen die Sachkosten und angemessene Einkommensbeiträge, um die Informations-, Vermittlungs- und sonstigen Arbeiten des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet werden, zu ermöglichen. Der Aufbau des Etats ist so, dass wir zunächst die für den Rundbrief spezifizierten Kostenbeitragszahlungen abtrennen, um dann das Restdefizit durch ein Umlageverfahren zu decken.

Auch steuerlich betrachtet handelt es sich dabei nicht um eine Spende. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Ge-

sellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Rechnung geht dann auf, wenn der geringere Beitrag finanziell schlechter gestellter Menschen durch einen höheren Beitrag Bessergestellter ausgeglichen wird.

Nach Jahresablauf legen wir jeweils gegenüber den Beteiligten Rechenschaft ab über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. (Wer sich im Jahr 2005 an den Kosten beteiligt hat, erhält im ersten Quartal 2006 die Abrechnung für das Vorjahr.)

Generell gilt: Ergibt sich ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht nicht. Ergibt sich - etwa durch höhere Beiträge - ein Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehen lassen oder ihn zurückfordern.)

Für 2005 deutet sich zum Zeitpunkt der Drucklegung des Rundbriefs an, dass die finanziellen Ziele, die wir uns gesetzt haben, im Wesentlichen erreicht werden.

Etat 2006

Das Budget (Etat) für 2006 ist bei unserem Arbeitstreffen am 3. Dezember in Stuttgart besprochen und gutgeheißen worden.

Durch Ihren Beitrag helfen Sie mit, dass die Etatziele für das nächste Jahr erreicht werden. Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Baden-Württembergischen Bank, BLZ 600 501 01.

Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (Richtsatz EUR 20,-, siehe weiter unten) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese EUR 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Bezieher in Deutschland können den Betrag auch abbuchen lassen. Das ist aber nur dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Betrag zuwenden möchten. Die Abbuchungsermächtigung kann durch formlose schriftliche Mitteilung erteilt werden (die Betrag, Kontonummer und Bankleitzahl enthalten muss).

Auslandsüberweisungen

Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren. Bewährt hat sich die Übersendung eines Geldscheins. Bei Überweisungen innerhalb der Euro-Zone ist eine andere Möglichkeit die Verwendung der IBAN Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/

Etat 2006

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	11.000 EUR	10.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.000 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		2.000 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		22.000 EUR
Zusammen	11.000 EUR	36.000 EUR
Erwartete Unterdeckung		25.000 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

SWIFT-Code: SOLA DE ST). Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, ist es in manchen Ländern günstiger, auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) zu überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen. Dieses Konto hat die IBAN-Nummer: DE30 6001 0070 0278 6997 07 (BIC: PBNKDEFF600).

Zuordnung von Überweisungen

Immer wieder erhalten wir Überweisungen zum Kostenausgleich, deren Text von den Banken so verkürzt wurde, dass eine Zuordnung unmöglich ist. Sollten Sie keine Bestätigung Ihrer Kostenausgleichzahlung erhalten haben, dürfte das der Grund sein. Sprechen Sie uns also an, wenn Sie noch eine solche Bestätigung benötigen.

Steuerliche Behandlung

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.* Auch gemeinnützige Einrichtungen, die sich in dieser oder jener Form Ziele gesetzt haben, bei denen eine Teilnahme am Netzwerk im Zusammenhang mit der Erfüllung der Satzungszwecke steht, können ohne weiteres am allgemeinen Kostenausgleich teilnehmen bzw. sollten den Rundbrief beziehen.

Finanzierung des Rundbriefs

Was den Rundbrief angeht: Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug für das Jahr 2006 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen. Wir verzichten wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen gänzlich. Dafür sind wir um so mehr auf das Verständnis und die Mitverantwortlichkeit unserer LeserInnen angewiesen.

Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von EUR 20,-. Da es jedoch recht viele Bezieher gibt, die aus finanziellen Gründen ihren Beitrag unter dem Richtsatz ansetzen müssen, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher bemessen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie das Kennwort „Rundbrief“.

Und was ist, wenn ich einmal nicht zu den Kosten des Rundbriefs beitragen kann?

Der Appell zur Rundbrieffinanzierung sollte nicht missverstanden werden: Immer wieder einmal werden Ab-

bestellungen mit finanziellen Engpässen begründet. Es ist mir ein Anliegen, hier einmal festzustellen, dass ein solcher Engpass alleine kein Grund für eine Abbestellung sein sollte. Die 20 EUR sind ja nur ein Richtwert, der unter- oder überschritten werden kann. Wenn jemand nur einen Beitrag zu den Kosten des Pressepostvertriebs oder zeitweilig auch gar keinen Beitrag leisten kann, so ist es sinnvoll, die Hefte weiter zu beziehen. Das Kostenausgleichsverfahren soll gerade das auch ermöglichen. Und solange eine Reihe von Freundinnen und Freunden den Richtsatz, zum Teil deutlich, überschreiten, ist das auch kein Problem.

Zur Entwicklung des Rundbriefs

Auch im vergangenen Jahr überwogen die zahlreichen Neubestellungen die ebenfalls nicht wenigen Abbestellungen: von 1285 festen Beziehern Ende letzten Jahres ergab sich eine Steigerung auf 1328 gegen Ende dieses Jahres. Der am häufigsten genannte Abbestellungsgrund ist übrigens, dass man nicht mehr zum Lesen komme. Natürlich hängt das auch mit Prioritätensetzungen zusammen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Menschen, bei denen die sozialen Fragen ganz oben auf ihrer Prioritätenliste stehen, den Rundbrief auch kennen lernen. Die effektivste Werbung für den Rundbrief ist erfahrungsgemäß die Weiterempfehlung durch Leser an andere Interessenten. Für diesen Zweck dürfen Sie auch gerne kostenlose Probehefte anfordern. Ich hoffe, dass das neue Outfit der Zeitschrift diese Werbung unterstützen wird.

Anmerkung

* Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind, sprechen Sie uns an. Für größere Beträge ist u.U. eine Zuwendung an das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. eine Alternative zum Kostenausgleich, falls Sie diesen nicht steuerlich geltend machen können.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Programm 2006

*Aktuelle Fragen der
Qualitätsentwicklung:*

Die Evaluation der fachlichen Leistung

Seminar, Sa/So, 1./2. April 2006
Forum 3, Gymnasiumstrasse 21, Stuttgart

Die Qualitätsdiskussion vor allem in den Bereichen, die von der Gesellschaft mitbestimmt werden, verschiebt sich zunehmend in den Bereich der direkten inhaltlichen Bestimmung: Wie gut ist der Unterricht, die Betreuung, die Therapie usw.? Kann man die Qualität überhaupt beurteilen und wenn, anhand welcher Kriterien? Wer ist zuständig für diese Kriterien und gibt es dabei eine Objektivität? Wer bestimmt überhaupt oder darf bestimmen, welche Qualität angestrebt oder gefordert oder geleistet werden soll? Wird der bisher geltende gesellschaftliche Pluralismus damit in Frage gestellt? Mit der Forderung nach fachlicher Evaluation seitens der Sozialpolitik, aber auch von Verbänden und Vertretern der Leistungsempfänger treten diese Fragen mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Die Tagung soll eine Plattform bilden für die Urteilsbildung über aktuelle Entwicklungen in der Qualitätsdiskussion und den Erfahrungsaustausch - für Beteiligte aus Schulen, Heilpädagogik und Sozialtherapie, Kindergärten, geschützten Werkstätten, medizinischen Einrichtungen sowie für allgemein Interessierte.

Samstag, 1. April 2006: 9.15: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.30: Die Forderung nach fachlicher Evaluation - eine Bestandsaufnahme (Udo Hermannstorfer, Dr. Robert Zuegg [Confidentia - Stiftung zur Förderung institutioneller Eigenverantwortlichkeit]) // 11.30 - 12.30: Aussprache im Plenum // 14.00 - 16.30: Was bedeutet die Evaluation der fachlichen Leistung für die Einrichtungen? - Erfahrungen, Gefahren, Möglichkeiten (14.00 - 15.00: Arbeitsgruppen, 15.00 - 16.30: Praktische Erfahrungen. Beiträge aus einzelnen Arbeitsfeldern) // 17.00 - 21.30: Der Prozess der Evaluierung der fachlichen Leistung (17.00 - 17.45: Einleitendes Referat, 18.00 - 19.00 Uhr und 20.00 - 21.30: Arbeitsgruppen zur praktischen Umsetzung in verschiedenen Arbeitsfeldern [Heilpädagogik und Sozialtherapie, Schulen, Kindergärten, geschützte Werkstätten, medizinische Einrichtungen...])

Sonntag, 2. April 06: 09.00 - 10.00: Berichte aus den Arbeitsgruppen // 10.15 - 11.15: Zur Beurteilung der Wirksamkeit von Beziehungsdienstleistungen (Fachforum - einleitender Vortrag Dr. Rüdiger Grimm) // 11.30 - 12.30: Schlussgespräch.

Teilnahmegebühr EUR 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Ubernachtung.htm oder auf Anfrage.

Notwendigkeiten moderner Sozial- gestaltung

*Eine Einführung in den
Arbeitsansatz der
Dreigliederung des
sozialen Organismus*

Sa, 29. April 2006

Forum 3, Gymnasiumstrasse 21, Stuttgart

Blockseminar für Einsteiger mit Christoph Strawe.

Themen: Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine Folgen für das soziale Leben - Individualisierung und Globalisierung, wie kann die Globalisierung gestaltet werden? - Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie - Geschichtliches zur Dreigliederung - Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagesgliederung: Öffnung des Tagungsbüros 9.30 // Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr. Die Runden werden jeweils durch Impulsreferate eingeleitet.

Teilnahmegebühr EUR 60,- (ohne Verpflegung).

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung - möglichst 2 - 3 Wochen vor Beginn - erleichtert uns die Organisation und verhindert, dass Veranstaltungen ausfallen müssen. Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.

Die Idee des Grundeinkommens: Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

**Arbeitstagung, Fr, 30. Juni
bis So, 2. Juli 2006**

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D-34131 Kassel

Mitveranstalter: Kulturinitiative im Anthroposophischen
Zentrum Kassel

Freitag, 30. Juni 2006: 19.30: Öffnung des Tagungs-
büros // 20.00 - 22.00: Das Recht auf Entwicklung: Sozial-
versicherung und Grundeinkommen - zwei Wege, ein Ziel?
(Vortrag Udo Herrmannstorfer, Aussprache)

Studiengang Sozialentwicklung

**Soziale Dreigliederung als Weg
zu Verständnis und Gestaltung
sozialer Prozesse**

Sozialqualifizierende

berufsbegleitende Ausbildung,

Oktober 2006 bis September 2008

Themen: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung
des sozialen Organismus // Grundlagen und Bedeutung
der Selbstverwaltung // Von der Organisation zum Or-
ganismus (Gliederung, soziale Lebensprozesse und
Organbildung, Salutogenese im Sozialen) // Grundla-
gen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens // Fragen
der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre,
Preis und Lohn // Soziale Wirkungen von Eigentum,
Geld und Kapital // Sozialgestaltung und Menschen-
verständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher
Entwicklung // Die Neuordnung des Eigentums und des
Geldwesens // Individualität und Staat: Der Vertrag als
Quelle modernen Rechts // Der Rechtsstaat als Schutz-
und Förderraum // In Entwicklungen denken (Nachhaltige
Entwicklung) // Vom Ganzen her wollen (Arbeit, sozi-
ale Sicherung)

Weitere Infos unter [www.sozialimpulse.de/
studiengang.htm](http://www.sozialimpulse.de/studiengang.htm) oder Prospekt anfordern. Dieser Studi-
engang kann nur als Ganzer besucht werden.

Samstag, 1. Juli 2006: 09.00 - 10.30: Wie lassen sich
Sozialsysteme unter Bedingungen des globalen Wettbewerbs
gerecht finanzieren? (Referat Harald Spehl, Aussprache) //
11.00 - 12.30: Grundeinkommen als Sockel der sozialen
Sicherung - verschiedene Grundeinkommensmodelle (Referat
Christoph Strawe, Aussprache) // 14.30 - 16.00: Die
Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit - Alternativen
zu Hartz IV (Referat Michael Ross, Aussprache) // 16.30 -
18.00: Neue Wege im Gesundheitswesen, in der Pflege und
bei Invalidität (Referat Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe,
- Aussprache) // 19.30 - 21.00: Was geschieht mit der
Altersversorgung? (Referat Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl,
Aussprache)

Sonntag, 2. Juli 2006: 09.00 - 10.30: Leisten für andere
ohne Einkommenszwang? (Referat Udo Herrmannstorfer,
Michael Ross, - Aussprache) // 11.00 - 12.30:
Abschlussplenum: Perspektiven und Handlungsrichtungen

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)
EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich 25,-. Infos über
Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/
[http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/
HotelsKassel.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/HotelsKassel.htm) oder auf Anfrage.

2. Jahreshälfte 2006:

Das Lebendige verstehen - den Verstand verlebendigen

**Goetheanismus als Impuls
zur Erneuerung der
Sozialwissenschaften**

**Seminar, Fr, 27. - So, 29.
Oktober 2006**

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, D-60433
Frankfurt/Main

Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Wolfgang Schad, Dr.
Christoph Strawe und Dr. Michael Ross. Mitveranstalter
Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-
Zweig. **Teilnahmegebühr** EUR 140,- (ohne Unterbringung
und Verpflegung). Verpflegung EUR 20,-.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart, Haußmannstraße 44a,
D-70188 Stuttgart

Tel.: (+49) 0711-23 68 950,

Fax: (+49) 0711-23 60 218,

E-Mail: Institut@sozialimpulse.de, Internet:

www.sozialimpulse.de